INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

"Die Umstände haben uns gezwungen, jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war ... Es war nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch allmählich umzustellen und ihm langsam klarzumachen, daß es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen. Dazu war es aber notwendig, nicht etwa nun die Gewalt als solche zu propagieren, sondern es war notwendig, dem deutschen Volk bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, daß im Gehirn der breiten Masse des Volkes ganz allmählich die Überzeugung ausgelöst wurde: Wenn man das eben nicht im Guten abstellen kann, dann muß es mit Gewalt abgestellt werden."

Nr. 474

22.April 1999

Impressum:

Herausgeberin:

Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: siehe oben

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:

Eigendruck im Selbstverlag

Demonstration gegen den Krieg
am Samstag, 24.4. um 13^{00}.
Vom Kleistpark zum Potsdamerplatz
Autonomes Treffen gegen den Krieg

Inhalt:

Ordner

- Stoppt die Nato-Aggression
- Da ist alles gelogen - der Kriegseinsatz der Medien an der Heimatfront
- Aufruf zu Antifademo in Ahaus, 8. Mai 99
- Einweihungsfestival der Fabrik in der Gießerstr. 16, Leipzig,
- 1: Mai Demoaufruf aus Nürnberg
- dito aus Dessau
- und nochmal aus Wuppertal zum 1. Mai
- Angriff gegen togolesische Flüchtlinge - Botschaftstermin in München (siehe Kurzmeldungen)
- MRT (Männer organisieren Radikale Therapie). Veranstaltung (vorbei)

Editorial

Unser alljährlicher Frühlingsspaziergang

Heraus zum 1. Mai, sagt die Partei (AAB). Und wieder kommen wir fast alle, dieses Jahr wieder zum O-Platz. Und wir haben Spaß dabei. Nur interessiert es kaum jemanden, was die Partei da so sagt. So war das schon in den letzten zehn Jahren und ist heute nicht anders. Über schwierige Diskussionen und lange Aufruf-Flugis wird gestöhnt. Ein hübsches Plakat und eine Demoanmeldung - schon kommen wir zum radikalen linken Frühlingsspaziergang, ob nun O- oder RL-Platz, 13 oder 18 Uhr. Als Inhalt ist es für die Demonstrierenden mehr als genug, sich radikal und links und grundsätzlich systemoppositionell ausdrücken zu wollen. Und manche Menschen wollen die Gelegenheit nutzen und ein paar Steine werfen.Trotzdem findet ihr weiter hinten den neuesten Aufruf der Partei. Aber nicht vergessen, daß bisweilen auch einige Nazis den 1. Mai nutzen wollen.

In eigener Sache

Auf das Interview mit zwei AktivistInnen dieser Zeitung möchten wir euch besonders hinweisen. Es dreht sich um die Pole Geschichte und Ästhetik, Marktgängigkeit und revolutionäre Linie. Anna und Arthur werden mit konkreten Nachfragen gezwungen, Stellung zu beziehen. Lest selber auf Seite 26, wie sie es schaffen, ihre Linie beizubehalten.

Ein Extra-Hinweis noch auf die vergangene Woche erschienene Sondernummer mit zwei ausführlichen Texten zum Thema Globalisierung. Diese ist leider falsch numeriert, sie trägt als zweites Heft die 473, hätte aber eigentlich 474 heißen müssen. Diese Woche habt ihr deshalb gerade die 475 in den Händen.

Auch ein Spendenaufruf in eigener Sache darf nicht fehlen. Unsere Schokoladenrationen werden Woche für Woche dürftiger, uns fehlt das Geld zum Einkaufen der Leckereien. Deshalb unsere Bitte: laßt uns etwas von eurem Ersparten zukommen, nicht in Naturalien, nur in bar. Nach der Revolution bekommt ihr dafür eine lobende Erwähnung.

Zum NATO-Angriff gegen Jugoslawien

Um es noch einmal zu betonen: Niemand muß sich mit der jugoslawischen Regierung identifizieren oder sie unterstützen, um eindeutig gegen den Nato-Angriffskrieg Stellung zu beziehen. Gerade eine differenzierte Haltung macht uns handlungsfähig. Dabei ist es egal, als was oder wie uns unsere Gegner beschimpfen („pro-serbisch", „nichts aus Auschwitz gelernt"). Zu unserer eigenen Glaubwürdigkeit ist es notwendig, in diesem Fall ohne Identifikationsfigur aktiv Stellung gegen die Nato und Deutschland zu beziehen. Ein Vorbild für uns könnten die Streiks in Griechenland und die Großdemos in Italien sein.

Gerne hätten wir in diesem Heft von noch mehr Antikriegsaktivitäten in diesem kriegführenden deutschen Staat berichtet. Demos mit bis zu 10.000 TeilnehmerInnen, Besetzung von Landeszentralen einer Regierungspartei, Farbanschläge gab es bereits. Zum roten Lack im Grünen-Büro bekamen wir ein schönes Farbfoto. Aus Platzmangel konnte es leider nicht hereingenommen werden.

Grob gesagt, sehen wir zwei taktisch unterschiedliche Möglichkeiten zum weiteren Vorgehen. Entweder durch die gezielte Stärkung der letzten Linken in den Grünen oder notfalls auch in der SPD beispielsweise mittels großer Demos diesen die benötigte Unterstützung zu geben, damit ihre Positionen in ihrer Partei wieder mehrheitsfähig werden. Das läuft darauf hinaus, daß die Grünen und Joschka irgendeine Verhandlungslösung finden, die alle Nato-Staaten ihr Gesicht wahren läßt. Auch bei einer baldigen Kapitulation Jugoslawiens sind die Herrschenden natürlich glücklich. Oder sorgen wir dafür, daß die beiden Regierungsparteien in diesem Krieg immer weiter ihre Legitimation verlieren, sie auf Jahre hinaus so diskreditiert sind, daß eine Linke neben ihnen stark werden kann. Nach Umfragen hängt immer noch ein Drittel der Bevölkerung am Grundgesetz oder am Buchenwald-Schwur: Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen.

Natürlich stehen wir damit vor einem Dilemma: Sollen wir versuchen, jetzt möglichst schnell den Krieg - egal wie - zu beenden oder haben wir mittelfristige Ziele, wie Wiederaufbau einer starken radikalen Linken.

In diesem Krieg feiert das Patriarchat fröhliches Weiterbestehen. Die größten Bordelle waren in Bangkok zu Zeiten des Vietnamkriegs, später in Phnom Penh und Sarajewo bei den UNO-Truppen. Nun entstehen sie in Albanien und Makedonien neben den Camps von US-Army und Bundeswehr. So gehen die humanitären Aktionen gewalttätig weiter. Dabei ist uns aber durchaus bewußt, daß Patriarchat weit mehr beinhaltet als physische Gewalt gegen Frauen. Den Aufruf zur Walpurgisnacht-Demo findet ihr auf Seite 4.

Bei den Artikeln zum Nato-Krieg gegen Jugoslawien haben wir einfach das Problem, daß wir die Texte nicht mit den AutorInnen durchsprechen können. So gibt es leider viele Überschneidungen in den Zuschriften aus verschiedenen Städten. Wir hoffen, ihr bekommt mit den ausgesuchten Artikeln einen Überblick über die verschiedenen Ansätze der radikalen Linken.

Nicht vergessen: Antikriegsdemo am 24. April, 13 Uhr, Kleistpark.

Die Wahlen in der Türkei haben ein erschreckendes Bild abgegeben. Die Faschisten (MHP) haben mit 18 % Wählerstimmen die regierenden Nationalisten überflügelt. Wird es eine Steigerung der bisherigen Aggressivität der Politik geben? Ein Bericht vom kurdischen Newrozfest und eine Rezension eines Buches über die Grauen Wölfe dazu auf Seite 29.

Enden wollen wir mit einem bekannten Satz Rosa Luxemburgs:

Krieg dem Krieg

P.S.: Hier noch die Auflösung unseres Rätsels vom Titelbild. Das Zitat ist vom 10. November 1938 und stammt von Adolf Hitler.

Walpurgisnacht '99 FrauenLesbenMädchen-Demo 18 Uhr Karl-Marx-Platz am 30. April

Gewalt gegen Frauen hat viele Formen:

- Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft
- Sexualisierte Gewalt als Kriegsstrategie
- Psychiatrisierung und Kriminalisierung des Widerstandes von Frauen
- Vergewaltigung und sexuelle Ausbeutung von Frauen und Mädchen
- Patriarchale Gesetzgebung (z.B. § 218 oder Art.19 Ausländergesetz)
- Männliches Waffen- und Gewaltmonopol
- Mittäterschaft von Frauen (z.B. Müttern)

Weltweit sind immer mehr Frauen in der entlohnten Erwerbsarbeit tätig, aber meistens für weniger Geld als Männer. Frauen sind maximal ausbeutbare Arbeitskräfte, weil sie als ‚Hausfrauen' und nicht als Arbeiterinnen definiert werden. ‚Frauenarbeit' ist normalerweise unterbezahlt oder unbezahlt und hat ein niedriges Ansehen. ‚Fürsorge' ist in der Männergesellschaft automatisch an das weibliche Geschlecht gebunden: Frauen stellen die männliche Arbeitskraft wieder her. Die Industriegesellschaft ist also unbedingt angewiesen auf diese unbezahlte Reproduktionsarbeit, die von Frauen ‚aus Liebe' geleistet wird.
Im Krieg werden Frauen nicht als Personen, sondern als Kriegsbeute und strategisches Ziel betrachtet. Sie gelten als Besitz der männlichen Gegner. Als solcher werden sie misshandelt, vergewaltigt und ermordet, um den Gegner zu demoralisieren und/oder die gegnerische Kultur auszulöschen. Frauen und Kinder sind die Hauptleidtragenden im Krieg. Sie und ihre Lebensgrundlagen werden zerstört, ihre Familien getötet.
80 % der Flüchtlinge weltweit sind Frauen und Kinder.
Widerstand von Frauen wird psychiatrisiert, die Frauen für verrückt erklärt. Wütende Frauen gelten als hysterisch oder aggressiv, ihr körperlicher Widerstand als Gewalt. Selbstverteidigung ist für Männer selbstverständlich, bei Frauen gilt sie als unakzeptabel. Wenn Frauen gar töten, werden sie für psychopathisch erklärt, dieTat monatelang von der Presse ausgeschlachtet.
Für Frauen auf der ganzen Welt ist Vergewaltigung eine ständige Bedrohung in ihrem Alltag. Vergewaltigung ist ein Akt der Gewalt, dazu bestimmt, männliche Macht und Kontrolle durchzusetzen. Frauen werden schon als Kinder mittels sexualisierter Gewalt in die ihnen zugedachte Rolle verwiesen. Vergewaltigung ist ein Mittel, Mädchen und Frauen ihrer Körper und damit sich selbst zu entfremden. Sie ist ein Mittel, Herrschaft zu installieren und aufrechtzuerhalten. In Deutschland ist Vergewaltigung in der Ehe erst seit kurzem strafbar: Im Patriarchat gilt es als gutes Recht des Mannes, ‚seine' Frau sexuell auszubeuten.
Im weltweiten Handel mit Sex sind Frauenkörper eine Ware. Der globale Sexhandel ist fast durchweg geprägt von Zwang, einem hohen Grad an Gewalt und absoluter Unterordnung der Frau. Prostitution ist keine Einrichtung von Frauen – sie wird von Männern kontrolliert und mit Gewalt erhalten. Regional kann es allerdings vorkommen, daß Prostitution ein gemeinsames Geschäft ist, über das auch Frauen eine gewisse Kontrolle ausüben. Im globalen Sexhandel mit Frauen gibt es solche mildernden Umstände allerdings nicht.

Mit steigender Armut in Osteuropa wächst auch die Zahl der dort rekrutierten Frauen, die z.B. in Deutschland als Prostituierte oder Ehefrauen verkauft werden. Die Frauen sind von ihrem Ehemann oder Zuhälter abhängig, da sie erst nach vier Jahren eine eigenständige Aufenthaltsgenehmigung bekommen (Art.19 Ausländergesetz). Durch dieses Gesetz werden die Frauen erpress- und ausbeutbar gemacht.
Die Gesetzgebung schreibt Männermacht über Frauenkörper fest. Dazu gehört auch die Kontrolle über Fortpflanzung bzw. Abtreibung. Inwieweit Frauen über ihren Körper bestimmen können oder nicht bestimmen können, hat Auswirkungen auf ihr Selbstwertgefühl und jede ihrer Entscheidungen in anderen Lebensbereichen. Der staatliche Kontrollanspruch ist ein Angriff auf die Selbstbestimmung der Frau.
Männern wird (fast) unhinterfragt Macht über Frauen und Kinder zugestanden, eine Macht die das Recht zur Gewaltausübung mit einschließt. Das staatliche Gewaltmonopol findet seine Entsprechung in der Struktur der (zwangs-)heterosexuellen Kleinfamilie.
D.h. Männer beherrschen/unterdrücken Frauen (und Kinder) auch im Interesse des patriarchalen Staates.
Frauen ihrerseits geben die Unterdrückung an ihre Töchter und andere Frauen – z.B. Migrantinnen und wirtschaftlich abhängige Frauen – weiter. Sie werden zu Mittäterinnen und stützen das System, das sie unterdrückt und ausbeutet.

Seid solidarisch ! Schlagt zurück ! Nie wieder Opfer !

Bei Bullenstreß EA (Ermittlungsausschuß): 6922222
Die Polizei ist ein Apparat, der verbal, körperlich und durch Präsenz Gewalt ausübt.
Darum fordert Bulletten in Freizeitdreß auf, die Demo zu verlassen.

Walpurgis Kadın Yürüyüşü 30 Nisan saat 18` de Karl-Marx-Platz` da başlıyor.(U7 Karl-Marx-Str.)
Tüm Dünyada Kadınlar sömürü ve baskılara karşı mücadele ediyor.
Kadınlara karşı şiddetin çeşitli formları var:

- Kadın iş gücünün sömürülmesi
- Cinselleştirilmiş şiddetin savaş metodu olarak kullanılması
- Kadınların direnişinin kriminalize edilmesi ve delilik olarak görülmesi
- Genç kızlara ve kadınlara uygulanan cinsel sömürü ve tecavüzler
- Erkek egemen yasalar (§218 veya Yabancılar Yasasının 19. maddesi)
- Erkeklerin elinde bulunan silah ve şiddet potansiyeli
- Kadınların suç ortaklığı(örneğin annelerin)

Kadınlar afası dayanışmayı güçlendir ! Sana uygulanan şiddete karşılık ver ! Kurban olmayın !
SO 36` de saat 20` den itibaren kadınlar için parti (Notruf yararına)

DEMO: PARTY:

am 30.April um 18 Uhr
ab Karl-Marx-Platz
(U7 Karl-Marx-Str.)
ab 20 Uhr im SO 36
DJanes Elvi und Almut
(Soli für den Notruf)

FrauenLesbenMädchen gegen Gewalt gegen FrauenLesbenMädchen



Karl-Marx-Platz, Thomasstr., Frauenknast, Hermannstr., Kottbusser Damm, Adalbertstr., O-Str., Heinrichplatz

WALPURGISNACHT '99

Women's Beltane-March: April 30th at 6pm Karl-Marx-Platz (U7 Karl-Marx-Str.)
Women fight exploitation and oppression worldwide.
Violence against women has many faces:

- exploitation of women's workforce
- sexualized violence as war strategy
- psychiatization and criminalization of women's resistance
- rape and sexual exploitation of women and girls
- patriarchal legislation, e.g. § 218 or Art.19 of the Foreigners' Law
- male monopoly of violence and weaponry
- collaboration of women, e.g. of mothers

Solidarity among all women ! Fight back ! Never to be victims again !
Women's Party: from 8pm at SO 36

Marcha de mujeres de Walpurgis: 30 de Abril a las 6 p.m. de Karl-Marx-Platz (U 7 Karl-Marx-Str.)
¡ Mujeres luchan contra explotación y opresión en todo el mundo !
La violencia contra las mujeres tiene muchas caras:

- explotación de la fuerza laboral de las mujeres
- violencia sexualizada como estratégia de guerra
- psicatrisación y criminalización de la resistencia de mujeres
- violación y explotación sexual de mujeres y chicas
- legislación sexista, por ejemplo § 218 o articulo 19 de la Ley de Extranjer@s
- hombres teniendo el monopol de armas y violencia
- colaboración opresora de mujeres, por ejemplo madres

¡ Solidarense ! ¡ Defendanse ! ¡ Que nunca más seámos víctimas !
Fiesta de mujeres de las 8 p.m. en el SO 36 (Fiesta de solidaridad por el „Notruf")

Noc Walpurgii - demonstracja kobiet 30 kwietnia godz. 18.00 od Karl-Marx-Platz (U7 Karl-Marx-Str.)
Na całym świecie kobiety walczą przeciw wyzyskowi i uciskowi.
Przemoc wobec kobiet występuje w różnych formach:

- wyzysk siły roboczej kobiet
- przemoc seksualna jaka strategia wojenna
- psychiatryzacja i kriminalizacja oporu kobiet
- gwałt i wyzysk seksualny kobiet i dziewczyn
- monopol broni i przemocy mężczyzn
- współwina kobiet, np. matek



Bądźmy solidarne! Brońmy się! Nie bądźmy już ofiarami!
Impreza kobieca od godz. 20.00 w SO 36

Für Gehörlose halten wir Kopien der deutschen Redebeiträge am Lauti bereit.

BEENDET DEN KRIEG – SOFORT

Unabhängige Friedensinitiativen aus Belgrad erklären:

Tief schockiert von dem NATO-Angriff auf unser Land und von der Flucht der Kosovo-Albaner fordern wir – die RepräsentantInnen von NGOs und der Nezavinost-Gewerkschaft (unabhängige Gewerkschaft) – mit Nachdruck von denen, die diese Tragödie verursacht haben, daß sie sofort die nötigen Schritte unternehmen, um die Bedingungen für die Wiederaufnahme des Friedensprozesses zu schaffen.
Seit 2 Wochen morden die militärisch, politisch und ökonomisch stärksten Länder Menschen und zerstören militärische und zivile Einrichtungen, Brücken, Bahnlinien, Fabriken, Heizkraftwerke, Lagerhallen und Treibstofftanks. Das hat einen Exodus von unvorhersehbaren Proportionen geschaffen. Hunderttausende Yugoslawen, vor allem albanischer Ethnie, sind gezwungen ihre zerstörten..Häuser zu verlassen, um der Bombardierung und dem militärischen Aktionen des Regimes und der KLA (Kosovo Liberation Armee???) zu entkommen, in der Hoffnung, daß sie Rettung im tragischen Flüchtlingsstatus finden.
Es ist offensichtlich, daß all dies in eine Katastrophe führt. Eine friedliche Verhandlungslösung des Kosovoproblems, um die wir uns über Jahre hinweg bemüht haben, ist jetzt ferner denn je.
Unsere Anstrengungen, Demokratie und eine zivile Gesellschaft in Yugoslawien zu schaffen und das Land darin zu unterstützen, wieder Mitglied aller internationalen Institutionen zu werden, hat unter permanentem Druck durch das serbische Regime stattgefunden.
Wir, die RepräsentantInnen von zivilen Gruppen und Organisationen haben couragiert und ausdauernd gegen Kriegstreiberei und nationalistische Politik gekämpft , ebenso für Menschenrechte und besonders gegen die Repression gegen Kosovo-Albaner. Wir haben immer insistiert, daß ihre Menschenrechte und Freiheit genau wie die Autonomie des Kosovo respektiert werden. Während dieses Zeitraumes waren serbische und albanische zivilgesellschaftliche Gruppen die einzigen, die Kontakte und Kooperation aufrecht erhalten haben.
Die NATO-Intervention hat alles zerstört, was wir bis dahin aufgebaut haben-so auch das Überleben der Zivilgesellschaft Serbiens..
Konfrontiert mit der gegenwärtigen Tragödie stellen wir folgende Forderungen im Namen von Menschlichkeit und im Namen der Ideen und Werte, die unsere Aktivitäten geleitet haben.

- Wir fordern die sofortige Einstellung der Bombardements und aller bewaffneter Operationen
- Wir fordern die Wiederaufnahme de Friedensprozesses auf internationaler Ebene in der Balkanregion, in Europa, genauso wie in der UN
- Wir fordern von der EU und von Rußland, ihren Teil der Verantwortung zu unternehmen um eine Friedenslösung für die Krise zu finden
- Wir fordern ein Ende der ethnischen Säuberung und die Rückkehrmöglichkeit für alle Flüchtlinge.
- Wir fordern Unterstützung für Frieden, Stabilität und Demokratie in Montenegro und jede mögliche Aktivität, um dieser Republik aus den katastrophalen Konsequenzen der Flüchtlingskrise zu helfen.
- Wir fordern von den serbischen und den internationalen Medien, professionell und unparteiisch über die gegenwärtigen Entwicklungen zu berichten und die Teilnahme am Medienkrieg zu beenden, ebenso wie die interethnische Hetze, Hysterie und Glorifizierung von Gewalt als einzig sinnvoller Weg aus der Krise.

Wir sind nicht in der Lage dies eigenständig zu erreichen.
Wir erwarten von Euch, unsere Forderungen zu unterstützen und uns zu helfen, sie zu realisieren durch eure Aktionen und Initiativen.

1. Association of Citizens for Democracy, Socioal Justice and Support for Trade Unions
2. Belgrade Circle
3. Center for Cultural Decotamination
4. Center for Democracy and Free Election
5. Center for Trastion to Democracy
6. Civil Initiatives
7. EKO Center
8. European Movement in Serbia
9. Forum for Ethnic Relations and Foundation for Peace and Crisis Management
10. Group 484
11. Helsinki Committee of Serbia
12. Students Union of Serbia
13. Union for Truth About Anti-Fascist Resistance
14. VIN – Weekly Video News
15. Woman in Black
16. YU Lawyers Committee for Human Rights ans Nezavisnost Trade Union Confederation
17. ARK

Belgrade 6. April 1999

Aufruf zur Demonstration

Gegen den Krieg in Jugoslawien

am Samstag den 24. April 1999, 13 Uhr
vom Kleistpark zum Potsdamer Platz

Am Potsdamer Platz haben einige der transnationalen Konzerne ihren Sitz, die an jedem Krieg verdienen. Daimler- Benz, Dasa, Debis und Deutsche Bank produzieren und finanzieren die Waffensysteme, mit denen der Krieg in Jugoslawien geführt wird.

Es geht ihnen nicht um Menschenrechte

Ihr Interesse nach profitabler Verwertung und Ausbeutung der Menschen in Süd- Ost- Europa soll durch den Krieg – durch die Zerstörung und Neuzusammensetzung aller gesellschaftlichen und sozialen Verhältnisse – durchgesetzt werden. Und es sind die selben Konzerne, die später am sogenannten Wiederaufbau verdienen werden. Denn auch über die Vergabe der dann benötigten teuren Kredite, wird erzwungen, daß die Menschen nach dem Krieg für Hungerlöhne arbeiten müssen, um sich eine Existenzgrundlage zu schaffen, die das Nato- Bombardement gerade zerstört.

Deswegen demonstrieren wir hier in Berlin vor allem gegen die politisch Verantwortlichen der deutschen Regierung und gegen die Profiteure des Kriegs auf Seiten des Kapitals. Eine starke Anti-Kriegsbewegung wird es ihnen wesentlich schwerer machen, den Krieg noch lange fortzusetzen.

Deshalb: Kommt alle!
Sabotiert den Krieg!

Autonomes Plenum gegen den Krieg

Willkommen im Club der Kriegstreiber!

Zur Besetzung der Bundesgeschäftsstelle von Bündnis 90/ Die Grünen am 7.4.1999 in Bonn Baunscheidstr. 1a

Einige Impressionen aus dem Club der Kriegstreiber:
35 Menschen aus antirassistischen Gruppen aus verschiedenen Städten aus NRW haben für mehrere Stunden die Bundesgeschäftsstelle der B 90/ Die Grünen besetzt, alle Büros untersucht, Transparente gehisst, Kekse und Nudeln verzehrt, uns mit -möglicherweise zu schlecht bezahlten- grünen Hausmeistern und Pressesprechern herumgeärgert, um die Forderung durchzusetzen, mit einem/r der prominenten KriegstreiberInnen aus den Reihen der Grünen ein öffentliches Gespräch zu führen. Wir wollen öffentlich die Doppelmoral der Grünen angreifen, einerseits die Menschenrechte im Kosovo per NATO-Angriffkrieg zu retten, andererseits genauso entschlossen im Bürgerkrieg gegen die KurdInnen den NATO-Partner Türkei mit Waffenlieferungen und Abschiebungen zu unterstützen. **Aber wir fordern ganz realpolitisch:**

Eine menschenwürdige Unterbringung der albanischen Flüchtlinge!
Schluß mit der Menschenjagd an den Grenzen durch den BGS!
Einen Abschiebestop für alle Bürgerkriegsflüchtlinge, dies muß besonders für Deserteure aus Serbien gelten!
Einen gesicherter Status als Bürgerkriegsflüchtlinge!

Leider war die Parteiprominenz wie die NATO-Jets ausgeflogen, weder die von uns avisierten Angelika Beer, Jürgen Trittin oder Ludger Volmer waren für ein "öffentliches Streitgespräch mit den BesetzerInnen unter den Augen der freien Presse", so unsere Forderung, nicht aufzutreiben.
Da wir bei der Anreise zur Besetzung schon die Bundesvorstandssprecherin Frau Radcke, ebenfalls eine Befürworterin des Krieges, in der Straßenbahn von Bonn gesichtet hatten, war die Sache schnell klar. Die Kriegstreiberfraktion hatte eine prominente Vertretung, die freie Presse und insgesamt fünf Filmteams waren zu unserer Pressekonferenz zur Stelle. Wer fehlte, war Frau Radcke. Sie war leider nicht bereit, sich öffentlich mit den BesetzerInnen über die Kriegspolitik der Grünen auseinanderzusetzen. Ein Geheimgespräch mit Frau Radcke ohne Presse mußten wir dagegen ablehnen, weil es uns schlichtweg zu langweilig gewesen wäre. So nahmen die Dinge ihren Lauf. Frau Radcke schloß sich in ihr Büro ein, die BesetzerInnen rüttelten zusammen mit den Medienvertretern an ihrer Bürotür. Der grüne Hausmeister oder wars der Pressesprecher, drohte mit der Polizei. Frau Radcke ließ sich aber nicht mehr erweichen. Der Keksvorrat ging zur Neige, das Nudelgericht war verzehrt, die freie Presse und die Filmteams hatte neue Termine und verschwanden.
So mußten wir neu entscheiden. Sollten wir, wir der linke fundamentalistische Flügel forderte, bleiben bis zum Ende, die Schlafsäcke ausbreiten und auf einen Blitzbesuch von Josef Fischer bestehen oder respektive warten, oder setzten sich die Realos in unserer Runde durch, die zu Recht feststellten, daß die Keke auf waren, die freie Presse entschwunden, der Hausmeister immer noch ätzend und Frau Radcke immerhin in ihrem Büro schon gefangen saß.
Die Debatte war hart, aber ehrlich. Die Öffentlichkeit schien ausreichend hergestellt, Frau Radke war gefangen und wir einigten uns auf einen Sonderparteitag an Christi Himmelfahrt. So verließen wir, nicht ohne den Müll einzusammeln, nicht ohne dem Hausmeister und dem Pressesprecher unser Wiederkommen anzudrohen und nicht ohne die gerahmten Friedensplakate der Grünen aus ihrer pazifistischen Frühphase mitgehen zulassen, die Geschäftsstelle. Der Protest des Pressesprechers, dies sei Diebstahl, verhallte ungehört. Die Friedensbilder wurden im Anschluß dem Haus der Geschichte übergeben.

Roter Lack im Grünen-Büro

Auf politische Hintergründe deutet ein Anschlag, der in der Nacht zum Dienstag auf das Büro des Grünen-Kreisverbandes in der Tübinger Rümelinstraße verübt wurde. Jemand hat vier mit verdünntem roten Lack gefüllte Joghurtgläser durch ein geschlossenes doppelflügeliges Fenster nach drinnen geworfen. Wie nach einer Explosion spritzte die Farbe über Wände, Parkettboden und Mobiliar und machte einen Großteil der Informationsmaterialien unbrauchbar. Allem Anschein und auch dem Geruch nach war der Lack mit Lösungsmittel verdünnt worden. Der entstandene Schaden wird auf mehrere tausend Mark geschätzt. Erleichtert war man, so Claudia Patzwahl, Geschäftsführerin im Grünen-Büro, daß wenigstens die technischen Einrichtungen unversehrt geblieben waren. Und bei den schon versandfertig bereitliegenden Spendenbescheinigungen für die Mitgliederschaft genügte es, die Anschreiben neu einzutüten. Ein Bekennerbrief beziehungsweise -anruf ist keiner eingegangen. Doch wird vermutet, daß die Farbaktion auf die Außenpolitik der Bundesgrünen, speziell deren Haltung im Balkankrieg, zielte. Darauf weisen ähnliche Aktionen andernorts, wo es an entsprechenden Bekenntnissen nicht fehlte.

jol / Bild: Faden

Stell dir vor, Deutschland führt einen Krieg, und die Autonomen planen einen Event

„Das ist das Deprimierende, daß alles so weiter geht!" (eine Hörerin bei einer Sendung über den Krieg im Radiosender Fritz)

Wenn 1989 Jahren jemand gesagt hätte, Deutschland wird in 10 Jahren kriegführende Macht sein, hätten viele den Kopf geschüttelt. Wenn man gar noch prophezeit hätte, der verantwortliche Außenminister wäre Mitglied von Jäger90/Die Grünen (Freke Over), wäre man für komplett verrückt erklärt worden. Selbst deren schärfsten GegnerInnen haben in den 80er Jahren die Ökopartei nicht der Kriegstreiberei bezichtigt.

Mittlerweile sind die Horrorszenarien Realität geworden, die man sich bis vor Kurzem noch nicht ausmalen konnte. Der Weg Deutschlands zur kriegführenden Macht fordert auch seinen innenpolitischen Tribut. Der Bundeskanzler hält eine Rede an die Nation, die kennt keine Parteien mehr, Kriegsminister Scharping läßt sich vor der Deutschlandfahne ablichten. Deutschland marschiert wieder mit Alt68ern vorneweg.

Der Rechtsruck des Kleinbürgertum

Fischer wird häufig als Prototyp des Wendehalses gesehen, der für seine Teilhabe an die Macht jede Schweinerei in Kauf nimmt. Doch das ist zu einfach. Fischer ist der Repräsentant der neuen Klasse des Kleinbürgertums, daß mal für einen weniger kriegerischen, umweltfreundlichen multikulturellen Kapitalismus angetreten ist und genau dafür von der radikalen Linken in den 80er Jahren angegriffen wurde. Als liberale BündnispartnerInnen schienen sie immer noch zu gebrauchen. Doch dieses Kleinbürgertums hat sich seit den 90er Jahren immer mehr nach Rechts bewegt. Vom Umweltgedanken ist ein profitversprechender Ökokapitalismus übriggeblieben, die grüne Multikulturalität hat ihre Grenzen, wo die eigenen Kinder mit AusländerInnenkindern in eine Klasse gehen müssen und die Friedensbereitschaft hat ihre Grenzen beim weltweiten Kampf um die Rohstoffe. Das ist längst nicht nur ein Problem der Grünen. Wenn man bedenkt, daß Fischer vor seiner parteipolitischen Karriere in der Frankfurter Spontiszene, einen direkten Vorläufer der Autonomen, reüssierte, lassen sich auch für die jüngere Autonomengeneration Schlüsse ziehen. Auch sie sind vor einem Anschluß ans Vaterland keineswegs gefeit.

Keine Opposition - nirgends!

Das fast völlige Schweigen der radikalen Linken zum ersten deutschen Kriegseinsatz ist dafür ebenso ein Zeichen, wie das mehr oder weniger unterschwellige Verständnis einzelner ihrer ProtagonistInnen für die UCK. Noch vor zehn Jahren hätte ein EU-Gipfel in Berlin die Polizei vor unübersehbare Sicherheitsprobleme gestellt. Schließlich war Westberlin die Hochburg der Autonomen. Doch heute kann selbst ein Zusammentreffen von EU-Gipfel und ein Angriffskrieg unter Einbeziehung Deutschland nicht mehr als 150 DemonstrantInnen zur Fahrradralley auf die Straße locken. Dabei war die Aktion schon als Spaß-Event angelegt, daß den postmodernen Bewußtsein vieler radikaler Linker entgegenkommen sollte. Eine politische Schärfe, die der Sache angemessen gewesen wäre, war nie vorhanden und die Polizei hat das sofort gespürt und sich entsprechend locker gegeben. So wenig Protest war noch nie gegen einen Gipfel in Berlin, wie in dem Augenblick als Deutschland sich anschickte wieder Belgrad zu bombardieren.

Vor 9 Jahren, am Vorabend des Bombardement gegen den Irak noch ohne deutsche Beteiligung, zogen Zigtausende auf den Breitscheidplatz.. Angst in die Nähe von Saddam Hussein gerückt zu werden hatten sie scheinbar weniger als heute mit Milosevic identifiziert zu werden und die Emphatie mit der israelischen Bevölkerung, die vor Giftgas aus deutscher Produktion mit Gasmasken im Luftschutzkeller sitzen mußte, war längst nicht so ausgeprägt, wie die Anteilnahme mancher Autonomer am Schicksal der mit deutscher Hilfe ausgerüsteten UCK-Nationalisten.

Autonomer Tanz auf dem Vulkan

Rave-In, Reclaim the Street, Straßenfeste, daß ist seit einiger Zeit der Ersatz von Widerstand in relevanten Teilen der Autonomenszene geworden. Das ist nicht überraschend, hat sich das Politik der Autonomen schon immer wesentlich aufs Freiraumverteidigen mit verbalradikaler Rhetorik beschränkt. Statt Veränderung der Gesellschaft, Einklagen der Teilhabe der eigenen Lebensform. Ging es dabei zunächst noch, beispielsweise bei der Verteidigung von besetzten Häusern, um gesellschaftliche Bezüge, so ist mit dem Event-Kult der Aktionsradius vieler Autonomer aufs ewige Feiern zusammengeschnurrt. Verständlich, daß diese Spaßgeneration sich kaum zu den Forderung der Opfer und Zwangsarbeiter des NS-Regimes nach Auflösung der IG-Farben verhält (die 300 DemonstrantInnen vor der Aktionärsversammlung ausgenommen), die Beschäftigung mit der Shoah liegt ihr größtenteils ebenso fern. Und wenn Deutschland einen Angriffskrieg führt, sind sie handlungsunfähig oder finden sogar Gründe ihn irgendwie zu rechtfertigen.

Event statt Widerstand - nein Danke

Die Sinnhaftigkeit von Protesten gegen den Doppelgipfel in Köln werden sich daran messen lassen müssen, ob es gelingt, handlungsfähige Strukturen der radikalen Linken gegen den Krieg aufzubauen oder nicht. Schon in der Vorbereitung sollte nicht einfach in der Planung fortgefahren werden, sondern die Aktivitäten sollten auf diese Frage zugespitzt werden. Viele Analysen, beispielsweise von den Anti-Gipfel-Aktivitäten 1992, sind seit der Zäsur des Kriegseintritts überholt, weil selbst die schwärzeste Analyse die heutige Realität nicht erfassen kann.-

Entweder es gelingt uns, den deutschen Kriegstreibern etwas entgegenzusetzen oder wir sollten jeden Gedanken aufgeben, in absehbarer Zeit hier noch linke Politik machen zu können. Die radikale Linke reagiert schon ohne jede Reaktion nicht auf den Krieg des eigenen Landes. Wie wird es sein, wenn die ersten Zinksärge zurückkommen, die nationalistische Welle das Land überrollt und auch das Vernichtungsinteresse gegen 'Vaterlandsverräter' wieder virulent wird? Über solche Fragen sollte in Köln und bei der Vorbereitung geredet werden.

No Name

Jetzt neu: Der saubere Krieg

Seit einigen Wochen auf Platz eins: Mit freundlicher Unterstützung der Rüstungsindustrie gibt es in Serbien jetzt das große Sterbien. Denn nachdem die Stiftung "Einsatz militärischer Mittel" dem Milosewichser das Prädikat "Hitler" verliehen hatte, stand einem Angriffskrieg nichts mehr im Wege. Mit der "Humanitätsgarantie" ausgezeichnet morden potentielle Mörder potentielle Mörder um potentielles Morden zu verhindern. Ob auch ein paar Alten und Kindern durch Bum-Bum-Joschkas Bomben die Gedärme ins Hirn getrieben werden, kann man aus der Luft ja zum Glück nicht sehen. Und damit niemand sagen kann, wir hätten nichts getan, tun wir etwas, was die Sache zwar auch nicht löst, aber immerhin für ein paar Milliarden Dollar Milliardenschäden anrichtet und das Großserbische Volk wieder hinter seinen Führer eint.

Auf Platz zwei der Nachrichten-Charts rangieren die albanischen Flüchtlinge, denen eigentlich unser Hauptaugenmerk gelten sollte: Denn am besten wirkt Humanität dort, wo Leid wirklich geschieht. Die Flüchtlinge könnten die halbe Milliarde Mark, die der Krieg täglich kostet, sicher besser gebrauchen. Deswegen: Entweder Geld spenden oder seinen Unmut über den saubersten Krieg aller Zeiten artikulieren. Informationen und Anregungen zu Aktionen gibt es bei der Kampagne gegen Wehrdienst und Zwangsdienste e. V. Denn obwohl Krieg noch nie so angenehm war wie heute: Volk, bleib' wachsam! *eb*

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Oranienstraße 25, 10999 Berlin, fon 030 - 615 00 530, fax 030 - 615 00 529

Initiativen und Projekte an SINNFLUT. Gute Ideen sind eine SINNflut wert!
Jugendnachrichtenagentur SINNFLUT für ökologische und soziale Kreativität,
Erkelenzdamm 47, 10999 Berlin, fon (030) 61 40 18-50/51, fax (030) 61 40 18 52,
email: sinnflut@sozkult.de, homepage: http://www.spinnenwerk.de/sinnflut.htm

Überlegungen zum Krieg in Kosovo

Es ist vielleicht zu verstehen, wenn viele aus der radikalen Linken verunsichert sind, was ihre Haltung gegenüber dem Krieg in Kosovo anbelangt. Allerdings können wir uns solche Verunsicherung nicht sehr lange leisten. Die Ereignisse haben sich zugespitzt und könnten sich in noch viel dramatischerer Weise zuspitzen, und auf einen umfangreichen und lange anhaltenden Kriegszustand hinauslaufen. Wer darunter zuallererst und am allermeisten zu leiden hat und haben wird, dürfte klar sein. Die Bevölkerung in Serbien, im Kosovo, in Mazedonien, Albanien, Bosnien usw.
Aber auch, wenn es zu einem schnellen Ende der Kriegshandlungen kommen würde, (was unwahrscheinlich ist) könnten wir uns nicht beruhigt zurück lehnen und durch unser Nichtverhalten, den Kriegseinsatz der BRD und Nato rechtfertigen, die angeblich, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern, den Krieg führt(e).
Die durch den erstmaligen Kriegseinsatz der Bundeswehr hervorgerufenen Veränderungen innerhalb der bundesdeutschen Gesellschaft, werden gravierend sein, sie werden nicht einfach wieder rückgängig zu machen sein, und sie werden die Spielräume politischer und sozialer Auseinandersetzungen für eine radikale Gesellschaftskritik weiter einschränken. Als hegemonial angelegtes Projekt militärischer Einhegung sozialer Kämpfe, emanzipiert sich die Nato von bisherigen, durch UN, Völker- und Kriegsrecht festgelegten (wie auch immer unzureichenden) Restriktionen. Die BRD emanzipiert sich im Prozeß der sogenannten Normalisierung von den so empfundenen "Altlasten" deutscher Geschichte, um sich in Zukunft auch unmittelbar kriegsmäßig am hegemonialen Zugriff auf die Verwertungsbedingungen beteiligen zu können.
Gegenüber Rußland dokumentiert die Nato ihre Bereitschaft, selbst unter dem Risiko eines russischen Kriegseintritts, als Ordnungsfaktor im Balkan einzugreifen. Darin steckt (möglicherweise) der Hinweis, dies gegebenfalls in den südlichen GUS Staaten oder im Kaukasus ebenfalls zu tun, sollte das russische Regime nicht endlich die IWF und anderen Kredite dazu nutzen, den Modernisierungsangriff gegen die zählebigen Hemmnisse einer verschärften Verwertungsordnug effektiv ein zusetzten.

Woher kommt die Verunsicherung?

- es handelt sich in Serbien um ein autoritär totalitäres Regime, das Oppositionsbewegungen rigide unterdrückt, nationalistisch und chauvinistisch agiert, eine ethnisierende Politik bis hin zu Massaker und Vertreibung betreibt. Diese Charakterisierung ist zutreffend und deshalb darf der Protest gegen den Krieg, nicht als Zustimmung für das diktatorische serbische Regime umdeutbar sein.
- der Kosovo war eine Region Jugoslawiens, der seit 1945 vom Zentralstaat, aus unterschiedlichen Gründen mal mehr, mal weniger Autonomie zugestanden wurde und gegen die sich, mit der Verschärfung der wirtschaftlichen Krise in Jugoslawien Anfang der 80er Jahre, der serbische Nationalismus massiv richtete. Gleichzeitig tauchten in Zusammenhang mit sozialen Kämpfen in Kosovo ebenfalls albanisch-nationalistische Parolen auf: wie "Kosovo den Kosovaren"
- die Ethnisierung des Sozialen hat in Ex- Jugoslawien mit Hilfe der sog. Ethnischen Säuberungen, und in den Strategien ihrer Ermöglichung eine neue Dimension erreicht. Insbesondere die BRD hat durch ihre (nicht nur) Annerkennungspolitik, gegenüber Kroatien, Slowenien und Bosnien einen erheblichen Anteil am Funktionieren dieser ethnisierenden, und nationalisierenden Gewalt.
- der Prozeß dieser kriegsmäßigen Ethnisierung erleichtert die Durchsetzung patriarchaler Ansprüche in neuen Formen, er unterminiert die Stellung und Stärke der Frauen, die sie in den ehemaligen (ebenfalls patriaralischen) Reproduktionszuammenhängen noch hatten.
- eine der wenigen, wenn nicht die einzige Möglichkeit, sich diesem Mechanismus der Ethnisierung, durch geplante und gezielte Massaker an hierüber serbisierten, kroatisierten

, usw. Bevölkerungsteilen und den Kriegsauseinandersetzungen zu entziehen, war damals wie heute die Flucht. Damals wie heute erschweren und behindern aber die selbsternannten Verhinderer einer humanitären Katastrophe genauso gezielt und bewußt, eben diese Fluchtmöglichkeiten. Deserteure der jugoslawischen Armee wurden abgeschoben, die Grenzen wie wir alle wissen zu kaum mehr zu überwindenden Hindernissen ausgebaut, das Recht auf Asyl faktisch abgeschafft.

Wie kommen radikale Linke zu der Ansicht der Nato den USA und der EU ginge es um die Verhinderung einer humanitären Katastrophe?

- auch wenn die Verantwortung für die derzeitige Vertreibung und die Massaker in Kosovo, bei den serbischen Militärs und Politikern liegt, so war den Kriegsstrategen der Nato ebenfalls klar, daß ein totalitäres Regime, daß auf ethnische Säuberungen setzt, kaum eine bessere Gelegenheit haben wird diese durchzusetzen und vor der "eigenen" Bevölkerung zu legitimieren, als im Falle eines gegen ihn geführten (nicht erklärten) Krieges.
- wir müssen uns mit der Möglichkeit vertraut machen, daß dieser Prozeß der Vertreibung und der damit verbundenen Auflösung der alten, sich einer Modernisierung widersetzenden, sozialen Zusammenhänge (den Menschen werden sämtliche Dokumente abgenommen, ihre Familien werden auseinandergerissen, sie können nicht mehr "beweisen" wer sie sind, woher sie kommen und was ihnen einmal gehörte) durchaus ein Kriegsziel nicht nur des serbischen Regimes, sondern ebenfalls der Nato- Strategen ist
- Flucht heißt nicht nur, den Versuch zu unternehmen, sich der Gewalt zu entziehen, sondern heißt insbesondere, die ehemaligen sozialen Strukturen aufgeben zu müssen – im Krieg zwangsmobilisiert zu werden – und, sofern man überhaupt wieder zurück kehren kann, unter weitaus schlechteren Bedingungen leben und arbeiten zu müssen. Aus Sicht des Kapitals ein Versuch, günstigere Verwertungsbedingungen durchzusetzen.
- Krieg und Vertreibung sind aus der Sicht des Kapitals noch nie eine "humanitäre Katastrophe" gewesen, sondern immer ein Versuch Blockierungen der Akkumulation, soziale Antagonismen und innere Hemmnisse, durch Mobilisierungs- und Innovationsoffensiven zu überwinden. Auch wenn nicht klar absehbar ist, und sie selbst nicht wissen, worauf es genau hinaus läuft. Und Krieg ist immer mit einer ungehemmten Freisetzung patriarchaler Gewalt verbunden, die sich über Tötung, Vergewaltigung und Erniedrigung rekonstruiert.
- Die Nato-Partner, allen voran die BRD hatte schon im Jugoslawienkrieg durch seine Annerkennungs- und Flüchtlingspolitik, durch die ökonomische Anbindung von Slowenien und Teile Kroatiens, sein Interesse an der Zerstörung des jugoslawischen ökonomisch-sozialen Zusammenhangs deutlich gemacht Die Anbindung an das europäische Wertschöpfungsgefälle, konnte nur gelingen in dem Maße, wie die alten Strukturen der spezifischen jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung in Zusammenhang mit den Subsitenzbasen auf dem Land, durch eine Politik der Vertreibung aufgelöst wurden. Voraussetzung dieser Vertreibungspolitik und der Auflösung starker sozialer Bindungen mit ihren Aneignungsforderungen, waren die letztlich erfolgreichen Strategien der Ethnisierung.
- In deren kriegsförmigen Durchsetzung erfolgte die patriarchale Restrukturierung der jugoslawischen Gesellschaft
- die selbsternannten Verhinderer einer humanitären Katastrophe haben in der Vergangenheit und in der Gegenwart, Flüchtlinge dieses und anderer totalitärer Regime zurückgewiesen, Deserteure abgeschoben, ihre Grenzen geschlossen, und keinerlei bemerkenswerte finanzielle Mittel bereitgestellt um diesen Menschen zu helfen.
- auch heute im Angesicht der kriegsmäßigen Vertreibung bleiben die Maßnahmen der Nato- Partner, den Flüchtlingen z.B. durch das Einrichten von Luftbrücken bei ihrer Flucht vor den massakrierenden serbischen Armme- und Polizeikräften zu helfen,

nennenswerte humanitäre Hilfen in die Nachbarregionen zu leiten, um die Flüchtlinge zu versorgen, lächerlich im Verhältnis zu den finanziellen und logistischen Mitteln für die Kriegsführung. Und lächerlich gegenüber den propagandistischen Lügen, es ginge um eine Verhinderung einer humanitären Katastrophe. Von einer vorbehaltlosen Öffnung ihrer Grenzen für die Fliehenden (auch Serben) gar nicht zu reden.

- unbegreiflich ist, daß der erste direkte bewaffnete Kriegseinsatz der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg fast unwidersprochen hingenommen wir. Auch hier setzt sich zunehmend eine nationalistische Rhetorik durch, in der es wieder einmal keine Parteien mehr gibt, sondern nur noch Deutsche, in der die Sorge vor allem der Unversehrtheit deutscher Tornadopiloten und "des deutschen Soldaten" gilt.
- In jeder Zeitung ist es zu lesen "das ist eine Zäsur in der deutschen Geschichte", – Deutschland führt wieder Krieg – Auch wenn es eine jahrelange Einstimmung in der BRD-Öffentlichkeit auf einen Kriegseinsatz der Bundeswehr gegeben hat, wozu die Einsätze in Somalia und Bosnien, die öffentlichen Gelöbnisse, genauso gehören, wie die Debatten um die "Entsorgung" der deutschen Vergangenheit (Walser usw.) und die Art und Weise wie sich Regierung und Konzerne den Wiedergutmachungsansprüchen der Zwangsarbeiterinnen entledigen wollen. Ohne Zweifel hätte sich das innerdeutsche Szenario bei einer anderen Regierungskonstellation nicht grundlegend anders abgespielt. Aber es ist anzunehmen, daß nur eine rot/grüne Regierung in der Lage war dieses ungeheure Faktum gesellschaftlich so widerspruchslos durchzusetzen, wie das bislang geschieht Nur sie ist in der Lage, die Reste der links bis linksliberalen Klientel dermaßen glatt und staatstragend in den Kriegsprozeß einzubinden, um unter dem gespielten Bedauern von Fischer und Co., den Krieg von Milosevijc aufgezwungen bekommen zu haben, die Öffentlichkeit über die Erfolge des letzten und die Ziele des nächsten Angriffs der Nato Jets zu informieren.
- ein Blick über die Grenzen zeigt, daß es in unseren Nachbarländern nicht die einhellige Kriegsuntersützung gibt, wie scheinbar in der BRD. Auch die Medien unterwerfen sich dort nicht freiwillig so vorbehaltlos der Nato und Bundesregierungs Doktrin, wie es hier zu sehen ist. Es scheint so, als wollten im "normalisierten Deutschland" alle dabei sein, wenn "das Vaterland" endlich wieder in den Krieg zieht
- eine Normalität, gegen die sich Linke zu Wehr setzen müssen und nicht ihre Zeit damit verschwenden können, die Voraussetzungen eines "humanitären Kriegseinsatzes" zu diskutieren.
- unser Vorschlag, schnell und kurzfristig sich ein zumischen, wäre, die verbliebenen KriegsgegnerInnen, insbesondere bei den Grünen und der SPD, durch Aktionen vor und in den Parteibüros zu unterstützen. Die Grünen sind womöglich die schwächste Stelle in der Formation der Kriegstreiber, hier könnte am ehesten in kurzer Zeit ein Einbruch stattfinden. Langfristig wichtiger ist aber mit Sicherheit das Zustande kommen einer Antikriegsbewegung, die sich antiimperialistischen Aspirationen öffnet, und die die nationalisierenden, ethnisierenden und repatriarchalisierenden Beschränkungen tendenziell überwinden könnte. Nur sie gäbe Anlaß zur Hoffnung, auch von hier aus der Offensive und Aggressivität des Verwertungkommandos ernsthaft etwas entgegensetzen zu können. (das klingt zwar geschwollen, ist aber so) Vielleicht ist ja die für Mai und Juni geplante InterContinental Caravan, die Initiative mehrerer Millionen Bauern und Bäuerinnen des Trikonts, deren VertreterInnen auch beim EU- Gipfel in Köln sein werden, ein richtiges Vorbild für mögliche neue Kämpfe. Vielleicht gelingt es uns ja beim EU- Gipfel in Köln, ganz gleich ob dann der Krieg noch weiter eskaliert sein wird oder ob er beendet sein wird, uns vernehmbar Gehör zu verschaffen.

MaterialienBerlin

Nasdravlje, Partizani i Cetnici

Was Kohl, Kinkel und Rühe vorbereiteten, dürfen nun ihre sozialdemokratisch/grünen Nachfolger in die Tat umsetzen. Seit dem 23. März wird Jugoslawien – bzw. was nach den Sezessionen der letzten Jahre davon noch übrig geblieben ist – von der NATO bombardiert, selbstverständlich mit deutschen Kampfflugzeugen in der „ersten Reihe" (BZ). Schröder, Scharping und Fischer rechnen sich reale Chancen aus, die großdeutschen Balkanambitionen, nachdem sie im zwei Weltkriegen scheiterten, diesmal mit Erfolg umzusetzen. Wie fast immer in der Kriegspropaganda dient die Beschwörung angeblicher Greueltaten des Feindes der Rechtfertigung eigener Massaker.

Als am dritten Tag der Bombardierung das erste NATO-Flugzeug vom Himmel geholt wurde, war die Freude der zum humanitären Abschuß freigegebenen jugoslawischen Bevölkerung verständlicherweise groß. Auf den Trümmern des „Tarnkappenbombers" wurde getanzt und gefeiert. Im Geiste der internationalen Solidarität sollten auch wir eine Party vorbereiten: Wenn der erste deutsche Bomber auf dem Balkan abgeschossen wird, sollten wir einige Fläschchen öffnen und den Denkzettel auf würdige Weise begiessen. Aber auch Abschüsse von britischen und US-amerikanischen Friedensvögeln werden uns recht sein. Zwar wird keiner der für die höhere Ehre von „Menschenrecht" und „Humanität" Getöteten durch die Abschüsse wieder lebendig; eine Kriegsmaschinerie wie die der NATO kann jedoch nicht durch Worte und guten Willen beeindruckt werden. Falls die jugoslawische Flak ihre Form – wie wir hoffen – noch etwas steigert, wird man auf den nächsten freudigen Anlaß nicht mehr lange warten müssen.

Denn mag man auch mit einigem Recht den jugoslawischen Nationalismus ebenso wie jeden anderen für völlig ungeeignet halten, irgendetwas auch nur tendenziell Emanzipatorisches zu befördern, so muß man doch nüchtern konstatieren, daß im Augenblick einzig und allein die jugoslawischen Waffen in der Lage sind, das Wüten der NATO zu stoppen und insbesondere dem deutschen Imperialismus das militärische Comeback zu vermiesen.

Eine solche Lektion ist überfällig: Die Dreistigkeit, mit der Großdeutschland alle außenpolitischen Beschränkungen beseitegeräumt hat und jetzt ausgerechnet in Jugoslawien das Bombenwerfen übt, aber auch die Komplizenschaft des Westens gegenüber dem IV. Reich erinnern verdammt an die dreißiger Jahre. Doch halt, Scharping und Fischer seien nicht das gleiche wie Göring und Ribbentrop? Nun gut, aber auch der demokratische Weltpolizist USA steckte nach seinen südostasiatischen Gemetzeln erst zurück, nachdem er vom Vietcong ein paar auf die Finger bekommen hatte. Dessen militärische Erfolge bestärkten die Jugendrevolte in den Metropolen und förderten den damaligen Aufschwung der antikapitalistischen Linken.

Es war stets ein Minimalkonsens der radikalen Kritiker von Militär, Krieg und ihren gesellschaftlichen Voraussetzungen, daß die Kriegsführung des sog. „eigenen Landes" in keinem Fall zu unterstützen, sondern ausschließlich mit allen realistischen Mitteln zu sabotieren sei. Eine solche Strategie des „revolutionären Defaitismus" kann angesichts des Massenkonsenses hierzulande derzeit nur beschränkt aufgehen. Mit wenig Leuten kann man keine Demo machen, aber für eine art Fete reicht es immer. Vorerst muß uns das gemeinsame Anstoßen als kollektiver Propagandist und Organisator der Vaterlandsverräter dienen. Und beim nächsten Abschuß sind's dann vielleicht schon doppelt so viel ... und so weiter.

Wenn bis zu den Hauptnachrichten (20 Uhr) ein Abschuß bekanntgegeben wird, treffen wir uns, vielleicht auch mit Euch, am selben Tag um 22 Uhr im:
PINOX, Oranienstraße 45, in Kreuzberg

BAHAMAS, Postfach 62 06 28, 10796 Berlin

Dieser Redebeitrag wurde in stark gekürzter Version auf dem Berliner Ostermarsch am 5.4. 99 gehalten.

NATO-Überfall auf Jugoslawien

Rot-Grün bomben die neue Weltordnung herbei

Zum ersten mal seit 54 Jahren beteiligen sich die BRD-Machthaber wieder offen an einer kriegerischen Intervention. In den Jahrzehnten zuvor hatte die BRD sich lediglich logistisch beteiligt, aber wichtige kriegführende Parteien wie die Türkei in Kurdistan, die USA in Vietnam und später im Golfkrieg massiv mit Waffen und Milliardengeldern unterstützt.

Ganz anders als die Bevölkerung je hätte vorausahnen können, hat die neue rot-grüne Koalition unter Schröder und Fischer ihr Wahlversprechen eingehalten und die BRD binnen eines halben Jahres 'modernisiert':
Unter Führung der US-Amerikaner bombardieren NATO-Kampfgeschwader jugoslawisches Hoheitsgebiet. Damit überfallen zum dritten mal in diesem Jahrhundert deutsche Soldaten serbisches Territorium und morden!
Viele namhafte Völkerrechtler im In- und Ausland sind sich einig, daß die kriegerische Intervention der NATO-Verbände einen eindeutigen Bruch des Völkerrechts darstellt und selbst gegen die eigenen NATO-Statuten verstößt, welche nämlich keinen Angriffskrieg erlauben.
Daß das Grundgesetz in Artikel 26 für die deutsche Politik und das Militär selbst schon die *Vorbereitung* und erst recht die Durchführung eines Angriffkrieges unter Strafe stellt, interessiert die Bonner Kriegsmafia ebenfalls nicht.

Gut, wir haben es ja schon immer gesagt: wenn es für die Herrschenden draufankommt, ist ihnen jedes Recht und Gesetz scheißegal. Und doch stellt dieser NATO-Krieg eine geschichtliche Zäsur dar:
Es ist glasklar, hier wird nicht nur verbrieftes Grundrecht gebrochen - hier wird eine neue Rechtsordnung herbeigebombt. Es ist das Recht der "Neuen Weltordnung", die von US-Präsident Bush zu Beginn des Überfalls der USA auf den Irak 1991 verkündet wurde. In dieser Ordnung geht's um die Zementierung der imperialen Herrschaft der westlichen Industriestaaten, der sogenannten Zivilgesellschaften gegenüber den 'unzivilisierten' barbarischen Despoten und Regime der übrigen Welt. Insofern ist die Fokussierung der Kriegspropaganda auf den serbischen Präsidenten Milosevic nicht nur die Wiederholung der Propaganda aus dem Golfkrieg gegen Sadam Hussein, sondern es ist die Vorweg-nahme zukünftiger Kriegspropaganda, um die "Ölinteressen" im Vorderasien der US-Konzerne zu sichern oder die "Rohstoffinteressen" der Bundesrepublik in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion militärisch durch "Kriseninterventionskräfte" (so der ehemaligen Generalinspekteur der Bundeswehr, Naumann) zu verteidigen. Und diese Funktion wird in Europa, Vorderasien und Afrika die NATO übernehmen, in Lateinamerika werden derzeit supranationale "Kriseninterventionkräfte" unter US-Führung aufgebaut und die nationalen Armeen sollen dort aufgelöst werden.
In dieser 'Neuen Weltordnung' ist für die UNO und das von ihr garantierte Völkerrecht kein Platz mehr. Hier zählt nur noch das Recht des Stärkeren - und das sind heute ausschließlich die westlichen Industriestaaten, inclusive Japan.
Daß durch die Bombardierung militärischer und ziviler Stellen in Serbien und dem Kosovo die Kosovo-Albaner vor den serbischen Truppen geschützt und die Vertreibung aus ihrer Heimat unterbunden wird -daran glauben außer Schröder, Fischer und Konsorten niemand mehr. Was für polit-ökonomische Ziele die NATO und besonders die BRD mit diesem Angriffskrieg verbindet, bleibt unklar. Ökonomische Interessen, wie irgendwelche Ölvorkommen können es nicht sein, dafür sind sie im Weltmaßstab zu gering.
Offensichtlich geht es den NATO-Politikern und Militärs um eine einzigartige Machtdemonstration.
Nicht nur gegenüber Jugoslawien, sondern vor allem auch gegenüber Rußland.
Der Welt soll demonstriert werden, wer die eigentlichen Herrn sind!
Die "Bewahrung der Menschrechte" sind da nur willkommener Vorwand und total unglaubwürdig, zu oft haben diese Herrn in den letzten Jahrzehnten selbst sich an Menschenrechtsverletzungen in ihren Staaten und im Ausland beteiligt (siehe das NATO-Land Türkei in Kurdistan), zu menschenverachtend springen sie mit den Millionen Flüchtlingen in ihren Ländern um.
Besonders widerwärtig ist darin das Verhalten der großen Mehrheit der Grünen-Spitzenpolitiker, die wie Vollmer oder Schlauch die jetzige "Kriseninter-vention" als "Fortsetzung" bzw. "Modernisierung" des Pazifismus bezeichnen! Solchen Politikern kann nicht mehr gewaltfrei auf der Straße gegenübergetreten werden!
Wenn wir so eindeutig gegen diesen NATO-Krieg Stellung beziehen, so sollten wir auch eindeutig Stellung beziehen gegen den Haß und den Nationalismus unter vielen Ethnien auf dem Balkan. Die Auflösung Jugoslawiens 1991/92 war das Produkt eines in den 80 er Jahren wieder stark aufkommenden Nationalismus innerhalb der jugoslawischen Völkergemeinschaft, der selbst unter Tito nie ganz beseitigt werden konnte.
Natürlich hat die BRD durch die vorschnelle Anerkennung Kroatiens und Sloweniens zum Zerfall Jugoslawiens beigetragen, aber alles dem damaligen

Außenminister Genscher in die Schuhe zu schieben, übergeht die Brisanz und Heftigkeit der nationalistischen Konflikte in Jugoslawien und entschuldigt die nationalistischen Einpeitscher in den Führungsetagen der jugoslawischen Parteien.
Der Nationalismus zwischen Kroaten und Serben, aber auch zwischen Kosovo-Albanern und den reicheren Kroaten und Serben wird ganz häufig auf den wirtschaftlichen Niedergang Jugoslawiens in den 80 er Jahren zurückgeführt. Und an diesem Niedergang haben die westlichen Industriestaaten und der IWF eine gehörige Portion Mitschuld. Die harten Auflagen des IWF bewirkten Massenentlassungen, Lohnraub und Massenstreiks. Hundertausende JugoslawInnen mußten als ArbeitsemigrantInnen in den Fabriken Westeuropas schuften.
Jugoslawien war aber entgegen der Propaganda eines Ronald Reagan schon in den 80 er Jahren kein sozialistisches Land mehr. Die Arbeiterselbstverwaltung stand nur auf dem Papier, der Bund der jugoslawischen Kommunisten herrschte unumschränkt und hatte schon unter Tito jegliche Linksopposition (so die Gruppe "Praxis") verboten. Die Parteispitzenfunktionäre waren zugleich die Wirtschaftsführer und bedienten sich reichlich aus den Firmenkassen.
Korruption und Staatsbetrug nebst mafiöser Strukturen kennzeichen heute das Bild in nahezu allen jugoslawischen Nachfolgestaaten auf dem Balkan. Dabei hat der Großteil der Bevölkerung unter einer extremen Verarmung, Hunger und Arbeitslosigkeit zu leiden.
Über Jahrzehnte mußten die reichen Republiken Slowenien und Kroatien den armen Süden, den Kosovo und Montenegro mit Geldern bezuschussen. Dies hat nationale Rivalitäten immer wieder aufs Neue geschürt.
Darüberhinaus rebellierte die albanische Mehrheit im Kosovo immer wieder gegen die Benachteiligungen aus Belgrad und forderte die Anerkennung als jugoslawische Republik. Marshall Tito gewährte ihnen dann 1974 als Kompromiß eine weitgehende Autonomie. Diese Autonomie wurde dann 1987 durch den neuen jugoslawischen Präsidenten Milosevic aufgehoben und prompt eskalierten wieder die Unruhen im Kosovo. Albanisch sprachige Universitäten und Schulen wurden geschlossen, die albanische Kultur unterdrückt.
Allerdings reicht als Erklärung für den brutalen Haß und Nationalismus der beschriebene wirtschaftliche Niedergang nicht aus. Die Unterdrückung der serbischen Minderheit in Kroatien, der muslimischen Ethnien in Bosnien, der Albaner in Kosovo usw. läßt sich nur durch mehrere Ursachenfaktoren beschreiben. Zum einen haben jahrhundertealte kulturelle Unterschiede zwischen katholischen Kroaten, orthodoxen Serben und muslimischen Bosniern bzw. Albanern die offiziell atheistischen Zeiten Titos überdauert und wurden u.a. von Milosevic Mitte der 80 er Jahre wiedererweckt, als er die orthodoxe Kirche zur Staatskirche erhob und den Glaubenskrieg gegen die Muslime und Katholiken begann. Ein anderer wesentlicher Faktor für den verbreiteten Nationalismus ist die tiefsitzende patriarchale Tradition und Gesellschaftstruktur aller jugoslawischen Ethnien. Wie sonst wären die Massenvergewaltigungen im Bosnienkrieg zu erklären? Die patriarchale Familie bildet gerade in Zeiten extremer Verarmung und äußerlicher Bedrohung durch Krieg und Vertreibung immer noch das Rückgrat der jugoslawischen Gesellschaften.
Die unbedingte Solidarität mit den großenteils serbischen Opfern darf nicht die Kritik an dem weitverbreiteten Nationalismus (die zweitstärkste Kraft neben der Milosevic-Partei in Jugoslawien stellt seit dem Herbst 1997 die faschistisch-nationalistische Partei des Herrn Seselj dar) unter den Tisch fallen lassen!
Aber zu allererst, und immer wieder müssen wir die NATO politisch angreifen! Der Kosovokonflikt schien schon befriedet. Die NATO-Strategen hatten gerade infolge des Daytoner-Friedensabkommens von 1995 für Bosnien mit Milosevic gut zusammengearbeitet. Milosevic sorgte für den Sturz des Ultranationalisten Karadzic. Milosevic ließ sich in den Verhandlungen mit den NATO-Unterhändlern im letzten Jahr auf die Wiedereinführung der Autonomie im Kosovo ein.
Doch die NATO spielte ein doppelzüngiges Spiel. Sie ließ seit Anfang der 90 er Jahre die Aufrüstung der albanischen Untergrundarmee UCK zu bzw. half ihr dabei tatkräftig durch Waffenlieferungen.
Das Ziel der UCK ist von Anfang an die Errichtung eines großalbanischen Reiches unter Einschluß des Kosovo und Makedoniens. Und es war seit Jahren jeder neutralen Beobachterin klar, das die bewaffnete Intervention der UCK im Kosovo nur noch eine Frage der Zeit ist. Wir wissen nicht, welche genaue Rolle die UCK im strategischen Spiel der NATO auf dem Balkan spielen soll. Wir wissen nur, daß die NATO mit ihren Luftbombardements im Kosovo als Luftstreitmacht der UCK fungiert.
Die NATO hat durch ihre Kriegführung und den vorausgegangenen Rückzug der OSZE-BeobachterInnen die Vertreibung der Kosovo-AlbanerInnen entscheidet begünstigt.
Wir wußten es schon immer und sagen es wieder: Krieg ist kein Mittel, Nationalitäten- oder soziale Konflikte zu lösen. Krieg verschärft das Elend der Völker!
In mehreren NATO-Staaten - voran Italien und Griechenland - organisiert sich breiter Widerstand gegen den NATO-Krieg in Jugoslawien. Unsere Aufgabe hier sollte es sein, den Kriegsstrategen das ruhige Hinterland zu nehmen und ihren Krieg mit allen Mitteln zu sabotieren und anzugreifen!

BRD raus aus der NATO!
Auflösung der NATO!
Abschaffung der Kriegsindustrie weltweit!
Verweigert den Kriegsdienst! Desertiert!

Flugverbotszonen

(dpa/eigener Bericht)
Wie aus hohen Kreisen chinesischer Militärs bekannt wurde, hat die chinesische Führung beschlossen, oberhalb des 54. Breitengrades eine Flugverbotszone für britische Militärmaschinen zu erlassen. Großbritannien führt einen seit Jahrzehnten andauernden Krieg gegen die religiöse Minderheit der nordirischen Katholiken. Über eine ähnliche Lösung dachte auch Palästinenserchef Arafat nach. Eine Flugverbotszone ab dem 33. Breitengrad würde Israel hindern, Angriffe gegen im Südlibanon liegende Flüchtlingslager zu fliegen.
Diesem Beispiel folgend drohte das wiedererstarkte Russland Frankreich mit militärischem Eingreifen, sollte die französische Regierung weiterhin Polizeiaktionen gegen die für Unabhängigkeit kämpfenden korsischen FreiheitskämpferInnen führen. Auf Sardinien wurden deshalb erste Einheiten einer schnellen Eingreiftruppe stationiert. Algerien hat derweilen seine Kontrollflüge über dem Baskenland ausgeweitet. In Zaragoza wurde eine Kaserne der Guardia Zivil zerstört, nachdem die algerischen Kampfbomber von deren Radar erfaßt worden sind. Eine der Abwehrraketen traf irrtümlich ein benachbartes Wohngebiet. Wieviele Menschen unter den Trümmern liegen ist bislang unbekannt. Das Rote Kreuz spricht von mehreren Dutzend Toten und hunderten Verletzten. Der spanische Staat sei allein verantwortlich für die Eskalation hieß es in ersten Stellungnahmen des algerischen Außenministers.
Die UNO hat die Wirtschaftssanktionen gegen die Türkei noch einmal ausgeweitet. Das Regime in Ankara führe weiterhin einen blutigen Ausrottungskrieg gegen das kurdische Volk. Man sei nicht mehr bereit dies hinzunehmen. Griechenland hat daraufhin seine Militärs in Alarmbereitschaft versetzt. Ein Militärschlag ist nicht mehr auszuschließen.
Dies ist allerdings Fiktion, die Realität sieht anders aus!

Krieg dem imperialistischen Krieg

die NATO ist im Krieg

Was will die Nato im Kosovo?

Der Krieg ist in Europa angekommen. Diesmal beteiligen sich die Imperialistenmächte der Nato direkt am Kriegsgeschehen auf dem Balkan, und dies zuletzt um notleidenden, vor dem Krieg fliehenden Menschen zur Hilfe zu eilen, wie uns die Propaganda der mittlerweile total gleichgeschalteten Medien glauben machen will. Es geht dieser Nato um nichts anderes, als zu zeigen, wer auf der Welt das sagen hat. So ist der Kosovo nur die vorläufig letzte Etappe, um den alleinigen Machtanspruch der kapitalistischen Metropolen klarzustellen. Dazu fahren sie alles auf, was sie sich in den letzte Jahrzehnten an Mordmaschinen geleistet haben. Ein Narr wer glaubt nur militärische Ziele würden dabei getroffen. Wer Städte bombardiert trägt den Terror immer auch in die Zivilbevölkerung.

Stufenweise zur Weltpolizei für die Absicherung der Kapitalinteressen

Nach dem Ende des Ostblocks und des kalten Krieges versuchen die Imperialisten stufenweise die ganze Welt unter ihre Kontrolle zu bringen. In der Rolle der Weltpolizei mischen sie sich in sämtliche Konflikte, die ihnen relevant erscheinen, um den Ausgang in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Dies begann mit der sog. „humanitären Hilfe" in Somalia. Dieses Bürgerkriegsland war ein Testfall. Legitimiert mit einem UNO-Mandat probte die „internationale Staatengemeinschaft", selbstverständlich unter Führung kapitalstarker Länder, ihre Sheriffunktion. Heute kräht kein Mensch mehr nach dem Land, in dem sich, nach dem Abzug der UNO-Truppen, nicht viel geändert hat. Somalia ist eben strategisch unbedeutend.

Anders die Golfregion. Unter anfänglichem Protest Russlands bekämpft die, von der UN legitimierte, Armada ihren ehemaligen Verbündeten Sadam Hussein, und macht so deutlich, wer dort das Sagen hat. In erster Linie mal der US-Imperialismus und sein Gefolge. Beim zweiten großen Militärschlag warteten die USA und Großbritannien eine Legitimation durch die UNO gar nicht mehr ab. Noch bevor die Verhandlungen des Weltsicherheitrats zu Ende waren und gegen den Willen Chinas und Russlands, wurde Bagdad bombardiert. Seitdem vergeht keine Woche, in welcher der Irak nicht Ziel von Angriffen der Aggressoren wird. Ständig werden die Irakis bombardiert mit der lapidaren Begründung, sie würden US amerikanische Maschinen mit ihrem Radar erfassen. Für irakische Militärs wurden Flugverbotszonen eingerichtet, angeblich um ethnische Minderheiten im Irak zu schützen. Zeitgleich fliegt das türkische Militär Angriffe auf KurdInnen bis in den Irak hinein, bis in der für das irakische Militär bestehenden Flugverbotszone. Ein an Zynismus schwer zu übertreffendes Schauspiel.

Was Recht oder Unrecht ist bestimmen die Kapitalisten

Nun machen sie sich erneut auf, Europa neu zu ordnen. Neben der europäischen Vereinigung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, machen sie sich daran den Teil zu disziplinieren, den sie zuvor konsequent destabilisiert haben. Ex-Jugoslawien. Was Recht oder Unrecht ist bestimmen ausschließlich die Imperialisten und verfahren nach Gutdünken. So werden in den Metropolen Befreiungsbewegungen rigoros unterdrückt und blutig bekämpft. (England/Nordirland; Spanien/Baskenland; Frankreich/Korsika). Und auch das Natoland Türkei unterdrückt seit Jahren das kurdische Volk, nimmt „ethnische Säuberungen" vor, zerstört Dörfer und vertreibt Menschen. Dafür wird der türkische Staat, insbesondere durch die BRD, sogar noch mit Waffen unterstützt. Dies ist die Logik, des auf staatliche Einheit bedachten Nationalstaats in kapitalistischen Sinn. Trotzdem haben sie jetzt ein Herz für die KosovoalbanerInnen entdeckt, unterstützen die dubiose UCK, von der niemand so genau weiß, was sie ist und bekämpfen das zu verteufelnde Gegenstück, Slobodan Milosevic. So schrecklich dieser Bürgerkrieg auch ist, die Bilder von vertriebenen hungernden Menschen uns auch betroffen machen, Gerechtigkeitsempfinden ist nicht die Triebfeder, warum unsere Weltpolizisten sich berufen fühlen militärisch einzugreifen. Bewiesen werden soll einfach nur, daß sich niemand dem Willen der Imperialisten entgegenstellen kann. Welche bei diesem, mit klaren Rollen belegtem Spielchen nicht mitmacht, wird ersteinmal eines besseren belehrt! Am besten mit Bomben und Granaten! Es ist auch die Rache an einem, der nicht mit fliegenden Fahnen ins Natolager übergelaufen ist und eine weitere demütigende Zurechtweisung Russlands.

Europäer beeilen sich die Rolle der USA als Weltpolizei in Europa zu übernehmen.

Zumindest in Europa beeilen sich die führenden kapitalistischen Länder selbst die Führungsrolle zu übernehmen. Denn wer wirtschaftliche Macht aufbaut, muß sie schließlich auch militärisch absichern können. Wer sich den Kapitalinteressen entgegensetzt, wird gegebenenfalls eliminiert. Daß es dabei zu Beginn an Schwung mangelte, liegt einzig und allein an der relativen ökonomischen Bedeutungslosigkeit des umkämpften Gebietes.

Deutsche dürfen da natürlich nicht fehlen. Hatte die Vorgängerregierung mit Verweis auf die jüngste Geschichte (Kinkel) noch gewisse Skrupel an einer Kriegsbeteiligung auf den Balkan, kennt man solche Probleme bei Rot/Grün nicht. Gerade der Sozialdemokrat Schröder beeilte sich eine deutsche Kriegsbeteiligung zuzusagen. Dicht gefolgt vom grünen Koalitionspartner. Außenminister Fischer (Olivgrüner) macht mittlerweile „Deutsche Außenpolitik" und selbst Trittin plädierte ungefragt für ein militärisches Eingreifen im Kosovo. Das hätte sich wohl so mancheR Grünen und SPD WählerIn anders vorgestellt. Ausgerechnet die Partei der ehemaligen Friedensbewegung führt nun den ersten Angriffskrieg von deutschem Boden aus nach dem II. Weltkrieg.

Die Ursache hierfür ist allerdings nicht in einer Laune der Führungsetagen dieser Parteien zu suchen, sondern erklärt sich aus dem Interesse des deutschen Imperialismus an eigenständiger

Militärpolitik und daraus folgend einer vollwertigen Rolle als europäische Führungsmacht, sowie dem allgemeinen Interesse an weltweiter militärischer Absicherung.

Klare Sache: Allen Imperialisten geht es in diesen Konflikten nicht um Humanität oder Gerechtigkeit, noch darum, irgendwo einem Menschen das Leben zu retten. Wäre das beabsichtigt würde man mehr Geld für Hilfsgüter ausgeben anstatt für Waffen und Flüchtlinge aus der Region aufnehmen anstatt aus Deutschland abzuschieben. Es soll einzig und allein ihre militärische Hegemonie unter Beweis gestellt werden, um ihre ökonomischen Interessen deutlich zu machen.

Dies muß sich ändern!

Der proletarische Internationalismus ist unser Leitfaden

In Zeiten der Globalisierung müssen Klassenkämpfe mehr denn je internationalistisch geführt werden. Der proletarische Internationalismus war und ist feststehende Absicht jeder linken revolutionären Bewegung. Dies ist heute nicht nur wünschenswerte Ideologie sondern notwendige Praxis beim aktuellen Stand des international agierenden Kapital.

Internationalistisch denken:

Was hat die Bombardierung des Iraks und Jugoslawien mit dem Sozialabbau in den Metropolen zu tun?

Das mit Zerstörung des Ostblocks ein weltweiter rollback des Imperialismus stattgefunden hat wurde bereits erwähnt.

Die Auswirkungen sind Ausbeutung, Unterdrükkung, Demütigung, Ausgrenzung, Krieg, Mord und Vertreibung für all diejenigen, die sich den Interessen des Kapitals entgegenstellen. Kein Tag vergeht, an dem das Kapital nicht demonstriert, in welch menschenverachtender Weise es seine Interessen durchsetzt. In Jugoslawien oder im Irak bekommen die Menschen die letztendliche Option des imperialistischen Systems zu spüren - Krieg!

So wie die personifizierten Fratzen des Kapitals außenpolitisch handeln, so wüten sie im Inneren. Reaganomics, Thatcherismus und die Ära Kohl stehen genau dafür. Und die Clinton, Blair, Schröders setzen noch eins obendrauf. Massiver Sozialabbau, Gängelung der arbeitenden Massen, Ausgrenzung von Menschen ohne Arbeit und selbst viele die noch Arbeit haben können davon allein nicht mehr leben, sie degradieren zu working poors. Der neue Konservatismus drängt ganze Gesellschaftsgruppen noch weiter zurück als bisher. Frauen auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter eingeschworen, haben wieder die Stellung der industriellen Reservearmee. Der wiedererstarkte Nationalismus schlägt oft genug in blanken Ausländerhass und Rassismus um. Kriegsgeschrei, nur mühselig als humanitäre Hilfe bemäntelt, wird wieder salonfähig. Rot/Grüne „MenschenrechtsvertreterInnen" marschieren in der Kontinuität der deutschen Außenpolitik zum drittem mal in diesem Jahrhundert im Balkan ein. Rechtsradikale Thesen werden nicht nur an den Stammtischen geklopft, sondern zunehmend auch in sogenannten Intellektuellenkreisen aufgenommen.

Wir müssen gegen diese Pläne Sturm laufen, und den Menschen zeigen, dass dies nicht die Lösung sein kann ...

Leider sind selbst viele „Linke" noch in nationalen Denkmustern gefangen. So erscheinen beispielsweise national begrenzte Forderungen von Gewerkschaften oft nur als Pfründesicherung des eigenen Klientels (oft genug gegen Andere gerichtet, wie die Standortdebatte zeigt). Doch selbst Gruppierungen, die sich nicht den proletarischen Internationalismus verschrieben haben, kommen an der Realität nicht vorbei. Spätestens mit der Einführung des Euro verlieren national begrenzte Forderungen immer weiter an Boden, werden mehr und mehr zur Denkweise einer vergangenen Ära. Das selbe gilt für das nach wie vor verbreitete Teilbereichsdenken. Wer/welche sich nur als Antifa, Antinationale, AtomkraftgegnerIn, Frauenbewegte, oder ArbeiterklassenvertreterIn sieht, ohne einen übergeordneten Zusammenhang, bzw. eine systemverneinende Lösung zu benennen, ohne den Willen die Kämpfe zu vereinen, wird scheitern. Selbst die dabei erkämpften Reförmchen, die das Kapital gewährt, sind kontraproduktiv, weil sie Spaltungen produzieren und schnell als Argument gegen die Sache verwand werden können. Das von den Metropolengewerkschaften erkämpfte höhere Lohnniveau dient dann beispielsweise als Begründung für out sourcesing von Produktion in Billiglohnländer. So ist über die Ungleichheit die Konkurrenz entstanden. Dies entspricht der Logik des Kapitals. Die Menschen aber brauchen Gleichheit um zur Freiheit zu gelangen.

Daran muss sich Widerstand entwickeln

Wir dürfen dem Wüten der Imperialisten nicht tatenlos zusehen. Wer/welche zuläßt, wie ganze Völker terrorisiert und gedemütigt werden, braucht sich nicht zu wundern, wenn er/sie in den Arsch getreten wird, wenn die Reihe an ihm/ihr ist. Die Triebfeder unseres Handeln soll die internationale Solidarität sein mit den Völkern, die unter den Joch der Imperialisten leiden, auch wenn wir uns mit deren Repräsentanten nicht identifizieren können. Da geht es um die Sache an und für sich. Nur das revolutionäre Proletariat kann durch seinen Internationalismus die Pläne des Kapitals durchkreuzen, indem es sich klar gegen die Angriffe der Imperialisten wendet und diese Angriffe letztlich gegen sich gerichtet sieht. Jetzt darf mensch sich nicht spalten lassen über partielle Zugeständnisse, jetzt müssen Forderungen gefunden werden, die allen Menschen dieses Planeten ein menschenwürdiges, gerechtes Auskommen garantieren. Dies ist die Aufgabe aller revolutionär gesinnten Menschen im Kampf gegen das internationale Kapital.

Jene Teile der fortschrittlichen Menschen, die sich nicht von der rot/grünen Regierungspolitik auf eine Stillhaltetaktik festlegen lassen, sind aufgerufen, an diesem Punkt wieder verstärkt zu einer Antikriegspolitik zu kommen. Bringen wir die Ablehnung gegen die neue Weltordnung hier zum Ausdruck.

Heraus zur revolutionären 1. Mai-Demo. Weitere sind EU- und Weltwirtschaftsgipfel, die im Juni in Köln tagen.

Krieg dem imperialistischen Krieg!
Keine deutsche Kriegsbeteiligung im Kosovo und anderswo!
Schluß mit dem Dauerbombardement im Irak!
Offene Grenzen und Papiere für alle!
Es lebe der Sozialismus!

Nato bricht das Völkerrecht

Mit dem Angriff auf Jugoslawien haben die Nato-Staaten das von ihnen selbst unterschriebene Völkerrecht gebrochen. Das Völkerrecht sieht einen grundsätzlichen Gewaltverzicht vor.
Ausnahmen sind lediglich:

- die individuelle oder kollektive Selbstverteidigung gegen einen bewaffneten Angriff auch gegen Bündnispartner oder Hilfesuchende Dritte
- oder eine vom UN Sicherheitsrat autorisierte Gewaltanwendung unter Regie der UNO.

Beides liegt im Jugoslawienkonflikt nicht vor. Dieser Krieg ist ein eindeutiger Angriffskrieg und mischt sich in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates. Mit diesem Präzedenzfall ist das Faustrecht wieder eingeführt.



KRIEG DEM IMPERIALISTISCHEN KRIEG! - HÄNDE WEG VON JUGOSLAWIEN!

Am 24. März begann der NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Seit diesem Zeitpunkt ist eine um ein vielfaches höhere Anzahl von Zivilisten durch die Bomben der NATO ermordet wurden, als seit Beginn der Kämpfe zwischen jugoslawischen Sicherheitskräften und UCK. Ebenso sind mehr Menschen auf der Flucht. Die NATO hat eine humanitäre Katastrophe geschaffen.

Die deutsche Wehrmacht mußte vor 54 Jahren aus Jugoslawien abziehen, besiegt von kommunistischen Partisanen aller Nationalitäten. Heute kehrt die politische Nachfolgerin der Wehrmacht, die Bundeswehr, zurück. Ihre Kasernen sind immer noch nach Nazi-Generälen benannt. Diese Armee wird eingesetzt zur Beseitigung der letzten Reste der europäischen Nachkriegsordnung, einem Ergebnis von Deutschlands Niederlage in seinem Vernichtungskrieg gegen die Menschheit. Selbstbewußt setzt die "erwachsene Nation" heute die Sieger von gestern auf die Anklagebank, und wirft ihnen die verdrängten eigenen historischen Verbrechen vor - in den Leitartikeln der Zeitungen und vor dem UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag. Den Beweis dafür, daß es diese angeblich vom jugoslawischen Staat begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gab, sollen die NATO-Bomben liefern, als Geständnis Jugoslawiens am Verhandlungstisch oder durch dessen Kapitulationsurkunde!

Der NATO-Angriff ist eindeutig illegal, grundgesetz- und völkerechtswidrig. Regierung und Parlament versuchten nicht einmal, durch entsprechende Gesetzesänderungen den Einsatz zu legalisieren. Sie fühlen sich an ihre eigenen Gesetze nicht gebunden, sondern entscheiden nach Ermessen, nach "gesundem Volksempfinden". Dies ist als gravierende Verstärkung der faschistischen Tendenzen im BRD-Staatsapparat zu bewerten!

1949 wurde angeblich als "Lehre aus der Geschichte" die UNO gegründet. Innerhalb der UNO wurden die Interessenkonflikte der Supermächte relativ friedlich verhandelt. Mit dem Bruch der UNO-Charta provozieren die NATO-Staaten heute die Gefahr eines 3. Weltkrieges! Diese Gefahr steigt mit jedem Tag!

Die deutsche Bevölkerung protestiert dagegen nicht, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Und viele, die protestieren, tun das sehr verhalten. Warum? Es ist hierzulande viel zu breiter Konsens, daß es in den Augen der Serben in Jugoslawien eine "Albanerfrage" gibt. Mit der Konstruktion solcher "Fragen" kennen die Deutschen sich verdächtig gut aus... Die Wirkungsmächtigkeit dieses Feindbildes führt dazu, daß einige Kriegsgegner heute den NATO-Krieg mit dem Argument kritisieren, er käme zu früh! Es seien noch nicht alle friedlichen Mittel ausgeschöpft. Die Frage nach den noch nicht ausgeschöpften friedlichen Mitteln ist furchtbar in ihrer Verlogenheit: Denn jeder weiß, daß der offene Krieg das letzte Mittel der imperialistischen Politik ist. Er wurde erst begonnen, nachdem alle sogenannten friedlichen Versuche fehlgeschlagen sind. Vor den Bombern kamen das Wirschaftsembargo, der Abbruch vieler internationaler Beziehungen, die finanzielle Unterstützung für sogenannte demokratische Organisationen, schließlich die Contras der UCK.

Den Kriegsgegnern, die in dieser zugespitzten Situation viel Zeit darauf verwenden, den serbischen Nationalismus zu kritisieren, mangelt es ganz offenkundig an Geschichtsbewußtsein und der Fähigkeit zum politischen Denken. Der deutsche Nationalismus trägt die Schuld an den Weltkriegen und am Holocaust, nicht der serbische! Vom Nationalismus der NATO-Staaten geht die Gefahr des 3. Weltkrieges aus, nicht vom serbischen!

Wer solchen Argumenten den Krieg kritisiert, muß wissen, daß diese Argumente schon seiner Rechtfertigung dienen. Wer den Krieg stoppen will, muß mit dem herrschenden nationalen Konsens und der aus ihm folgenden außenpolitischen Kontinuität brechen. Die als "proserbisch" diffamierte Frage nach den Gründen des Krieges muß gestellt werden, nicht die nach der Begründung. Wir müssen klar und deutlich sagen: Dieser Krieg dient der Hochkonjunktur

in der Rüstungsindustrie und der Öffnung des jugoslawischen Marktes für westliches Kapital, und nicht dem humanistischen Gedanken!

Was eine "Menschenrechtsverletzung" ist, bestimmt der Stärkere. Die "Menschenrechtskampagne", die dem Bombenterror voranging, ist ein gewöhnliches außenpolitisches Drohinstrument. Die medialen Beweise für "Menschenrechtsverletzungen" erhält, wer dafür bezahlt. Die Bilder werden von denen inszeniert, denen die Bilder nützen. Mit den tatsächlichen Ereignissen steht die Berichterstattung in keinem direkten Zusammenhang. Viele der erschreckendsten Berichte über angebliche serbische Greueltaten in Bosnien-Herzegowina erwiesen sich im Nachhinein als unwahr. Mit den Meldungen aus Kosovo verhält es sich genauso, denn hinter ihnen stehen die gleichen Interessen.

Wir müssen den Wahrheitsgehalt der Kriegshetze in den Medien radikal infragestellen und Gerechtigkeit für Serbien fordern! Nur dadurch kann das ganze Ausmaß des Unrechts, der Verlogenheit und der moralischen Verwahrlosung hierzulande sichtbar gemacht werden. Im totalen Krieg gegen Jugoslawien verschießt die NATO panzerbrechende Uranmunition. Deren Reste werden in der Region die Umwelt in kaum vorstellbaren Maße radioaktiv verseuchen. Im Kosovo wird von den Folgen mehrheitlich die albanische Zivilbevölkerung betroffen sein, zu deren Rettung diese Geschosse angeblich abgefeuert werden.

Abschließend noch ein Verweis auf die bereits zivilgesellschaftlich befreiten Gebiete Ex-Jugoslawiens. Das unabhängige Kroatien knüpft offen an die Tradition des faschistischen Ustascha-Staates an, regelrecht ermuntert durch die außenpolitische Unterstützung aus Deutschland, der USA und dem Vatikan. Die Rückeroberung der serbischen Republik Krajna auf kroatischem Territorium war die größte Vertreibungsaktion des ganzen Krieges. So wird die völkische kroatische Nationalideologie, der Ausschluß von allen Menschen ohne sogenannten "Heimatschein"(!) aus dem kroatischen Staat, verwirklicht. Kroatien gilt in den Augen der "westlichen Wertegemeinschaft" geradezu als Musterschüler in Sachen Freedom & Democracy auf dem Balkan.

Die nationale Unabhängigkeit wird die Lebenslage der Mehrzahl der Bewohner der neuen balkanischen Ethno-Staaten nicht verbessern. Der Prozeß der Verarmung der meisten Menschen auf der Welt liegt in der Produktionsweise, in der Art und Weise der Schaffung und Verteilung gesellschaftlichen Reichtums, begründet. Die Wiederbelebung alter nationaler Identitäten wird diesen Prozeß nicht aufhalten. Denn diese Identitäten dienen gerade der Aufrechterhaltung des weltweiten Ausbeutungsprozesses.

UNSER FEIND STEHT IM EIGENEN LAND!
SCHRÖDER UND FISCHER UND ALLE ANDEREN MINISTER SIND KRIEGSVERBRECHER!
SIE MÜSSEN ZUR RECHENSCHAFT GEZOGEN WERDEN!
GLAUBT DEN LÜGEN DER NATO-MÖRDER NICHT!
WIDERSPRECHT IHNEN!
VERWEIGERT DIE WEHRPFLICHT UND FORDERT DAZU AUF!
VERSTECKT FLÜCHTLINGE UND DESERTEURE!
NUTZT JEDE MÖGLICHKEIT, DIE "MORAL DER TRUPPE" ZU UNTERGRABEN!

Redebeitrag auf der Protestkundgebung gegen den NATO-Krieg gegen Jugoslawien am 1. April 1999 in Erfurt

Anmerkungen zur autonomen Politik angesichts des Kosovo-Krieges

Seit Tagen und Wochen tun wir uns schwer, eine Position zur Entwicklung in Jugoslawien zu finden. Scheinbar hat es uns die Sprache verschlagen. Die neuen rot-grünen Verwalter der Macht dagegen beherrschen bestens „unseren" angestammten Sprachgebrauch - viel Moral und wenig politische Analyse. In dieser Situation gilt es, genau hinzuschauen und nicht einfach spiegelbildlich auf die Politik der NATO zu reagieren. **Wer macht in Jugoslawien was warum?**
Dieser Text ist auf die Schnelle geschrieben. Deshalb fehlt viel, und einiges ist sicherlich kritisierbar, doch wir sollten jetzt mit diskutieren anfangen. Falls es uns wirklich ernst damit ist, diesen Krieg stoppen zu wollen, dann sollten wir auch strategisch denken. Oder geht es um die altbekannte autonome Identitätspolitik?
Wie stellt sich die Situation dar? Ausgelöst wurde der Kosovo-Krieg durch das Zusammenkommen von mehreren Gründen (vergleiche das Papier der Materialien-Gruppe, das hoffentlich auch in dieser Ausgabe abgedruckt ist), die jeweils für sich genommen nicht zur Erklärung ausreichen. Mittlerweile ist eine Dynamik entstanden, bei der sich die Frage stellt, ob sie so von den Betreibern des Krieges beabsichtigt war. Was ist daran Absicht, was Effekt? Oder folgt der Krieg einem viel tiefergehendem Kalkül?

Bei allen Diskussionen, Aktionen und Flugblättern sollten wir folgende Punkte sorgfältig auseinanderhalten:
a: Was ist bundesdeutsche Interessen- beziehungsweise Innenpolitik.
b: Was ist Situation und Konflikt auf dem Balkan bzw. in Jugoslawien und dem Kosovo.
c: Was ist weltpolitisches Machtgerangel zwischen der USA, der EU, Deutschland und Rußland.

zu a: Das Interesse der Bundesregierung ist insoweit klar, daß sie die Bundeswehr als machtpolitischen Faktor wieder weltweit einsatzfähig machen will. Und wir wollen genau dies verhindern. Auch wenn sie es dieses Mal wahrscheinlich nicht tun werden, schafft ein Kriegszustand ihnen den potentiellen Zugriff auf militärisches Ausnahmerecht auch im Inneren. Wie soziale Bewegungen durch Kriegsrecht zerstört werden können, kennen wir aus unzähligen Ländern in den letzten Jahrzehnten. Und zum Teil aus ganz eigennützigen Interessen, denn schneller als wir schauen können„ liegen vielleicht bei einer Eskalation die Gestellungsbefehle zur Bundeswehr oder zum Zivildienst im Briefkasten. In den Anrainerstaaten Serbiens erhalten viele junge Männer zur Zeit ihre Einberufungsbefehle, selbst wenn sie sich seit Jahren in der BRD aufhalten. Doch unsere antimilitaristische Position hier hat erstmal nichts mit dem Konflikt auf dem Balkan zu tun.

zu b: Dazu sollten wir zumindest die subjektive Wahrnehmung der Menschen im Kosovo und in Belgrad zur Kenntnis nehmen. Im Kosovo läuft seit fast 20 Jahren von Seiten der serbischen Regierung eine Politik, die als Apartheid zu beschreiben ist, gegen die albanische Bevölkerungsmehrheit. Albanern ist der Zutritt zu allen öffentlichen Ämtern wie Lehrer, Arzt, etc. seit Jahren verwehrt. Jahrelang versuchte sich ein Großteil der Menschen dagegen mit zivilem und gewaltfreien Widerstand zu wehren, insbesondere weil sie keinen bewaffneten Konflikt mit dem serbischen Militärapparat wollten. Denn wohin dies hätte führen können, zeigte das Beispiel in Bosnien-Herzegowina. Erst in den letzten beiden Jahren hat sich die UCK und ihr bewaffneter Widerstand entwickelt, weil diese gewaltfreie Politik keinerlei Erfolge zeigte. Strukturell haben viele Autonome bisher eine solche Politik wie die der UCK in fast allen Ecken der Welt begrüßt, d.h. die Entwicklung eines ethnisch-sozialen Konflikts zu einem Kampf um nationale Befreiung. Erinnert sei hier nur zum Beispiel an Mittelamerika, Baskenland und Kurdistan. Deshalb muß genau belegt werden, warum wir es in diesem Fall falsch finden. Oder war es in all den anderen Fällen auch nicht richtig? Erinnert sei an die Papiere der Roten Zora zu Kurdistan.
Zudem sollten wir zur Kenntnis nehmen, daß sich vor dem Hintergrund der Lebensrealität von Kosovo-AlbanerInnen eine NATO-Intervention ganz anders darstellen könnte, als dies aus Berliner Autonomen-Sicht nahezuliegen scheint.

zu c: Unabhängig von der realen Situation im Kosovo benutzen die USA, Deutschland, die EU und Rußland den Kosovo-Konflikt, um ihre Hierarchiekämpfe untereinander auszufechten. Die Menschen im Kosovo sind dafür nur Objekt. Das führt bei der NATO zu Legitimationsversuchen, in deren Logik sie ebenso Ankara und andere Hauptstädte bombardieren könnten.
Die USA versucht mit diesem Krieg Deutschland und der EU klarzumachen, das sie trotz der wirtschaftspolitischen Kriegserklärung durch den Euro, die führende Weltmacht sind und bleiben wollen. Deshalb haben sogenannte „nachrangige" (Zitat Clinton) NATO-Mitgliedsstaaten wie die BRD auch keinen Friedensplan vorzulegen. Und um die Anwesenheit von US-Truppen in Europa weiter zu legitimieren, wird notfalls ein Konflikt in Europa bis hin zum Krieg geschürt. Umgekehrt hat auch die Bundesregierung keine Probleme, mit der kolumbianischen Guerilla ELN zu verhandeln. Nicht aus humanitären Gründen, sondern um einen weiteren Fuß in den Hinterhof der USA zu bekommen.
Desweiteren versuchen die USA, die EU und damit auch Deutschland - letztere mit Widersprüchen - mit diesem Krieg Rußland klarzumachen, daß sie weltpolitisch nichts mehr zu melden haben.

Ziel unserer Aktionen sollte sein die Widersprüche in den kriegsbefürwortenden Parteien zu verstärken und die KriegsgegnerInnen in den Parteien nicht in eine Solidarität mit ihrem Apparaten zu treiben. Dies gilt meiner Meinung nach sowohl für die Grünen, die „taz" als auch die SPD. In dieser Perspektive war die vordergründige Radikalität, bei der Besetzung der Berliner Grünen-Zentrale keinen Kompromiß zu suchen, falsch. Damit wurde die Chance vertan, daß sich Besetzungen von Grünen-Büros als Anlaufpunkt für Anti-Kriegsaktivitäten in andere Städte ausweiten.
Zu den sich für die KriegsgegnerInnen innerhalb der Grünen sich stellende Alternative, wie Christian Ströbele in der Partei gegen den Krieg zu agieren oder wie Judith Demba aus den Grünen auszutreten, sollten wir schnell eine Position finden.

Hans Rosenthal, 18.4.99

Zur Erklärung der etwas frustrierten „Revolutionären Feministinnen" aus Berlin (siehe Interim Nr. 472)

Ratschlag an das Berliner FrauenLesbenbündnis

Wir, auch ein linksradikaler, feministischer Diskussionszusammenhang von militanten FrauenLesben, mit ein bißchen Einblick überall hinein, wundern uns schon sehr über die angezettelte Schlammschlacht der etwas frustrierten „revolutionären Feministinnen" aus Berlin.
Ist ja schön für euch, daß ihr sooo ein tiiiiiiefen Einblick in die AAB–das-design-bestimmt-das-bewußtsein- Strukturen habt. Scheiße und verdammt schade, daß sich wieder mal keine® auf die betroffene Frau bezieht.
Bemerkenswert sind eure theoretischen, revolutionär-feministischen Grundlagen, die in der Praxis zu Ratschlägen und Solidaritätsbekundungen für die AAB führen (die ihr in eurem Text in keinster weise kritisiert) und eine Endsolidarisierung mit den FrauenLesben bedeuten.
Wie schön, daß ihr so viel Vertrauen in die AAB habt, daß sie tatsächlich eine allgemeine Sexismusdiskussion geführt haben, und dabei nicht die Definitionsmacht der Frau in Frage gestellt wurde (haha !!!). Und wieso ist in solch einer Diskussion überhaupt eine Stellungnahme des Täters wichtig?
Liebe AAB`lerInnen, warum braucht ihr „bei der Entscheidung über den Umgang" mit Vergewaltigern, und um die „Konsequenzen" ziehen zu können eine Frauen-VV? Vergewaltiger raus aus linken Zusammenhängen, nur bei der AAB gibt es da manchmal Ausnahmen...?!
Wir messen den Kampf gegen Vergewaltiger an konkreter Praxis. (Und diese ist auch Mangelware.)
Praxis und Theorie gehören für uns nach wie vor zusammen; in diesem Sinne: **Eine Waffe der Frauen ist die Solidarität** (Hallo etwas frustrierte „revolutionäre Feministinnen" aus Berlin).
Solidarität mit dem Berliner FrauenLesbenbündnis! Unser Ratschlag an euch , laßt euch nicht in einer gemischten Zeitung zu Diskussionen über die Definitionsmacht ein.
Bei Vergewaltigern gibt es keine Diskussion P.U.N.K.T.

Es ist nicht sinnlos AG
Viele Grüße von den revolutionären Feministinnen
P.S. Schlammschlacht im Grunewaldsee?

Polizei auf der Suche nach einem Vergewaltiger? Ohne uns!

Wie den LeserInnen der Interim bekannt sein dürfte, hat ein ehemals in einer Berliner antifaschistischen Gruppe organisierter Mann eine Frau vergewaltigt. Die Betroffene machte das öffentlich und forderte von dem Umfeld des Täters Konsequenzen.

Allerdings hatte sie nicht vor, die Polizei oder bürgerliche Justiz einzuschalten. Die hat sich mittlerweile selbst dieses Falles angenommen. So erschienen im März Polizisten im Ex (Mehringhof) und versuchten die Thekenschicht über die Vergewaltigung auszufragen.

Außerdem haben mindestens fünf Personen polizeiliche ZeugInnenvorladungen wegen der Vergewaltigung bekommen. Nachdem der erste Termin verstrichen ist, kam teilweise eine zweite Vorladung mit einem neuen Termin.

Die Vorgeladenen kommen aus unterschiedlichen politischen Zusammenhängen, sowohl aus dem ehemaligen Umfeld des Täters als auch aus Gruppen, die sich zu der Vergewaltigung und dem Umgang damit geäußert haben.

Bisher handelte es sich um polizeiliche Vorladungen, die einfach ignoriert werden können.

Das soll auch weiterhin so bleiben!

So notwendig es ist, patriarchale Strukturen zu bekämpfen, der Staatsapparat hat dabei nichts zu suchen.

Daher gilt auch hier: **Anna und Arthur halten das Maul!**

„Widerspenstig und lebendig" - 5. Straßenfest am 1. Mai auf dem Humannplatz

Seit 1995 treffen sich am 1. Mai auf dem Humannplatz die verschiedensten politischen, sozialen und kulturellen Gruppen, Organisationen und Projekte, um sich unter dem Motto „widerspenstig und lebendig" der Bevölkerung vorzustellen, einander kennenzulernen, miteinander zu feiern und dabei vor allem ohne lästige Vollversammlungsrituale zu diskutieren.

Angesichts von Krieg und Flüchtlingselend, von Sozial- und Demokratieabbau, Verschärfung der staatlichen Repression, Ausgrenzung und Entsolidarisierung und vielem anderen mehr, soll das Fest vor allem dazu dienen, öffentlich zu dokumentieren, daß es nach wie vor Menschen gibt, die sich nicht mit den herrschenden Zuständen zufrieden geben - die nicht ohnmächtig dem neoliberalem "rollback" entgegensehen und auf unterschiedliche Art solidarisch Widerstand leisten.

Nach neun Jahren deutscher Einheit dauern auch unter der neuen rot - grünen Regierung Massenarbeitslosigkeit, Mietenexplosion, Abgabenlast, wirtschaftlicher und sozialer Niedergang in Ost und West, weltweite Krisen und Zusammenbrüche ganzer Volkswirtschaften an, wie auch Sozialkürzungen, Aufweichung der Tarifsysteme, Lohnabbau, Lauschangriff, repressive Polizeigesetzgebung und neue vordemokratische Hochschulgesetze.

Alle Versprechungen des Reformprojekts Rot - Grün, wie Atomausstieg, Schaffung von Arbeitsplätzen, ökologische Reform von Wirtschaft und Verkehr, eine neue Welt-wirtschaftspolitik, Eindämmung der Finanzspekulation und des Ausverkaufs öffentlichen Eigentums, nichtmilitärische Konfliktlösungen u.v.a. wurden binnen kürzester Frist durch ein unverschämt klares „ Njet " der Energie- und Rüstungskonzerne, der Wirtschafts- und Finanzmagnaten, und der NATO-Strategen zerschlagen. Die „ Hoffnungsträger " der neuen Regierung hatten sich unterzuordnen oder zu gehen. Übriggeblieben sind eine ganz ordinäre Steuer- und Preiserhöhung für die Massen und Steuersenkungen für die Konzerne, wie gehabt.

Es zeigt sich, wozu der Raubzug am Sozialstaat, die Senkung der Lohnnebenkosten und die „Reformen des aufgeblähten Wohlfahrts- und Versorgungsstaates", nebst Modernisierung des Standorts Deutschland und „Neuformulierung der nationalen Frage" dienen sollten : zur Finanzierung militärischer Abenteuer und Rechtfertigung von Weltmachtansprüchen unter dem Schutz der NATO und unter dem Deckmantel von Humanität und Menschenrechten.

Jetzt, angesichts des Umfallens der „basisdemokratischen, radikalökologischen, friedens-bewegten Alternative" und der Blamage ihrer Repräsentanten, just in dem Moment, wo ihr „sanfter Weg durch die Institutionen" in der „Regierungsverantwortung" mündet bzw. endet, wo sie für ein paar alternative Subventionen und Planstellen, für 0,05 Solarzellenprojekte alle „Essentials" vergessen und sogar den Krieg in Kauf nehmen, ist es dringend notwendig, daß sich der politische und soziale Protest NEU organisiert und andere Konzepte entwickelt, ANDERE als die bisherigen, gescheiterten Alternativen aufgezeigt werden.

Programmablauf

10 Uhr: **Festbeginn**

12-19.30 Uhr: **Info- und Verkaufsstände**

Natürlich halten in der gesamten Zeit Essens- und Getränkestände Leib und Seele zusammen.

12 - 15 Uhr: **Kinderfest**

Spielen, Malen, Basteln, Schminken, usw.

14-21 Uhr **Bühnenprogramm**

14 00 Raggatacke
14 45 Mother´s pride
16 00 Tod und Mordschlag
17 15 Piccolo noise
18 30 Hammerfall
20 00 Bud´s Balooxe

Berliner
Mai-Aufschrei '99

Es gibt kein wahres Leben im Falschen!

Kein durchgesetztes Reformprojekt: das ist die adäquate Bilanz von über 100 Tagen vermeintlich linksliberaler Anstrengungen. Alles bleibt beim alten und nur der Lack ist neu, er ist rot-grün. Die sozialen Kürzungsprogramme der Kohl-Ära werden lediglich kosmetischen Veränderungen ausgesetzt. Die Atomlobby kann durchatmen. Die Vorstöße der Grünen sind auf Eis gelegt. Die Wirtschaft wird weiter gehätschelt. Ohne UNO-Mandat greift die Bundesregierung zusammen mit Teilen der NATO in Jugoslawien ein. Und tritt somit den ersten Angriffskrieg in der deutschen Nachkriegsgeschichte los. Ironie der Geschichte: Die ehemalige Friedensbewegung zählt zu den Kriegstreibern. Das Motiv, Menschenrechte zu wahren, ist dabei nur schwerlich erkennbar. Bevölkerungspolitische Aspekte, nämlich die Abweisung albanischer Flüchtlinge, und geostrategische Interessen erscheinen plausibler.

Und das Staatsbürgerschaftsrecht? -ein Treppenwitz der nationalistischen Geschichte Deutschlands. Ausländer werden immer noch mit überflüssigen Wartefristen schikaniert oder in den meisten Fällen in die Illegalität gedrängt.

Die Alpen-Opposition, namentlich CDU/CSU, nimmt's als Vorlage und zeigt ihr wahres Gesicht. Mit ihrer rassistischen Unterschriftensammlung haben es die Konservativen geschafft, das ausländerfeindliche und nationalistische Potential dieser Gesellschaft zu mobilisieren, und zwar nicht nur zur hessischen Wahlurne. Für den Algerier Omar Ben Noui aus Guben ging die Hetze tödlich aus.

Sympatiebekundungen und Begeisterungsstürme für diese Kampagne seitens rechtsradikaler Kräfte von den Republikanern bis hin zur NPD und den Nazihools mit Baseballschlägern, sprechen Bände. Dabei geht es nicht um perspektivlose Jugendliche. Das Klima der Ausgrenzung und unsolidarischen Kälte durchzieht alle gesellschaftlichen Schichten. Rechtsradikale fühlen sich ermuntert und begreifen sich als schlagender Arm, als Vollstreckungsorgan einer rassistischen Grundstimmung. Dabei dürfte allen klar sein: Das Totschlagen, Hetzen und gewalttätige Ausgrenzen von anderen, in erster Linie Schwächeren ist definitiv keine demokratische Willensäußerung. Wer hier einlenkt, akzeptiert.

Gemeinsam gegen rechts!

Dagegen müssen sich alle wehren, die den Glauben an eine menschenfreundliche, solidarische Welt noch nicht völlig aufgegeben haben.

Alle zusammen: Flüchtlinge, Frauen, Studierende, Schwule, Behinderte, RentnerInnen, PunkerInnen, WagenburglerInnen, Obdachlose, Antifas, Linke aller Couleur, alle fortschrittlich denkenden und engagierten Menschen -Gemeinsam auf die Straße! Solidarität ist das Gebot der Stunde.

Entziehen wir den Rechten ihre Grundlage!
Auf nach Kreuzberg!

...und das ist noch lange nicht alles-
wir fordern:

Die Diskriminierung von Ausländern geht nahezu bruchlos unter der rot-grünen Regierung weiter. Flüchtlinge bleiben den Asylbewerber-Leistungsgesetzen unterworfen und bekommen nur noch geringfügige Sachleistungen. Gleichzeitig bastelt der Innenminister Otto Schilly in Hinblick auf die kurdischen Vereine an der Verschärfung der Abschiebepraxis. Wir fordern:

Weg mit den Schikanen!
Entkriminalisierung jetzt! Bargeld für Flüchtlinge!

Unter den Sch'•gworten Flexibilisierung und Modernisierung steigt die Anzahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Dazu zählen die Auflösung arbeitsrechtlicher Schutzbestimmungen, Scheinselbstständigkeit, Leih- oder Billiglohnarbeit. Soziale Sicherung wird zum Luxus stilisiert, während strukturelle Abdrängungsmechanismen gegen Frauen, Flüchtlinge und sogenannte Randgruppen den Arbeitsmarkt bestimmen. Wir fordern:

Warmmiete und 1.500 DM Existenzgeld für alle!

Bildung wird zum Privileg der Reichen, auch unter rot-grün. Die neue Bafög-Reform, lediglich 2% mehr, kann bestenfalls als Tropfen auf dem heißen Stein bezeichnet werden: Weniger Lehrer, teurere Bücher, überfüllte Hörsäle.

Den Studierendenvertretungen (Asten) wird das Recht auf politische Äußerung entzogen und Zwangsgeld angedroht. Wir fordern:

Bildung für alle, statt Elitenbildung!
Kein Maulkorb für die Asten!

Seit Ende der Achtziger Jahre stiegen die Preise der BVG um mehr als 100%. Autofahren belastet die Umwelt und ist gerade in der Stadt unnötig. Sinnvolle Verkehrspolitik zu erschwinglichen Preisen wird nicht gemacht. Wir fordern:

BVG zum Nulltarif!

Die Mieten steigen in allen Stadtteilen stetig und werden am Spekulationsniveau des Westens orientiert. Die vorauseilende Erfüllung der „Hauptstadt- Kriterien" ist auch das Anliegen des neuen Innensenators Werthebach, er tritt in die Fußstapfen seinen Gruselvorgängers und prügelt Berlin sauber für die neue Metropole Europas. Obdachlose werden als „Störenfriede" kriminalisiert und dürfen beispielsweise am Bahnhof Zoo nicht mehr die „Motz" und die „Straßenzeitung" verkaufen. Die von Schönbohm schon letztes Jahr als „gefährliche Zonen" deklarierten Bereiche unterstehen weiter der besonderen polizeilichen Beobachtung. Wir fordern:

Keine Ausgrenzung von Obdachlosen!
Die Häuser denen, die drin wohnen!

Seit wenigen Wochen können nun auch in Berlin Aufenthaltsverbote ohne richterlichen Beschluß ausgesprochen werden. Das funktioniert in etwa wie ein polizeilicher Platzverweis, kann aber den Zeitraum von mehreren Tagen umfassen und sich auf ganze Stadtbezirke beziehen. Was wie Notstandsgesetzgebung klingt, existiert schon seit längerem in verschiedenen deutschen Bundesländern. Wir fordern:

Weg mit den Aufenthaltsverboten und dem Innere Sicherheit-Wahnsinn!

Gegen linke Demonstrationen wird mit aller Härte vorgegangen. Die letzte Gedenkdemo für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurde über weite Strecken in brutalster Weise von der Polizei angegriffen. Über hundert zum Teil auch schwerverletzte und ohnmächtig geschlagene Demonstranten, darunter auch alte Menschen und Kinder. Als Bluthunde erweisen sich dabei die Rambos der Hundertschaften 22 und 23, das sind Einheiten der Berliner Bereitschaftspolizei, deren Mitglieder immer wieder wegen Mißhandlung und Amtsmißbrauch vor Gericht standen. Wir fordern:

Auflösung der Hundertschaften 22 und 23!
Schluß mit den Provokationen und verdachtsunabhängigen Personenkontrollen!

Natürlich haben wir nicht alle den selben background, aber trotz aller Unterschiede und Widersprüche sind wir es, die von einer Politik angegriffen werden, deren zentrale Argumente auch unter rot-grün Standortsicherheit und Wettbewerbsfähigkeit lauten. Aber: so wie es ist, bleibt es nicht. Zusammen können wir die Sachen verändern. Als breites, strömungsübergreifendes Bündnis rufen wir am ersten Mai 1999 zur Demonstration am O-Platz auf.

Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen!

Kommt alle nach Berlin-Kreuzberg!

1.Mai, 18 Uhr, Oranien-Platz!

1. Mai '99 18 Uhr

all together now!

Erstmals nach mehreren Jahren wird es in Berlin dieses Jahr wieder eine gemeinsame revolutionäre 1. Mai-Demo geben. Vorbereitet wird sie von all denjenigen linksradikalen autonomen Gruppen, für die der 1. Mai als linker Kampf- und Solidaritätstag nach wie vor eine Bedeutung hat, die sich nicht abgefunden haben mit den bestehenden Verhältnissen, die nicht bereit sind, die Zustände in diesem Land einfach so zu akzeptieren. Uns geht es am 1. Mai darum, mit allen Linksradikalen zusammen unseren Protest in die Öffentlichkeit zu tragen und dabei unsere Gemeinsamkeiten, nämlich den Kampf gegen die herrschenden kapitalistischen, rassistischen und patriarchalen Verhältnisse in den Vordergrund zu stellen. Unabhängig davon, an welchem Ort die Demo startet. In diesem Jahr wollen wir am Oranienplatz beginnen und unter dem Motto: „Gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Internationalistisch kämpfen! Es gibt keine Alternative zur Revolution!" durch Kreuzberg ziehen.

Seit über 100 Jahren gehen am 1. Mai weltweit tausende von Menschen auf die Straße, um ihrer Unzufriedenheit und ihrem Haß auf das System Luft zu machen. Um zu zeigen, daß sie für eine Alternative jenseits von Ausbeutung und Unterdrückung einstehen, und daß die Forderungen, für die der 1. Mai seit jeher steht, nämlich die nach grundsätzlicher Gleichheit der Menschen, nach Selbstbestimmung und menschenwürdigen Lebensbedingungen, weltweit nach wie vor aktuell sind. Gerade in einer Zeit wie heute, die geprägt ist durch einen „Rollback" gegen erkämpfte soziale Rechte und durch eine Rechtsverschiebung der politischen Kultur, ist es notwendiger denn je, als Linke offensiv in Erscheinung zu treten und für eine revolutionäre Veränderung – für eine solidarische Gesellschaft – zu demonstrieren. Nicht nur, aber gerade am 1. Mai!



oben: Ausschwitz werde als „Moralkeule" eingesetzt. Den Deutschen aus dem Herz gesprochen. Standing avations für Martin Walser nach seiner Rede in der Frankfurter Paulskirche.

oben: „Bald geht's los Jungs". Scharping besucht Bundeswehrsoldeaten in Bosnien, unten: Berlin Alexanderplatz: 10000 Menschen versammeln sich zu einer Demo gegen den Krieg der NATO gegen Jugoslawien.





Die Zeichen der der Zeit erkennen!

Es gibt kein Ende der Geschichte!

Überall ist momentan die Rede vom Ende des Jahrtausends. Rückblicke, das alte Jahrtausend ist zu Ende, auf ins Neue und dabei alles, was im Alten vonstatten ging, am besten hinter sich gelassen; das soll gelten sowohl für linke Geschichte als auch im besonderen für die deutsche Vergangenheit.

Nach dem Zusammenbruch der Ostblock-Staaten und der damit verbundenen weltweiten Durchsetzung des Kapitalismus wird das kapitalistische Produktionssystem heute als einzig prinzipiell mögliches Wirtschaftssystem dargestellt, zu dem faktisch keine Alternativen mehr existieren. Eingeleitet werden soll so das „Ende der Geschichte", in dem revolutionäre Kämpfe von Anfang an zum Scheitern verurteilt sind.

Das sind die Rahmenbedingungen, die sich allen revolutionären fortschrittlichen Linken zur Jahrtausendwende der christlichen Zeitrechnung des kapitalistischen Abendlandes stellen. Wir stellen dem den Kampf für eine reelle Alternative zum kapitalistischen Ausbeutungssystem entgegen! Gemeinsam, weil wir sonst keine Chance haben, antifaschistisch, internationalistisch und revolutionär!

Der Kapitalismus hat keine Antworten auf die drängendsten weltweiten Probleme des nächsten Jahrtausends der Massenverelendung und Umweltzerstörung, er ist deren Ursache!

Es gibt nichts Wahres im Falschen!

Mit dem Gewinn der Wahlen durch die rot-grüne Koalition in der BRD im September 1998 haben sich in ganz Europa sozialdemokratische Regierungen etabliert. In Deutschland wurde nach der Grabesstille der Ära Kohl die Debatte um ökonomische Konzepte neu eröffnet. Von FAZ und Spiegel bis zur Jungle World wird über Neokeynesianismus diskutiert als Gegensatz zur neoliberalen Wirtschaftsform des freien Marktes ohne staatliche Marktregulierung. Der Vorstandsvorsitzende der deutschen Bank, Rolf E. Breuer, äußerte nach dem Rücktritt Lafontaines, daß dieser Schritt ein Sieg des Kapitalismus darstelle. Zwar stand nie der Kapitalismus selbst zur Disposition, dennoch wird so die Debatte zugunsten der Wirtschaftsliberalen für beendet erklärt.

Der politische Handlungsspielraum innerhalb der kapitalistischen Verwertungslogik liegt einzig in Nuancen zur Verwaltung von Sachfragen und der symbolischen Inszenierung von Politik. Insofern war von der neuen Bundesregierung auch keine einschneidende Veränderung der Sozial,- und Verteilungspolitik gegen die Interessen der Wirtschaftskonzerne zu erwarten.

Interna ins näc

Daß die offizielle politische Debatte die Fragestellung nach einer grundsätzlich anderen Wirtschafts,- und Gesellschaftsform nicht zum Thema hat, liegt nicht an der Unmöglichkeit der Forschung nach Alternativen, sondern im Interesse der herrschenden Profiteure.

Dementsprechend profiliert sich die neue Bundesregierung mit der Vorantreibung des Ausbaus Europas zur neuen Weltmacht unter der ökonomischen und politischen Führungsrolle Deutschlands. Daß bei der Absicherung ökonomischer Interessen auch vor militärischen Optionen nicht halt gemacht wird, zeigt die Außenpolitik. Ökonomische und politische Einflußssphären sollen gesichert werden, und dies gerne auch militärisch: eine Beteiligung der Bundeswehr an einem Militärschlag gegen Jugoslawien –ohne UNO-Mandat- wurde vom grünen Außenminister Fischer bereits umgesetzt

„Eine humanitäre Katastrophe inmitten des Kontinents könne nicht hingenommen werden. Genausowenig könne man Verbrechen gegen die Menschlichkeit tolerieren." So die offizielle Erklärung der EU zu den ersten Luftangriffen der Nato gegen Jugoslawien am 24. März. Die Nato greift damit zum ersten Mal einen souveränen Staat ohne UN-Mandat an.

Die Begründung „der Wahrung der Menschenrechte"dient der politischen Rechtfertigung dieses Übergriffes. Die Nato ist der militärische Arm der westlich kapitalistischen Industrienationen. Deren unzählige –auch militärische- Interventionen in anderen Ländern verfolgten nie und nirgendwo das Verhindern humanitärer Katastrophen! Die Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Kurdistan haben zu keiner Zeit zu Überlegungen einer Intervention gegen das türkische Militär geführt. Aufgabe der Nato ist vielmehr, die geopolitischen und wirtschaftli-

ORANIENPLATZ!

chen gemeinsamen Machtinteressen der führenden westlichen Industrienationen durchzusetzen. Damit wird nach dem Zusammenbruch des Ostblockes auch militärisch der Anspruch auf die kapitalistische Weltherrschaft manifestiert.

Das Interesse der EU und damit besonders Deutschlands liegt im Ausbau Europas zu einem neuen Machtblock neben den USA. Angestrebt wird dabei eine starke Position innerhalb der Nato sowie die uneingeschränkte Vormachtstellung auf dem europäischen Kontinent. In den verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr ist dementsprechend die „...Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt..." als Aufgabe des Militärs definiert.

Solange es Imperialismus und Unterdrückung gibt, wird es weltweit dem Kosovo vergleichbare Situationen geben. Mehr denn je sind internationalistische Antworten linker Bewegungen und Organisationen auf die menschenverachtende Politik der Herrschenden gefragt.

Keine Natoangriffe gegen Jugoslawien!
Kein Friede mit dem Imperialismus!

tionalistisch
:hste Jahrtausend

Gleichzeitig wird die EU zur Festung Europa ausgebaut: Abgeschottet gegen Flüchtlinge, die aus Krieg,- und Krisengebieten fliehen, an deren Entstehung die EU-Staaten maßgeblich beteiligt sind wie beispielsweise in Ex-Jugoslawien oder Osteuropa. Wir beteiligen uns deshalb an der Demonstration gegen den EU-Gipfel am 29. Mai in Köln.

Internationalismus heißt aber auch Austausch und Planung von Aktivitäten zusammen mit antifaschistischen Organisationen und Gruppen aus Europa.

In allen europäischen Ländern existieren faschistische Bewegungen und Parteien, die z.B. über das Europaparlament in Straßburg vernetzt sind. Deshalb rufen wir zu einem europaweiten Antifablock auf der Demonstration auf. Zusammen mit den Euromärschen, Erwerbslosen- und Flüchtlingsgruppen, antirassistischen und antirassistischen Initiativen, Gewerkschaften, kommunistischen und anarchistischen Organisationen wollen wir dem Ausbau Deutschlands zur neuen alten kriegsführenden Hegemonialmacht, Ausbeutung und Rassismus entgegentreten.

Fight Fortress Europe!
Auf nach Köln am 29.5.99!

Daß Internationalismus aktuell konkrete Anforderungen an die Politik der BRD-Linken stellt: dieses Faktum setzt auch der kurdische Befreiungskampf. Wir beziehen uns dabei auf diejenigen Aspekte des kurdischen Befreiungskampfes, die emanzipatorischen Charakter haben: Den Kampf gegen die feudalistischen Strukturen in Kurdistan, die antipatriarchale Ausrichtung.

Maßstab ist nicht die Übereinstimmung der Vorstellungen von einer herrschaftsfreien Gesellschaft, sondern die Fortschrittlichkeit und Ziele des kurdischen Befreiungskampfes verglichen mit den dort herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen, der Unterdrückung.

Die humanitäre Maske fällt

Die Charakteristika der „Berliner Republik" zeigten sich in den letzten Monaten deutlich an den Reaktionen auf die Massenproteste von KurdInnen anläßlich der Verschleppung des Vorsitzenden der kurdischen Arbeiterpartei PKK, Öcalan.

Die einsetzende Hetze und Repression nach den Botschaftsbesetzungen, Demonstrationen und zynischerweise nach der Erschießung von 4 unbewaffneten DemonstrantInnen in der israelichen Botschaft in Berlin, sind in der BRD beispiellos seit der Fahndung nach sogenannten RAF-SympathisantInnen Ende der 70er Jahre.

Die rassistischen Stereotypen von Terrorkurden, Kurdenkrieg, Kurdenwahnsinn bedienen altbekannte Ängste vor „Überfremdung," die der Einführung einer schärferen Ausländergesetzgebung das Wort reden.

Die Behauptung führender Politiker, KurdInnen würden einen Konflikt in Europa austragen, der hier nichts zu suchen habe, ist eine reine Farce: Die milliardenschweren Waffenlieferungen deutscher Unternehmen und der nie ausgeübte Druck auf den NATO-Partner Türkei stehen für die Mitverantwortung an der blutigen Unterdrückung der KurdInnen in der Türkei.

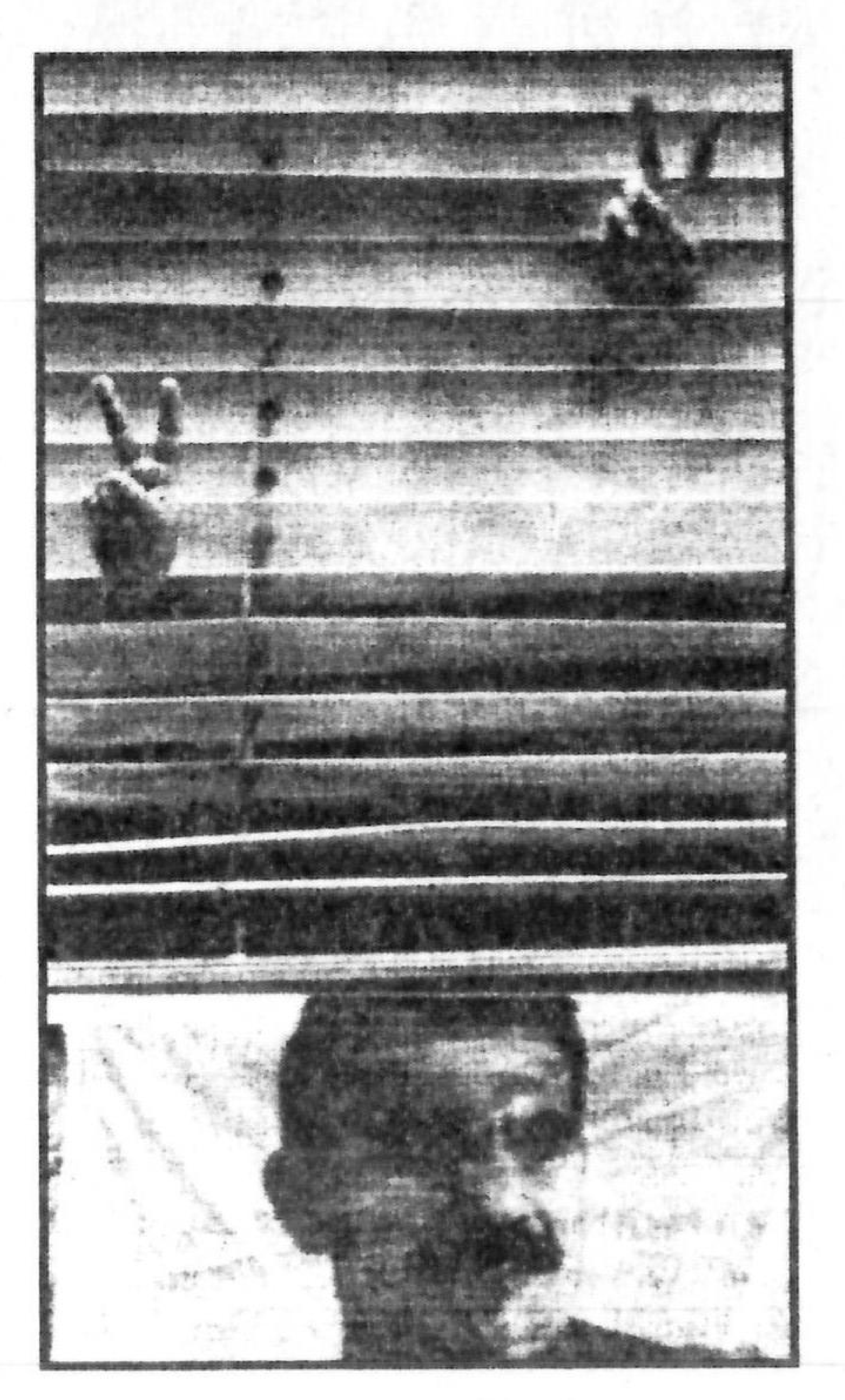
Unter offen rassistischen Vorzeichen fordert Innenminister Schily (SPD) die beschleunigte Abschiebung von bei Protestaktionen festgenommenen KurdInnen, obwohl bekanntermaßen vom türkischen Staat gefoltert und gemordet wird. Generelle Demonstrationsverbote – wie in Berlin über den Zeitraum einer ganzen Woche – werden ohne nennenswerte Proteste durchgesetzt.

Wir setzen bei unserer Arbeit dort an, wo wir die Chance haben, wahrgenommen zu werden: Durch offensichtliche Beteiligung an kurdischen Großdemos als „deutsche Linke" zum Ausdruck internationaler Solidarität, durch das Aufgreifen der Forderungen, die sich an die Öffentlichkeit hier richten und mit antifaschistischer Arbeit verbunden sind; gegen Rassismus und die Mär von „Ausländerkriminalität", gegen die Kriegsbeteiligung der BRD in Kurdistan.

Dem kurdischen Befreiungskampf wird dieses Jahr am 1. Mai eine besondere Bedeutung zukommen, da der Prozeß gegen Öcalan, der Ende März beginnt, noch über den 1. Mai hinaus andauern wird, wobei ein Todesurteil nicht auszuschließen ist.

Als internationaler linker Kampftag wird der 1. Mai in vielen Städten, v.a. in der Türkei, im Zeichen dieses Prozesses stehen. Auch wir fordern im Rahmen des 1. Mai international:

Freiheit für Abdullah Öcalan!
Weg mit dem Verbot der PKK!



Besetzung der kenianischen Botschaft durch kurdische DemonstrantInnen, 16.2.99. Nach der Festname Abullah Öçalans gibt es budnesweite Aktionen von KurdInnen. In Berlin ist ein einwöchiges Demonstrationsverbot die Folge der Proteste.

antifaschistisch
ins nächste Jahrtausend

Bundeskanzler Schröder hielt angesichts der Beteiligung deutscher Soldaten am Krieg gegen Republik Jugoslawien eine „Ansprache an die Nation", in der die Geschlossenheit der deutschen Nation, die hinter „ihren Soldaten" steht, postuliert wird.

Daß aufgrund des Nationalsozialismus bislang stets gegen eine Remilitarisierung Deutschlands argumentiert wurde, interessiert mittlerweile auch ehemals Linksliberale nicht mehr. Heute wird die Argumentation ins Gegenteil verkehrt: Auschwitz und der Holocaust dienen nicht mehr als Hindernis, sondern vielmehr als Legitimation für eine deutsche Militärintervention – verkauft als angeblich friedensstiftende Maßnahme im Kosovo, für die gerade Deutschland eine Verantwortung übernehmen soll.

Nie wieder Deutschland!

Daß der Buchautor und Ex-Linke Martin Walser in seiner Friedenspreisrede im Oktober 1998 Auschwitz als „Moralkeule" und die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit als „grausamen Erinnerungsdienst" tituliert, stellt nur einen Höhepunkt in der neuen nationalen Debatte dar. Nicht genug, daß Walser nach seiner Rede tosender Beifall von den 1200 Anwesenden entgegenschlägt; vor allem die in den folgenden Wochen geführte Diskussion, in der nicht etwa Walser für seine antisemitischen und geschichtsrevisionistischen Äußerungen angegriffen wurde, sondern einzig und allein der von Ignatz Bubis geäußerte Vorwurf der „geistigen Brandstiftung" allgemeine Empörung hervorrief, verdeutlicht die Tragweite der Debatte. Daß Bubis darüberhinaus mit seiner Kritik allein auf weiter Flur steht, sich kaum Linke und



Berliner Wittenbergplatz: Vielfältige Aktionen werden gegen die rassistische Unterschriftenaktion der CDU gestartet.

nur versprengt einzelne Linksliberale in die Diskussion einschalten, ist nur ein Zeichen für die zunehmende Nationalisierung der politischen Kultur, die mit dem Wegbrechen einer kritischen Öffentlichkeit verbunden ist.

Den rechten Vormarsch stoppen!

Dem Versuch der Rechten, endlich einen Schlußstrich unter die deutsche Vergangenheit zu ziehen und so Deutschland endgültig vom Nationalsozialismus zu entlasten, schließen sich fast sämtliche politische Spektren an.

Einen entscheidenden Beitrag leistet hierzu die CDU/CSU. Durch rechtspopulistische Wahlkampfthemen, die an dumpfe Nazipropaganda anknüpfende Unterschriftenkampagne, die den rassistischen Volkswillen zum Ausdruck bringen soll, wird „Ausländer raus" und die deutsche Blutsnationalgemeinschaft postuliert. Der sächsische Ministerpräsident Biedenkopf äußerte nach der Hessenwahl, daß „die Entscheidung, das Ausländerthema zu enttabuisieren,...erheblich zum Sieg beigetragen habe" und „...die CDU müsse fortfahren, die von Linken aufgebauten Tabus zu brechen."Hinter dieser Rhetorik steht die Relativierung des deutschen Faschismus als größtem Menschheitsverbrechen dieses Jahrhunderts. Damit werden Nazis und faschistische Ideologien heute wieder salonfähig gemacht und der Boden bereitet für die nicht abreißenden täglichen brutalen Übergriffe von Nazis auf ausländisch aussehende Menschen und alle, die nicht ins rechte Weltbild passen. Erste Reaktionen von Seiten der Nazis ließen nicht lange auf sich warten: So bot die Brandenburger NPD der CDU für die Unterschriftenaktion ihre volle Unterstützung an und nutzt nun die entstandene Stimmung für eine eigene Unterschriftenaktion: Gegen doppelte Staatsbürgerschaft und Integration.

Auf dem Höhepunkt der CDU-Unterschriftenkampagne im Februar wurde in Guben ein algerischer Asylbewerber von Faschisten zu Tode gehetzt. Bezeichnend ist dabei seit Jahren das Leugnen des Zusammenhanges zwischen faschistischen Übergriffen und der offiziellen rassistischen und nationalistischen Propaganda politischer Repräsentanten aller Couleur. Wo nach den Hintergründen und der Motivation für faschistischen Terror nicht mehr gefragt wird, bleibt als einziger Gegenstand der Analyse die Gewalt. Dementsprechend werden allerorts „Bündnisse gegen Gewalt" gegründet, medienwirksam inszeniert, beispielsweise im Land Brandenburg.

Damit wird zugleich der Kriminalisierung des linken antifaschistischen Widerstands Vorschub geleistet durch die totalitaristische Rechts – Links Gleichsetzung als gewalttätige Extreme. Doch es besteht ein entscheidender Unterschied, zwischen der Motivation, ausländische Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe zusammenzuschlagen und zu ermorden und dem entschiedenen Entgegentreten gegen Nazis auf der Straße, um sie dort als potentielle Bedrohung für viele Menschen zu vertreiben!

Es bleibt dabei: Kein Fußbreit den Faschisten! Nicht auf der Straße, nicht in der öffentlichen Diskussion, nicht in der offiziellen Politik! Am 1. Mai nicht und an keinem anderen Tag des Jahres!

Da Nazis seit einigen Jahren verstärkt versuchen, den 1. Mai für sich zu besetzen und wir nicht ausschließen können, daß sie auch unabhängig vom diesjährig angekündigten Aufmarsch in Bremen eine Demonstation durchführen wollen, wird die 1. Mai-Demo erst um 18 Uhr beginnen, um so kurzfristig auf evtl. Nazi-Aktivitäten reagieren zu können.

Wenn Nazi-Aufmarsch, dann verhindern!

„Es gibt kein wahres Leben im Falschen" steht für die Unmöglichkeit, innerhalb des kapitalistischen Verwertungssystems Reformen durchzusetzen, die ernsthafte Schritte in Richtung einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung darstellen könnten. Es steht aber auch für die Unmöglichkeit, innerhalb der Linken hier und heute all die Ansprüche umzusetzen, die mit den Vorstellungen einer herrschaftsfreien Gesellschaft verbunden sind.

Ausgangspunkt für linkes politisches Engagement müssen die derzeitigen politischen Rahmenbedingungen sein, die weltweite Durchsetzung des Kapitalismus, der rechte Vormarsch sowie die relative Bedeutungslosigkeit der Linken hier. Es geht nicht um den Streit über fertige Strategien und Gesellschaftsmodelle, sondern um die Schaffung der Voraussetzungen dafür, daß diese entwickelt werden können. Eine Mindestvoraussetzung ist die Organisierung des linken Widerstandes in kontinuierlichen Strukturen, in denen linke Theorie und Praxis diskutiert, umgesetzt und weiterentwickelt werden können.

Organisiert Euch!

LINKSRADIKAL INS NÄCHSTE JAHRTAUSEND

Geschichte ist machbar!

Die ideologische Hegemonie der kapitalistischen Lebensform war nie so fest in den Köpfen verankert wie heute. Die Gesamtheit linker Geschichte verteidigen bedeutet deshalb aktuell: die Ziele verteidigen, für die RevolutionärInnen seit jeher gekämpft haben: für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, für soziale Rechte weltweit. Den Streit um Ideen führen, die Machbarkeit der realen Umsetzung aufzeigen.

Linke Forderungen müssen als aktuelle Alternativen zum existierenden Herrschaftssystem wahrgenommen werden; wer die gesellschaftlichen Verhältnisse verändern will, muß deshalb präsent sein in deren politischen Diskursen, muß eingreifen, konfrontieren! Der 1. Mai ist eine der wenigen Möglichkeiten, wo dies – auch praktisch – möglich ist!

Wir rufen alle revolutionären Linken auf:

Beteiligt Euch!!!

Die 1. Mai Demonstrationen der letzten Jahre in Berlin mit weit über 10.000 TeilnehmerInnen haben gezeigt, daß viele Menschen nicht bereit sind, sich mit den herrschenden Ausbeutungsverhältnissen abzufinden, daß die Ziele, für die der 1. Mai steht, weiterhin Gültigkeit und Orientierungswert haben.

Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesse standen militante Auseinandersetzungen auf der Straße, die tendenziell als unpolitische Gewaltexzesse stigmatisiert werden. Dabei wird übersehen, daß die unmißverständlichste Gewalt von den gesellschaftlichen Verhältnisse ausgeht!

Wo rassistische und soziale Ausgrenzung, Ausbeutung und Deklassierung die Verhältnisse prägen, kann es keinen sozialen Frieden geben!

Zusammen kämpfen!

Ohne selbst zu kämpfen wird nichts passieren. Das ist Sache aller, die den Kapitalismus noch nicht als letzte Ewigkeit geschluckt haben, die den rassistisch nationalen „Normalzustand" zum Kotzen finden, die ausgegrenzt werden. Uns geht es immer noch um einen weltweiten emanzipatorischen Prozeß, um den Kampf für internationale Solidarität, Selbstbestimmung und soziale und politische Gleichheit.

Dafür gehen wir am 1. Mai zusammen auf die Straße!

Ob Hauptstadt, Regierungsumzug, rotgrün, Jahrtausendwende – es wird keine Ruhe geben in Berlin!!

Raus auf die Straße! All together now! Smash the system!

18 Uhr • Oranienplatz (U Kottbusser Tor) Berlin-Kreuzberg!

Antifaschistische Aktion Berlin
Engeldamm 68, 10179 Berlin
Tel: 030/27 56 07 56,
Fax: 030/27 56 07 55
www.antifa.de

organisiert in der: ANTIFASCHISTISCHE AKTION BUNDESWEITE ORGANISATION



Die Ästhetik des Widerstands - und andere Fragen

Anfang Mai wird die Interim elf Jahre alt. Über dieses drohende Ereignis, die Entwicklung der Interim und mögliche neue Layout-Konzepte sprachen wir mit Anna und Arthur. Beide bringen sich seit Jahren immer wieder in die Diskussionen innerhalb der Interim ein. Weil das Interview im Kern schon ein Jahr alt ist, wirken einige Beispiele ein wenig veraltet. Und: Annas und Arthurs Antworten sind eine Meinung von mehreren; sie sind nicht unbedingt repräsentativ für alle Teile der Interim.

Frage: Als wir die Ausgabe der Interim zum 1. Mai von 1998 mit der vom 1. Mai 1988 verglichen haben, sind wir richtig erschrocken. Man hätte sie geradezu austauschen können. Hat sich die Interim in diesen zehn Jahren überhaupt nicht verändert?

Arthur: Da habt ihr recht. Aber ist dies das Problem der Interim? Sie ist Ausdruck des Zustands der autonomen Szene, und somit genauso gut und schlecht wie sie. Gegen immer wieder vorgebrachte Veränderungsvorschläge gibt es starke Beharungskräfte, die am einmal Erreichten festhalten wollen. Aber ist das immer schlecht? Ich glaube, für eine Veränderung nach vorne sind viele offen, aber nicht zu einem Zurück zum Althergebrachten, zu traditionellen Zeitungskonzepten.
Allgemeiner gesagt: daß die bisherigen politischen Konzepte der Autonomen in dieser veränderten Welt seit Jahren nicht mehr greifen, streitet doch heute kaum noch jemand ab. Die Frage ist doch vielmehr, wie könnte etwas Neues aussehen, daß kein Zurück in traditionelle Politikformen und -muster darstellt? Wie könnte eine sozialrevolutionäre, emanzipatorische Politik im Übergang zum 21. Jahrhundert aussehen? Auf die Interim gemünzt: wie könnte eine Wochenzeitung aussehen, die den authentischen Charakter der Interim beibehält?

Anna: Dies bedeutet, daß die Interim eben kein ausgearbeitetes Zentralorgan mit monatelang durchdiskutierten Artikeln sein will. Sie ist ein Forum, das den Prozeßcharakter der Diskussionen hervorhebt. Da ist nichts fertig, vieles regt zum Widerspruch an. Und entsprechend sieht die Interim eben aus.

Frage: Bist du der Meinung, daß sich dieses Konzept bewährt hat?

Anna: Ja. Zwar kann der Inhalt der Interim nicht besser sein als der Diskussionsstand der Szene. Sie unterliegt genauso der politischen Konjunktur. Aber sie trägt wesentlich zur Diskussionskultur in der autonomen Szene bei. Wo sonst kannst du so lebendige Diskussionen finden wie die Debatten um "sex und gender", um "paul & paula" oder jüngst um das Behle-Papier. Hier finden die Tastversuche nach dem Neuen statt.

Arthur: Und die Auflage ist erstaunlich stabil, auch wenn sie grundsätzlich im autonomen Ghetto gefangen bleibt. Immer gemessen daran, wieviele andere autonome und linke Zeitungsprojekte in den letzten Jahren eingegangen sind.

Anna: Die Auflage ist doch kein Kriterium dafür, ob sich ein Konzept bewährt hat. Daß sich etwas "auf dem Markt durchsetzt" heißt nicht, daß es den politischen Prozeß nach vorne bringt.

Frage: Aber die Auflage ist doch auch ein Kriterium?

Anna: Klar ist sie Veraussetzung dafür, daß die Interim ihren Sinn erfüllen kann. Es sind immer noch viele Leute, die sich regelmäßig an den Diskussionen beteiligen und die Debattenbeiträge beziehen sich aufeinander. Das ist für mich das Kriterium, ob sich das Projekt bewährt.
Dazu hat die Interim noch die Funktion, für junge Leute den Zugang zur autonomen Szene zu ermöglichen und weiter entfernt stehende Leute an unseren Diskussionen teilhaben zu lassen.

Arthur: Aber genau dies schafft die Interim nicht. In der Form wie sie erscheint, ist sie nur für Menschen les- und benutzbar, die bereits in der Szene stecken. Da gibt es bei vielen Flugblättern keinerlei Ortsangaben und viele der Debattenbeiträge sind ohne die Lektüre der letzten zehn Ausgaben davor einfach unverständlich. Da setzt sich niemand hin und schreibt mal einen einleitenden Vorspann. Die Interim ist oft der perfekte Ausdruck des autonomen Autismus (Selbstbezogenheit).

Frage: Ihr bezieht euch sehr stark auf den Debattenteil. Ist der aktuelle Teil nicht so wichtig?

Anna: Für mich ist einfach der Debattenteil wichtiger, weil er weniger ersetzbar ist. Die Infos liessen sich auch über Flugis verbreiten.

Arthur: Ich finde den Infoteil genauso wichtig. Aber er müßte viel mehr bearbeitet werden. Viele Sachen liessen sich auf kurze Meldungen reduzieren. Dazu müßte immer die Frage im Hinterkopf der jeweiligen MacherInnen stehen: Ist dies so für eine 18-jährige in Rügen oder in Dresden verständlich? Gibt es eine Kontaktadresse, falls sie Interesse hat?

Frage: Alles gut und richtig: Aber warum hat sich dann die Erscheinungsform seit zehn Jahren nicht verändert?

Arthur: Die Einführung von Computern ist von einer Mehrheit im Projekt schon vor Jahren abgelehnt worden. Es war umstritten, ob Computer schon soweit Allgemeingut sind, daß damit nicht die Hemmschwelle zu hochgesetzt wird zum Veröffentlichen der Texte. Außerdem wurde befürchtet, daß so die Texte nicht mehr authentisch veröffentlicht werden, sondern die Interim ein weiteres redaktionell durchgestyltes Heft wird.

Anna: Es ging darum, daß die jederzeitige Reproduzierbarkeit - jedeR kann die Interim machen - durch Computer verhindert wird. Dazu kamen Sicherheitsbedenken.

Frage: Bei allen Produktionsformen gibt es Sicherheitsbedenken - und Lösungen.

Anna: Aber es ist sehr kostenaufwendig, den Computer jedesmal mit wegzuschmeißen.

Frage: Es geht uns auch nicht um den Gegensatz Computerlayout oder Handarbeit. Präsentation ist doch nicht eine Frage des Computers.

Arthur: Ich würde euch da zustimmen. Beispielsweise die Ausgabe 454 mit ihrem Techno- und Computerlayout hat mir sehr gut gefallen. Da war es sehr wohl möglich, in ein Layoutkonzept Texte in ihrer authentischen Form zu integrieren.
Ich denke, das Hauptproblem ist, daß sich viele der ja oft aus dem Bürgertum stammenden Autonomen zu sehr an dem bürgerlichen Lehrsatz "Die Form ist alles" abarbeiten. Der wird dann einfach umgedreht zu "Der Inhalt ist alles, die Form ist belanglos". Entsprechend sieht dann die Präsentation und das Layout eines Textes aus. Doch zu einem Gleichgewicht von Form und Inhalt kommt es nicht.

Anna: Vieles hängt auch an den Produktionsbedingungen. In kurzer Zeit zusammengestellt, und immer drauf aufpassen müssen, daß dich nicht ein Staatsanwalt belästigen kann.

Arthur: Das stimmt insoweit, als eine Menge Leute vieles, das sie gerne anders machen würden, konkret nicht hinkriegen. Meist ist einfach keine Zeit und Energie dafür.

Frage: Wie geht Ihr denn an die Produktion ran? Überspitzt gefragt: eher ohne jede Vorbereitung, sozusagen nehmen, wie's kommt, oder bereitet ihr auch so etwas wie Schwerpunkte vor?

Anna: Jedesmal Schwerpunkte vorzubereiten geht gar nicht, wenn man die Konzeption des Heftes ernst nimmt. Je mehr du selbst machst, kippst du andere, zugesandte, Texte raus. Und selbst wenn, so einen Schwerpunkt - gut gemacht - schüttelst du nicht alle 14 Tage aus dem Ärmel.

Frage: Es muß ja nicht immer ein Schwerpunkt sein, aber man kann doch Impulse setzen. Früher waren doch die Vorworte oft eigene Texte, nicht wie heute ein kurzes "Hallo".

Anna: Die Redaktionen sind unkreativer geworden. Und dann gibt es eben die Angst vor den Reaktionen der Szene oder von anderen Teilen des Projekts, wenn du den Kopf zu weit aus dem Fenster hängst.

Arthur: Lustigerweise halten sich heute, da die Redaktionen sehr viel autonomer entscheiden können als früher, sich sehr viel mehr ans vermeintliche Orginal, anstatt Neues zu probieren.

Anna: Ich glaube, daß die autonome Szene verlernt hat, zu diskutieren und zu experimentieren. Jedes Infragestellen des Althergebrachten wird sofort als "böse" interpretiert. Deshalb wird vieles nicht mehr offen ausdiskutiert.

Frage: Aber das war doch früher auch nicht besser. Erinnert euch doch nur beispielsweise an die Konflikte zwischen Autonomen und Antiimps. Es gab vielleicht ein paar mehr tatsächliche oder vermeintliche Klarheiten.

Anna: Vielleicht könnte man so sagen: es gab mehrere Positionen zur Auswahl. Heute glauben wir, eine einheitliche Position nach außen und innen vertreten zu müssen, weil wir nicht mehr so stark sind ...

Arthur: ... was wiederum an den weltweiten Umbrüchen des Kapitalismus liegt, der uns insgesamt weniger Spielraum läßt und damit auch die Bedingungen für die autonome Linke verschlechtert. Früher gab es eine vergleichsweise relativ weit verbreitete Akzeptanz für linke Ideen, oder zumindest wurden sie registriert und diskutiert. Soziale Bewegungen und als ein Teil davon die Autonomen waren ein ernstzunehmender Faktor der Gesellschaft. Dies hat sich seit Ende der 80er Jahre geändert. Wenn man nur noch eine x-beliebige Subkultur in einer beliebigen Geselllschaft ist, hat das keine Sprengkraft mehr.

Frage: Müßtet ihr nicht deshalb das Konzept erweitern? Mehr Impulse, mehr eigene redaktionelle Arbeit?

Anna: Für mich ist das zu sehr Orientierung am kapitalistischen Markt.

Arthur: Nenn mir ein Beispiel, bei dem es mit einem anderen Konzept besser klappt. Und das nicht nur jedes Jahr eine Ausgabe herausbringt. Wir haben zum Beispiel den Versuch der "mottek crescendo" (autonomes Info-

Blatt fürs Ruhrgebiet mit redaktioneller Bearbeitung der Texte) aufmerksam beobachtet. Aber wie schnell stöhnten sie unter der Arbeitsüberlastung - bei zweimonatlicher Erscheinungsweise. Bei der Interim ist es ein austariertes Verhältnis, ein Level, mit dem alle Beteiligten leben können. Ganz gute Kontinuität, aber auch Kompromiß. Das produziert eben langweiliges Mittelmaß ...

Frage: ... was angesichts des radikalen Veränderungsanspruchs der Autonomen schon pikant ist.

Arthur: Es gab und gibt in der Interim immer wieder Debatten, etwas anders zu machen. Aber einiges ist an den hohen Ansprüchen gescheitert. Anderes, wie Schwerpunkthefte, sind einfach nicht jede Woche zu machen. Auf das Schwerpunktheft zu Stadtentwicklung & Berlin gab es ja zum Beispiel begeisterte Reaktionen sogar von außen. Es gibt doch in den letzten beiden Jahren immer wieder Versuche, Nachrichtenblöcke zu machen, Berliner Themen gezielt nach vorne zu nehmen, etc. ...

Frage: Würdet ihr denn wollen, daß es anders wird? Und da Kraft reinstecken?

Anna: Man muß genau überlegen, wo man seine Kräfte reinsteckt. Wir wollen alle keine hauptamtlichen RedakteurInnen werden. Und wer wirklich etwas Umfangreiches erarbeitet hat, kann uns dies ja - schön layoutet - zukommen lassen. Wir machen gerne ab und zu Sonderhefte. Ich versteh' die Interim mehr als eine Art Dienstleistungsunternehmen. Aber man muß auch nach der Effektivität fragen: die Arbeit, die ich mehr in die Interim reinstecken würde, ziehe ich doch woanders weg.

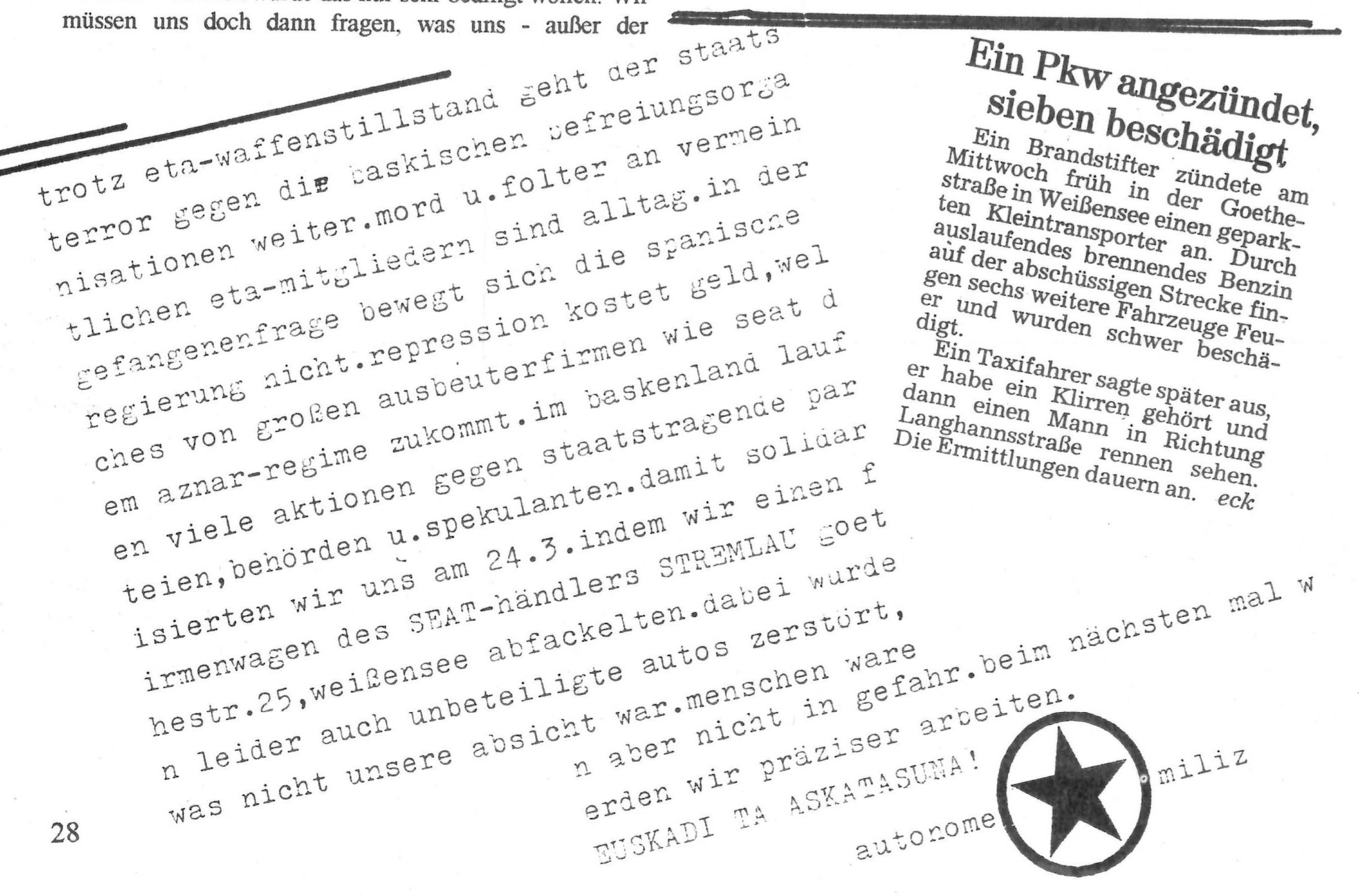
Arthur: Auch ich würde das nur sehr bedingt wollen. Wir müssen uns doch dann fragen, was uns - außer der anderen politischen Position - dann noch von der "Jungle World" unterscheidet? Innerhalb der Interim ist im Moment, nach meiner Einschätzung, keine der verschiedenen autonomen Positionen bzw. Politikansätze mehrheitsfähig. Sicher kann man die Frage stellen, ob die Interim so der richtige Ansatz ist. Aber was dann - und real umsetzbar?

Frage: Wo würdet ihr euch zwischen Legalität und Illegalität ansiedeln?

Anna: Es gab mal eine Diskussion nach den Durchsuchungen, ob wir nicht legal und offen produzieren sollten. Das hieße, manche Sachen könnten dann nur noch in der "radikal" veröffentlicht werden; aber wir könnten unser Heft völlig offen vertreiben und verkaufen. Das würde viele Probleme lösen, und viele neue Probleme schaffen. Aber man kann die politische Entwicklung nie ganz absehen. Und so eine Struktur wie die Interim mit ihrem Potential ist auch wertvoll.

Arthur: Ich würde die Interim als „graues Medium" bezeichnen. Sie ist nach momentanen Gesetzen nicht strafbar, aber man weiß nie, was politisch noch kommen kann. Auch wenn alle Verfahren wegen der Durchsuchungen im Sommer 1997 inzwischen eingestellt worden sind, besteht immer die Gefahr, daß ein Staatsanwalt oder Staatsschutzbeamte sich abenteuerliche Gesetzesinterpretationen zurechtlegen und weiter ermitteln.

Frage: Na, dann weiterhin viel Spaß und Glück. Und herzlichen Glückwunsch zum baldigen elfjährigen Bestehen.



trotz eta-waffenstillstand geht der staats
terror gegen die baskischen befreiungsorga
nisationen weiter.mord u.folter an vermein
tlichen eta-mitgliedern sind alltag.in der
gefangenenfrage bewegt sich die spanische
regierung nicht.repression kostet geld,wel
ches von großen ausbeuterfirmen wie seat d
em aznar-regime zukommt.im baskenland lauf
en viele aktionen gegen staatstragende par
teien,behörden u.spekulanten.damit solidar
isierten wir uns am 24.3.indem wir einen f
irmenwagen des SEAT-händlers STREMLAU goet
hestr.25,weißensee abfackelten.dabei wurde
n leider auch unbeteiligte autos zerstört,
was nicht unsere absicht war.menschen ware
n aber nicht in gefahr.beim nächsten mal w
erden wir präziser arbeiten.
EUSKADI TA ASKATASUNA!
autonome miliz

Ein Pkw angezündet, sieben beschädigt

Ein Brandstifter zündete am Mittwoch früh in der Goethestraße in Weißensee einen geparkten Kleintransporter an. Durch auslaufendes brennendes Benzin auf der abschüssigen Strecke fingen sechs weitere Fahrzeuge Feuer und wurden schwer beschädigt.

Ein Taxifahrer sagte später aus, er habe ein Klirren gehört und dann einen Mann in Richtung Langhannsstraße rennen sehen. Die Ermittlungen dauern an. *eck*

Ein Grauer Wolf kehrt niemals um

Ein Buch zu türkischen rechtsextremen Gruppen und ihrer Arbeitsweise in der BRD

"Führer, befiehl, wir folgen!" Eine Parole aus einer lange vergangen geglaubten Zeit. Jedoch gegenüber Alparslan Türkes gehörte sie bis zu seinem Tod 1997 zu den Standardformeln auf jeder Parteiversammlung. Die türkische MHP (Partei der nationalistische Bewegung) ist das Musterbeispiel einer faschistischen Partei, Türkes war ihr "Führer". 500.000 Menschen kamen zu seiner Beerdigung. Obwohl die Partei bei den letzten Wahlen "nur" 8,2 % der Wählerstimmen erhielt und damit an der Zehnprozenthürde scheiterte, ist sie eine der wichtigsten politischen Gruppierungen in der Türkei. Ihr Traum vom großtürkischen Reich, der Antikommunismus und der Glaube an die Überlegenheit der Türken sind auch in der jetzigen Regierung weitverbreitet. Mehrere Minister kommen ursprünglich aus dieser Partei oder ihren Unterorganisationen.

Am bekanntesten davon sind in der BRD die "Grauen Wölfe". Sie sind auch die Namensgeber eines Buches, in dem die Autoren Fikret Aslan, Kemal Bozay und andere detailreich die Geschichte und Gegenwart der türkischen Faschisten und ihre Praxis hier beschreiben: "Graue Wölfe heulen wieder", so der Titel, legt dar, daß es nicht der Wahlerfolg ist, der die Wichtigkeit dieser Partei ausmacht, sondern die von ihnen transportierten Inhalte, die schon zahlreiche türkische Regierungen übernommen haben. Daraus ergibt sich die jederzeit aktuelle Relevanz dieses Buches.

Ausführlich werden die historischen Wurzeln des türkischen Nationalismus seit der jungtürkischen Revolution unter Atatürk beschrieben. Ein Nationalismus, der die Entstehung der faschistischen Gruppen wie der MHP und ihrer Jugend- und Schlägerorganisation "Graue Wölfe" begünstigt hat. Hunderte von Morden an Linken, GewerkschafterInnen und Nicht-Moslems vor allem in 70er Jahren vor dem Militärputsch gehen auf deren Konto. Nur die wenigsten Mörder wurden bestraft.

Weiter werden die Entwicklungen der 90er Jahre beschrieben, die gerade heute hochaktuell sind: das Zusammenstehen fast aller Parteien für einen Einheitsstaat mit *einem* türkischen Staatsvolk gegen die kurdische Bevölkerung und die PKK, das zu einem neuen nationalistischen Schub geführt hat.

Seit den 70er Jahren sind die türkischen rechtsextremen Gruppen auch massiv in der Bundesrepublik tätig. Daneben wird in dem diesem Thema gewidmeten Kapitel die Unterstützung durch die türkischen Generalkonsulate und die stillschweigende Duldung durch die deutschen Behörden beleuchtet. Die Zusammenarbeit zwischen Islamisten und den MHP-Ablegern in Deutschland wird ebenso dargestellt wie die versteckte Arbeit innerhalb der neugegründeten islamischen Vereine und Moscheen. Seit dem Brandanschlag von Mölln 1992 und den folgenden Demonstrationen treten die Grauen Wölfe verstärkt öffentlich auf. Der offene Rassismus der 90er Jahre in Deutschland treibt auch viele türkische Jugendliche in die Arme der Faschisten.

Genau da beginnen die wichtigsten Teile des Buches. Bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen auf diesen Demonstrationen zwischen türkischen Faschisten und türkischen Linken gingen die deutschen Gruppen, auch die Autonomen, dazwischen, ohne direkt Partei zu ergreifen. Aber genau diese Parteilichkeit gegen die rechtsextremen Gruppierungen fordern die Autoren ein. Sie kritisieren scharf die von einem fehlgeleiteten Antirassismus getragene Unterstützung z. B. der Grünen für den Moscheenbau in Deutschland, genauso wie die Spaltung der türkischen/kurdischen Linken hier. Aber auch ihnen fehlt die richtige Bekämpfungsstrategie, so daß sie ersteinmal eine weitergehende Information der Öffentlichkeit als notwendig ansehen.

Insgesamt ein lesenswertes Buch, das mit der Fülle des Materials den LeserInnen viel zumutet. In jedem Fall ist es ein gutes Nachschlagewerk, dem leider ein Schlagwortverzeichnis fehlt, auf das in der aktuellen Diskussion jederzeit zurückgegriffen werden könnte.

Fikret Aslan, Kemal Bozay u. a.: "Graue Wölfe heulen wieder - türkische Faschisten und ihre Vernetzung in der BRD", Unrast-Verlag, Münster, ISBN 3-928300-58-X, 29.80 DM.

Protokoll vom bundesweiten Treffen am 03.04.99 wegen Naziaufmarsch am 1. Mai in Bremen 1999

Übersicht über die aktuelle Lage in Bremen
Nazi Mobilisierung
Es wird von der NPD/JN bundesweit jedoch nicht sehr intensiv mobilisiert. In Bremen finden Landtagswahlen statt, daher ist mit einem Verbot ihrer Demo nicht zu rechnen. Europaweit mobilisieren die Nazis nach Prag. Auf den Internetseiten der Nazis wird nur Bremen als Ort (10.00 Uhr Hemann -Koenenstr.) angegeben, auch wenn es wohl Anmeldungen in Siegen und Frankfurt a.M. geben soll. Die geplante Demoroute der Nazis geht durch zwei Stadtteile im Osten von Bremen. Abschlußkundgebung soll vor einem Werkstor bei Daimler-Crysler sein.

Allgemeine politische Situation in Bremen
Im Juni finden in Bremen Landtagswahlen statt, in diesem Rahmen ist auch die NPD/JN Anmeldung zu sehen. Bremens Innnensenatot Borttscheller, der für eine "New Yorker" Linie, ähnlich wie in Berlin steht, hat angekündigt, daß die NPD Demo auf jeden Fall stattfinden soll.
Es gibt einen breiten bürgerlichen Konsens, daß die NPD/JN Demo u.a. wegen ihrem rassistischen Inhalt verboten werden sollte. Das Fußballspiel Werder Bremen gegen Schalke ist bereits abgeagt worden.

In Bremen haben sich verschiedene Plena gegen den Naziaufmarsch gebildet. Autonomes Antifaplenum, Demobündnis linker Gruppen, FrauenLeseben Mobilisierung und ein Gewerkschaftstreffen.

Stand der geplanten Gegenaktivitäten
Neben den Aktivitäten aus dem gewerkschaftlichen Spektrum, Rock gegen Rechts in der Innenstadt auf dem Marktplatz um 13.00 Uhr und einer Kundgebung vor einem Werkstor bei Daimler, wird es vor Ort, parallel zu unseren Aktionen, organisiert von Stadtteilinitiativen, weitere Sachen wie Straßenfest, Büchertische... geben.

Neben unserer Demoanmeldung haben wir weitere Kundgebungen im Stadtteil angemeldet. Es wurden bereits 8000 Plakate verschickt und plakatiert. Ein Aufruf im Zeitungsformat von uns wird gerade verteilt. Deweiteren wird eine Veranstaltungsreihe durch Bremen ziehen und ein Lautsprecherwagen durch die "betroffenen" Stadtteile fahren um die Menschen zu informieren.

Unsere Demo soll sich ab 9.00 Uhr am Zentralkrankenhaus Ost sammeln, damit wir auf jeden Fall vor den Nazis im Stadtteil präsent sind.
Falls die Demo doch nicht loslaufen kann, werden wir sie auflösen und ein dezentrales Konzept fahren. Dafür steht die notwendige Struktur zur Verfügung.
Falls die Nazis nicht in den geplanten Stadtteil kommen, sondern z.B. nach Bremen Nord, Bremerhaven (eher unwarscheinlch) oder auch auf die andere Weserseite ausweichen wollen wir auf jeden Fall dort hin, und lassen unsere geplante Demo sausen.

- Das Infotelefon mit AB ist Mo, Mi, Fr von 16.00-19.00 Uhr besetzt, ansonsten ist ein AB dran, der die neusten Infos draufhat. In der Woche vor dem 1. Mai ist das Telefon täglich von 17.00-19.00 Uhr besetzt. Die Nummer lautet 0421-75682. Über dieselbe Nummer können auch Faxe geschickt werden. Am 1. Mai ist dies Telefonnummer ebenfalls besetzt, und dient als Autonomes Infotelefon.
- Das Kampagnenbüro vom Bündnis im Kulturzentrum Schlachthof ist Dienstag und Donnerstag von 17.00-19.00 Uhr geöffnet. In der Woche vor der Demo ist es ebenfalls täglich offen. Es dient als offizieller Anlaufpunkt für die Presse. Tel. Nr. 0421-377 75 16 FAX Nr. 377 75 11.
- Der EA ist Freitag, 30.04.99 ab 20.00 Uhr besetzt. Die Nummer ist noch nicht klar und wird frühzeitig bekanntgegeben, auch über die Internetseiten zum 1.Mai (www.nadir.org/nullnazis).

Feedback aus den Städten
Soweit wir es überblicken sind ca. 10 Busse von uns angemeldet weitere 1500 - 2000 Menschen werden erwartet. In einzelnen Städten gibt es eine große Mobilisierung nach Bremen.

Und nun nochmals alle wichtigen Adresen Telefonnummern:

Spendenkonto Inhaber: R. Hecking Konto Nummer 106 842 31 bei der Sparkasse Bremen BLZ 290 501 01 Verwendungszweck: Plakate

Infobüro
c/o Infoladen Umschlagplatz
St. Paulistr. 10/12
28203 Bremen
Infotelefon 0421-75682 (auch Faxe)

Kampagnenbüro (u.a. Anlaufstelle für die Presse)
Kultuzentrum Schlachthof
Findorffstr. 51
28215 Bremen
Tel. 0421-377 75 16
FAX 0421-377 75 11

Internetseiten unter: www.nadir.org/nullnazis

Sielwallhaus
Sielwall 38
28203 Bremen

Paradox
Bernhardstr. 12
28203 Bremen

beide zu erreichen über:
Straßenbahn Linien 2,3, und 10 Haltestelle Sielwall

Letzte Meldung: In den Internetseiten der Nazis wird als Treffpunkt 10.00 Uhr Hermann-Koenenstraße (Das ist die Straße zwischen Daimler Werk und Friedhof Osterholz) angegeben.

Türkei Kurdistan

kein Delegations- oder Gruppenbericht

in der zeit vom 15.3. - 25.3.99 war ich teilnehmerin einer fahrt in die türkei + kurdistan.
wir waren eine gruppe von 7 personen, von denen einige sich seit anfang dezember trafen.
ich kam im januar zu dieser gruppe. unser ziel war diyarbakir. als im februar abdullah öcalan entführt wurde, war uns die reise noch wichtiger geworden. uns war klar daß die repression gegen kurdinnen in diesem jahr noch stärker sein würde.
schon vor unserer abreise erfuhren wir, das es unmöglich bzw. sehr schwer sein würde in kurdistan herein zukommen, da dort überall der ausnahmezustand verhängt sei.

dieser bericht legt den schwerpunkt auf die repression und ist parteilich. er schildert auch einzig und alleine meine eindrücke und ist kein gruppenbericht,oder das ergebnis einer diskussion.

vom 15. - 19.3. waren wir in ankara + hatten dort die ersten kontakte mit HADEP + IHD.
am 19.3. flogen wir nach gaziantep (antep) nahmen dort kontakt mit dem IHD-büro auf + fuhren an diesem tag mit dem bus weiter nach diyarbakir (amet).wir kamen nur bis zum "dorf der 500 häuser", etwa 8 km vor der stadt. (dieses "dorf" sieht aus wie ein gefängnis,hat wachtürme + bewachte eingänge. hier wohnen zwangsumgesiedelte aus den provinzen. laut offizieller propaganda sind diese leute freiwillig hier).
wir wurden aus dem bus herausgeholt + in einen der nächsten busse zurück navh antep gesetzt. hier blieben wir bis zum 24.3. + konnten mit vielen leuten in der stadt,aber auch in der provinz reden.

möglich war dies durch die hilfe vieler menschen aus dem umfeld um HADEP, IHD + der zeitung Atilim , und das wir nicht überwacht wurden machte die sache für die menschen mit denen wir sprachen auch ungefährlicher.

newroz:
lt. IHD antep waren die repressionen in den vorjahren nie allzu groß. antep hat zwar viele kurdische bewohnerinnen, etwa 6o% , aber da antep noch nicht kurdisches gebiet ist, war es immer möglich zu feiern. dabei wurden in den vergangenen jahren durchschnittlich 50 - 60 personen festgenommen. das dies in diesem jahr anders sein würde, war schon tagelang im voraus abzusehen. IHD + HADEP waren der überzeugung das mehr menschen als in den jahren zuvor das fest feiern würden, da die entführung von öcalan und die zurschaustellung eines offensichtlich unter drogen stehenden mannes viele kurdinnen wütend macht, auch solche die nicht PKK nahe sind. um die stadt war ein militärring, und die staatsseite verbreitete seit tagen gerüchte von lebenden bomben um dies zubegründen. bestimmte linke zeitungen zb. evrensel, die sonst an einigen kiosken verkauft wurden, wurden beschlagnahmt.
am abend des 20.3.,wir waren im HADEP- büro,gab es die ersten feuer,aber auch schon verletzte + verhaftungen. in dieser nacht wurden die HADEP- vorstände,die kandidatinnen für die kommunalwahlen + bürgermeisterwahlen,sowie andere menschen denen die bullen "organisierungsfähigkeit" vorwarfen aus ihren wohnungen herausgeholt + mit ihren jacken über den köpfen unter prügel in verdunkelten autos in die knäste gefahren.
am morgen des 21.3. waren dem IHD schon über 100 festnahmen gemeldet worden. die zahl stieg im laufe des tages auf über 5oo, wobei mensch allerdings von einer hohen zahl nichtgemeldeter festnahmen ausgehen kann. noch am dienstag, dem 23.3., wurde beim IHD nach verschwundenen angehörigen gefragt.
die viertel von antep in denen kurdinnen wohnen ,waren von militär belagert. jeder freie platz war von bullen + militär belagert. überall standen deutsche panzer + räumfahrzeuge.
trotzdem gab es viele versuche das fest zu feiern. alle diese versuche wurden brutal zusammengeprügelt. wir waren in diesen vierteln am 21., mit begleiterinnen, konnten mit vielen menschen reden + sahen viele verletzte. in einem viertel wollten frauen und kinder sich treffen . die militärs umstellten den treffpunkt, holten die frauen und kinder heraus + trieben sie unter schlägen durch den regen auf einen platz, auf dem schon einige männer lagen. dann mußten alle sich in den schlamm auf den boden legen + und jandarma, militär + bullen verprügelten die menschen mit dicken schlagstöcken.
in einem anderen viertel liefen unter dem schutz der militärs + deutscher panzer die faschisten der MHP durch die straßen und verprügelten die menschen. sie drangen in die häuser ein ,zerstörten die einrichtungen, zerschlugen die fenster. auf den straßen fanden regelrechte hetzjagden auf kurdinnen statt, wobei es den frauen die die traditionelle newroztracht trugen am schlimmsten ging.
wieviele verletzte es gab ist unklar, viele kurdinnen gehen nicht in die krankenhäuser da die ärzte oft mit den bullen zusammenarbeiten. einige wurden von den bullen in krankenhäuser gefahren,aber so unter druck gesetzt, das sie den ärzten nichts mehr sagten.
ein junger mensch wurde von einem panzer angefahren, mehrere hatten streifschüsse, viele hatten verletzungen durch die prügel, meist arm - + rippenbrüche, gehirnerschütterungen, schulterbrüche usw. besonders viele kinder waren verletzt worden.
es kam zu mehreren straßenschlachten zwischen militärs + jugendlichen. gegen 7 junge leute wurden lt. IHD am 25.3. haftbefehl erlassen.

von einer reporterin der zeitung Atilim wissen wir daß sie von den bullen verhaftet + gefoltert wurde.

aus amet wurde uns von einem reporter der zeitung atilim, dem es gelungen war in die stadt zu kommen, folgendes erzählt:
es gab immer wieder gruppen von 2 - 3000 menschen die versuchten auf plätze zu gelangen,aber dies war nicht möglich. alles war voll militär, ganze stadtviertel waren abgesperrt. deshalb machten die leute schließlich auf ihren dächern feuer an. in einigen vierteln kam es zu auseinandersetzungen zwischen bullen, militär + bewohnerinnen. es gab über 5000 festnahmen. es war ein sportstadion beschlagnahmt worden und über newroz wurde es als knast benutzt.
in urfa gab es staatliche feiern. seit 2 jahren versucht die türkische regierung aus newroz nevruz zu machen. es wird auch versucht dem tag eine neue geschichte + eine "gesamttürkische" symbolik zu geben. aber niemand ging zu diesen feiern. dort gab es über 2oo festnahmen.

eine delegation aus österreich wurde tagelang in urfa von den bullen festgehalten.
am 24.3. waren dem IHD in ankara 8.174 festnahmen bekannt.

Zivibullenhits '99

Heraus zum revolutionären 1. Mai! 18 Uhr Oranienplatz & don't forget Bremen!

B-A	1786	VW Bus, rot	Kbg.	10/93	
B-A	5824	Opel Vectra 2.0, grau	Kbg.	3/99	
B-A	9746	Audi 100, d. blau	Kbg./P'berg	7/93	Polit
B-AE	**2498**	**Opel Vectra, beige**	**Kbg.**	**1/99**	
B-AE	9836	VW Jetta, d. blau	Kbg./F'hain	7/97	
B-AD	1652	Opel Rekord, d. rot	N'köln	10/93	
B-AH	8766	VW Passat Cl, rot	S'berg	2/99	???
B-AJ	5013	Kombi, met. blau	Kbg.	8/93	
B-AK	2734	Opel Vectra, d. blau	Kbg.	5/94	
B-AK	6544	Benz Kombi, h. grün	Kbg.	4/93	
B-AL	5729	Ford Scorpio, d. blau		10/97	BGS
B-AN	4891	Opel Vectra, rot	City (W)	4/95	
B-AT	3626	Opel Vectra, d. blau	Kbg.	10/94	
B-AT	4868	VW Golf, beige	Kbg.	4/98	
B-AT	6091	Opel Vectra, met. blau	Kbg./Mitte	4/94	
B-AU	9546	VW Bus, rot		7/93	
B-AV	1743	Mazda 626, rot	Kbg.	9/93	Polit
B-AV	3629	Opel Vectra		3/96	
B-AV	6725	Opel Ascona, grau	Kbg.	7/92	
B-AW	2903	VW Passat, met. grün	Wd.	5/94	
B-AW	3709	Opel Vectra, d. blau	City (W)	8/95	
B-AW	**7372**	**VW Passat, weiß**	**Kbg.**	**11/98**	
B-AZ	2545	VW Passat, weinrot	Kbg.	5/97	
B-AZ	3516	Opel Vectra, weiß	F'hain	8/97	Polit
B-AZ	3578	VW Bus, grün	Kbg.	6/98	
B-AZ	6085	Opel Omega, d. blau		3/96	
B-AZ	**981**	**Opel, d. rot**	**Kbg./P'berg**	**12/98**	**Polit**

B-C	2078	Audi 80 neu, d. blau	Kbg./N'köln	9/94	Polit
B-C	5602	Opel Vectra, met. beige	P'berg	4/94	
B-C	9745	VW Golf, silber	Kbg.	2/99	???
B-CD	591	Opel, hell		10/93	
B-CD(P)	6207	VW Vento, grau	F'hain	6/97	
B-CE	184	Opel Vectra, met. blau	Kbg./N'köln	4/94	
B-CE	2063	Opel Omega weinrot	City (W)	1/99	
B-CL	2430	VW Bus, beige	Kbg.	5/97	Polit
B-CN	2712	Benz, schwarz	Kbg.	6/93	Polit
B-CN	**5782**	**Passat blau**	**Kbg.**	**4/99**	**Dir. 5**
B-CP	6813	Ford Mondeo, blau	P'berg	5/98	Polit
B-CT	347	VW Bus, beige	Kbg.	4/93	
B-CT	1069	VW Bus neu, rot	City (W)	2/99	
B-CU	4807	Opel Vetra (o. ä.)	Kbg.	2/99	
B-CV	4738	VW Golf, beige	Kbg.	2/97	
B-CV	8312	Opel Rekord, hell	Kbg.	10/93	
B-CX	2867	Opel, grün	Kbg.	10/93	
B-CZ	9269	Opel Rekord 2.2.i, d. blau		4/97	

B-D	4238	VW Jetta (o. ä.), rot	Kbg.	1/98	
B-DC	8084	Opel Kadett, d. rot	City (W)	1/94	
B-DD	5337	VW Passat Cl		10/98	
B-DE	**8354**	**VW Passat Cl, braun**	**Kbg./N'köln**	**11/98**	
B-DE	8620	VW Golf, dunkel	Kbg.	9/93	
B-DE	9235	Opel Vectra, weinrot	Kbg.	8/94	Polit
B-DE	9243	Opel Omega, rot	Kbg./N'köln	9/92	
B-DH	6384	VW Golf, rot	Lbg./F'hain	12/97	
B-DH	**6671**	**Audi 100, schwarz**		**2/99**	**Polit**
B-DJ	2483	Opel Kadett, d. rot	Kbg.	6/94	MEK
B-DJ	384	VW Passat o. Jetta, grau	Kbg.	2/99	OG SO 36
B-DJ	678	VW Jetta, d. grün	City (W)	3/94	
B-DK	590	Opel Rekord, blau	Kbg.	6/92	
B-DO	384	Benz 190er, grau	Kbg.	2/94	OG SO 36
B-DR	794	Ford Scorpio, weinrot	N'köln	2/94	
B-DR	1334	VW Golf, beige		2/99	Polit
B-DR	**4563**	**VW Passat, rot**	**Kbg.**	**4/99**	**Dir. 5**
B-DR	**6349**	**VW Bus, rot**		**2/99**	
B-DR	7391	VW Bus, blau	Kbg.	10/93	
B-DR	9534	Ford Scorpio, weinrot	City (W)	12/93	
B-DS	5625	VW Golf, d. blau	Kbg.	5/94	
B-DU	204	Opel Vectra, d. blau	Kbg./N'köln	6/93	
B-DV	9236	Ford Mondeo Kombi, silber		4/99	Dir. 5
B-DW	6452	VW Golf, d. grau		3/94	
B-DW	8247	Ford Scorpio, d. grün	Mitte	4/97	BGS

B-E	2680	VW Golf, rot	F'hain	6/97	Polit
B-E	9054	VW Passat, d. rot	N'köln	1/93	
B-EA	285	VW Bus, grün	Kbg.	1/99	
B-EA	298	VW Bus, grün	P'berg	5/98	
B-EA	3712	VW Passat Cl, d. blau	F'hain/Kbg.	5/98	
B-ED	8620	VW Golf, blau		4/95	
B-EK	1268	Opel, d. blau	Kbg.	9/94	
B-EP	5264	VW Passat, türkis	Kbg.	2/99	
B-EP	6194	Ford Scorpio, rot	Mitte	4/97	BGS
B-EP	6253	VW Passat Cl, d. blau	Mitte	9/97	Polit
B-EP	6491	VW Golf III, met. hell		9/96	
B-EP	(9368)	Opel Vectra, grau		2/99	
B-ER	649(?5)	Opel Rekord, braun	Mitte	9/97	
B-ER	7012	Opel Rekord, blau	Kbg./Trep.	6/97	
B-ET	986	VW Golf, d. rot	Mitte	10/96	
B-EV	597	VW Golf, blau	Mitte/P'berg	7/93	Polit
B-EW	865	Opel Vectra, 1.8., silber		8/95	
B-EW	6027	VW Bus, met. blau		2/99	
B-EZ	407	Opel Omega, d. grün	Mitte/P'berg	7/93	Polit

B-F	(9873)	Opel Astra, rot		2/99	Polit (AGGW)

B-H	1289	VW Vento, blau	City (W)	4/94	
B-H	1591	Opel Rekord, blau	Kbg.	7/93	(seit '90)
B-H	6078	Opel Vectra, dunkel	Kbg.	9/96	OG SO 36
B-HA	214	VW Bus, hell		11/95	
B-HL	971	VW Passat alt, rot	Treptow	6/97	
B-HM	8298	Oplel Astra, beige	Kbg.	12/98	???
B-HU	**689**	**VW Bus, türkis**		**2/99**	**Polit**
B-HX	**456**	**Ford Mondeo, silber**	**Kbg.**	**2/99**	
B-HX	4302	Opel Omega	Kbg./N'köln	1/94	
B-HZ	342	Opel Omega, silber	Kbg./N'köln	11/93	Polit

B-J	1682(7)	VW Jetta, grau	Mitte/Kbg.	6/97	
B-J	4190	Opel Vectra	Kbg.	4/98	
B-JB	**154**	**VW Bus, grau**		**4/99**	**Polit**
B-JC	247	VW Kombi, d. blau	Kbg.	11/93	
B-JC	475	Opel Vectra, silber	Mitte	12/94	
B-JC	**476**	**VW Bus, türkis**		**4/99**	**Polit**
B-JM	427	Opel Kadett, beige	Kbg./Mitte	4/94	
B-JS	780	VW Polo, rot	N'köln	1/94	
B-JU	492	Opel Vectra, met. silber	Mitte/Kbg.	4/98	
B-JU	972	VW Passat alt, d. blau	Wd.	11/95	(seit '89)

B-K	**1328**	**VW Vento, d. blau**	**Kbg./Mitte**	**3/99**	**Polit/MEK**
B-K	**1576**	**Opel Omega 2.0, schw.**	**Kbg./F'hain**	**5/98**	**Polit**
B-K	5726	VW Vento Gl, silber	P'berg	5/95	
B-KC	278	Opel Vectra, grau	Kbg.	2/99	
B-KH	2549	Ford Scorpio, grau	Kbg.	2/99	???
B-KL	19(5)7	Opel Omega, d. blau	Kbg.	4/95	
B-KL	**582**	**VW Bus, blau**	**Kbg.**	**3/99**	
B-KL	**957**	**Opel Omega 2.0, schw.**	**Kbg.**	**6/98**	**Pers.schutz**
B-KL	**8813**	**Passat Kombi Cl, d. grün**		**2/99**	**Polit**
B-KN	841	Opel Omega 2.0, rot	Kbg.	4/98	
B-KN	8319	VW Passat Cl, d. blau	Kbg.	7/98	???
B-KX	324	Opel Astra	Kbg.	4/98	
B-KX	953	Opel Vectra 1.8i, silber	Mitte	5/96	

B-L	**4208**	**VW Passat Cl, d. blau**	**Kbg./F'hain**	**11/98**	**Polit/MEK**
B-L	5697	VW Passat Cl, d. rot	City (W)	6/94	
B-LC	214	Opel Rekord 1.8., blau	Wd.	1/95	

B-LJ	467	VW ?, blau	Kbg.	2/99	
B-LP	235	Opel Omega 2.0, schw.	Kbg.	6/98	???
B-LP	478	Benz Kombi, met. grün	Kbg.	7/93	Polit
B-LU	526	Ford Scorpio, d. blau		4/97	Polit
B-M	6357	VW Jetta, weiß	Mitte	7/93	Polit
B-M	8714	Opel Omega	Kbg.	7/93	Polit
B-MB	651	Opel Astra, d. grün	F'hain	6/97	Polit
B-ML	195	Opel Kombi, d. grau	Kbg.	10/93	
B-MN	920	Opel Astra, rot	F'hain	8/97	
B-MU	214	VW Golf GI, d. blau	Mitte/Kbg.	2/99	
B-MX	284	VW Passat CI, rot	F'hain	7/97	
B-N	2397	Opel Vectra, d. blau	N'köln	12/93	
B-N	5198	VW Bus, rot	Kbg.	4/99	Dir. 5
B-N	6908	Opel Vectra, blau	Kbg	12/98	
B-N	8425	VW Passat Cl, weinrot	Kbg.	4/99	Polit
B-NA	865	Honda (Civic?), d. blau	City (W)	3/99	
B-NE	237	VW Bus, rot	Kbg./City	7/98	
B-NE	3227	Opel Vectra, d. rot		1/94	
B-NE	9714	VW Passat Cl, d. blau	Kbg.	2/99	
B-NJ	1615	Opel Vectra, silber	Kbg.	12/94	
B-NJ	206	Opel Vectra, met. grau		12/98	
B-NJ	5317	VW Passat Cl, rot	Kbg.	3/99	Polit (AGGW)
B-NJ	5707	VW Passat, rot	Kbg.	4/97	Polit
B-NL	592	VW Bus, d. blau	Kbg.	4/98	
B-NL	9407	Opel Vectra, met. blau	Kbg./N'köln	2/94	
B-NN	1682	Audi 100, hell	Mitte	11/93	Polit
B-NR	7342	VW Passat Kombi	Mitte	1/94	
B-P	8563	VW Passat, weinrot	Kbg.	2/99	Polit
B-P	9852	VW Passat Cl, rot		4/99	Polit
B-PA	428	Opel Vectra, weiß	Kbg./S'beg	4/94	
B-PE	5180	Audi, d. grün	Kbg.	1/94	
B-PF	201	Opel Astra, rot	P'beg	5/97	
B-PL	361	VW Golf Kombi, d. blau	City (W)	6/98	
B-PN	438	VW Passat, beige		2/96	
B-PT	865	VW Vento o. Passat		2/99	
B-PU	825	Opel Rekord, met. grün	City (W)	1/94	
B-R	3124	VW Golf, beige	Kgb.	4/94	(seit '89)
B-R	8035	VW Bus, grün	Kbg.	7/98	
B-RC	318	VW Passat, d. blau, alt	N'köln	4/99	
B-RC	561	VW Bus, beige		2/99	Polit(AGGW)
B-RL	789	VW Golf, beige	Kbg.	5/92	
B-RU	254	VW Bus, blau	Kbg.	2/94	OG SO 36
B-RU	981	VW Bus, orange		4/99	Polit
B-S	7591	Ford Scorpio, blau		4/99	Polit
B-SE	364	VW Golf Kombi, blau		4/99	Polit
B-SK	264	Opel Vectra, d. blau	Kbg./N'köln	2/94	
B-SM	699	Opel Rekord, beige	Kbg.	8/92	
B-SV	251	VW Bus, grau	City	7/98	
B-SZ	591	Ford Scorpio, brau	F'hain	1/99	Polit
B-T	2041	Ford Scorpio, met. blau	Mitte	2/94	
B-T	3621	Ford Kombi, dunkel		8/93	
B-T	6058	Opel Astra, rot	Kbg.	10/98	???
B-T	9402	VW Vento Gl, weinrot	Kbg.	3/99	
B-T	9104	VW Jetta, rot	Kbg.	2/96	
B-TC	281	Opel Rekord, blau		12/98	
B-TH	482	VW Passat Kombi, d. rot	Kbg.	1/95	
B-TH	812	VW Vento, beige	Kbg.	1/99	
B-TK	482	VW Passat Kombi, d. rot	Kbg.	12/93	(seit '90)
B-TN	579	VW Bus, rot	Kbg.	4/99	Dir. 5
B-TN	761	Opel Omega Kombi, silber		4/99	Polit
B-TW	353	Audi 80 alt, grün	Kbg./N'köln	9/93	Polit
B-TZ	638	Audi 80, h. blau	Kbg.	3/99	
B-U	1723	VW Vento, rot	City (W)	4/94	
B-U	3913	Ford Scorpio, d. blau	Mitte	4/97	BGS?
B-U	4132	VW Passat alt, d. rot	Kbg.	8/94	
B-U	4387	VW Bus, rot	Kbg.	1/99	
B-U	9031	VW Bus, türkis		4/99	Polit
B-UA	238	Opel Vectra, rot	Mitte	8/94	
B-UA	365	VW Passat Cl, rot		3/99	
B-UC	150	Opel Rekord 1.8.i, h. blau	Mitte/Kbg.	4/98	
B-UH	365	VW Passat Cl, weinrot	Kbg.	4/99	Dir. 5
B-UK	410	Opel Ascona, d. grün	Mitte	7/92	
B-UL	970	Opel? Kombi, rot	Kbg.	1/99	
B-UN	329	VW Bus, silber	Kbg.	2/99	
B-UR	840	VW Passat, d. blau	Kbg.	5/97	
B-UT	210	Opel Vectra, d. blau	Kbg./N'köln	1/94	
B-UX	479	VW Passat Kombi Cl, rot		3/99	
B-V	9450	VW Jetta/Vento, d. blau	Mitte/P'berg	6/97	
B-VD	813	VW Jetta, d. blau	Kbg.	3/94	
B-VL	176	Opel Rekord, blau	N'köln	1/94	
B-W	4809	VW Passat, rot	P'berg	5/98	
B-WJ	955	Audi, weiß		2/99	Polit
B-WK	529	Opel, grün	Kbg.	11/98	
B-WL	645	VW Bus, gold	Kbg.	7/93	Polit
B-WN	450	VW Bus, silber	Kbg.	1/99	
B-WX	174	Opel Vectra, d. blau		2/99	
B-WX	740	VW Bus, d. rot	Kbg.	3/99	(seit '90)
B-X	3548	VW Golf, blau	Kbg.	2/99	???
B-X	4981	Opel Vectra (o. ä.), d. blau	Kbg./F'hain	10/97	Polit
B-X	6903	Opel Vectra, beige		3/96	
B-X	9217	Opel Vectra, beige	Kbg.	2/97	
B-XE	537	VW Passat Cl, braun	Mitte	4/97	
B-XK	803	Opel Omega, d. blau	Kbg.	10/98	
B-XM	817	VW Passat	Kbg.	2/94	OG SO 36
B-XU	456	Opel Astra 16V, beige	Kbg.	4/99	Dir. 5
B-XU	827	VW Passat, d. grün	Kbg.	9/94	OG SO 36
B-XV	827	Opel Vectra, d. blau	Kbg.	8/94	OG SO 36
B-Z	3549	VW Golf, d. blau	Kbg.	11/93	
B-Z	7234	Ford Scorpio, schwarz		4/99	Polit
B-ZC	749	Ford Scorpio, met. blau	Kbg./N'köln	10/97	
B-ZC	530	VW Passat Cl, beige	Kbg.	4/99	
B-ZE	405	VW Bus, grau	Kbg.	2/99	
B-ZE	903	Audi 100, d. braun		11/93	
B-ZR	560	VW Jetta, blau o. rot	Kbg.	6/94	(seit '90)
B-ZT	917	VW Jetta, met. grün	Kbg./Mitte	8/93	MEK
B-ZW	980	VW Jetta, d. blau	City (W)	1/94	
B-ZX	140	VW Passat, grau	Kbg.	10/93	

(Alle Angaben natürlich wie immer ohne Gewähr...)

grau = unsicher
fett = häufige 100% Sichtungen
Kbg. = Kreuzberg, Tempelhof, Dir. 5, Pol. Präs.
Polit = Staatsschutz, Demozivis, MEK...
AGGW = AG Gruppengewalt (Szene-Zivis, Tonfaschwinger)
OG SO 36 = Operative Gruppe Kreuzberg 36

Zusammen Kämpfen!

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Gegen Bullen & Ziviterror!

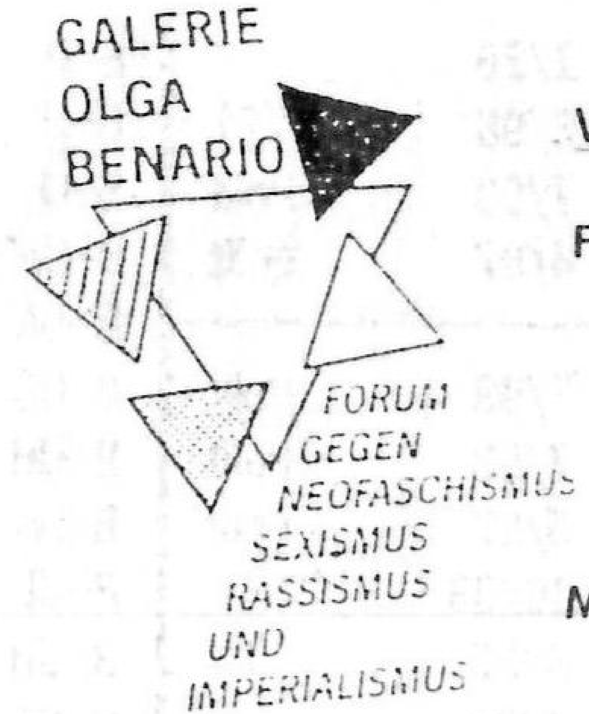
Sonntag, 18.4.1999 15.00 Uhr:
Zur Geschichte und aktuellen Lage der kurdischen Widerstandsbewegung
Vortrag und Diskussion mit dem Kurdischen Institut Berlin

Freitag, 23.4.1999 um 19.00 Uhr:
„Die Solidarität aller im Lager vertretenen Nationen war Widerstand"
Vortrag und Diskussion mit Wolfgang Szepansky, kommunistischer Widerstandskämpfer und Überlebender des Konzentrationslagers Sachsenhausen

Beide Veranstaltungen in türkisch und deutsch

Ort: Demokratischer Emigrantenverein Koc-Dem, Mehringdamm 33, HH links, 2. OG

Veranstaltet von Bund der Antifaschisten (BdA), Demokratische Emigrantenunion (Koc-Dem), Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland (Yek-Kom), Initiativkreis Stolpe-Süd und Internationalistische Gruppe Berlin



Veranstaltungsprogramm

Fr. 16. April 19 Uhr: Ausstellungseröffnung
Gäste: Ernst Pudlich, als deutscher Emigrant in Dänemark, aktiver Widerstandskämpfer während der deutschen Besatzung; Vertreter des „Museum des dänischen Widerstandes 1940-45", Kopenhagen

Mo. 3. Mai 19.30 Uhr: Ernst Pudlich berichtet über seine Erlebnisse und Erfahrungen im antifaschistischen Widerstand in Dänemark

Di. 11. Mai 19.30 Uhr: „Die Juden von St. Petri", Spielfilm DK, Norw., Schweden 1991, 106': Aalborg, 1942: die antifaschistischen Aktivitäten einer Gruppe junger Leute führen zum Beginn des landesweiten, organisierten Widerstandes in Dänemark

Di. 25. Mai 19.30 Uhr: „Die Juden wurden nicht vergast", Dok.-Film von Olaf Jersild, DK 1992/93, 50': eine international agierende Clique verklärt das „Dritte Reich"

Infos unter Tel. 3122384 oder 32702289

Galerie Olga Benario, Weserstr.5,
Eingang: Restaurant „Orlando",
geöffnet Sonntag - Freitag 18 bis 24 Uhr.



<Rückblick über die neunziger Jahre im Spiegel des AK-Kraaks>

Videofilmreihe des AStA TU

Programm:

	AK Kraak 1:	8/90, 22 min	Räumungen, Neubesetzungen, Berliner Linie, Demo
Mi.28. April	AK Kraak 2:	9/90, 44 min	Obdachlosenheimbesetzung in Wedding, u.a.
	AK Kraak 3:	10/90, 55 min	BesetzerInnen Demo, "Wahlkampf", "Eso.-kulte", u.a
Mi. 5. Mai	AK Kraak 4:	12/90, 52 min	Räumung der Mainzerstr.
	AK Kraak 5:	2/91, 55 min	Räumungen, Golfkrieg, Hafenstr./HH, u.a.
Mi.12. Mai	AK Kraak 6:	6/91, 52 min	Kraak Kochstudio, Vertragsunterzeichnungen, Eierwürfe..., u.a.
	AK Kraak 7:	7/92, [illegible]	1.Mai, Olympiabewerbung, Stand der Bewegung, u.a.
Mi.19. Mai	AK Kraak 8:	1/93, 50 min	Neu in Berlin: die Bundeswehr, Rassistischer Überfall in Mitte,..
	AK Kraak 9:	4/93, 53 min	Olympiakampange, marchstr./einsteinufer., u.a.
Mi.26.Mai	AK Kraak 10:	10/93, 58 min	polnisch-deutsche Grenze/Flüchtlinge, Mord an Silvio Maier, u.a.
	AK Kraak 11:	4/94, 56 min	Fall Kaindel, Agit Clips [illegible], "wohlgroth"/Zürich, u.a.
Mi. 2.Juni	AK Kraak 12:	3/95, 59 min	Oberbaumbrücke, EU-Gipfel, [illegible]erpeepshow, Castor, u.a.
	AK Kraak 13:	10/95, 59 min	Nichtsprengung eines Abschiebeknastes, Autonomiekongress, u.a.
Mi. 9.Juni	AK Kraak 14:	3/96, 62 min	Walburgisnacht/Kollwitzplatz, berliner Bands für Bosnia, u.a.
	AK Kraak 15:	2/97, 75 min	Innenstadt: Blick nach vorn, Antifademo/Wurzen, Kreutzigerstr.,..
Mi.16.Juni	AK Kraak 16:	8/97, 140 min	Wackersdorfrückblick, Baumhüttendörfer, Berichte aus Zittau, u.a.
Mi.23.Juni	AK Kraak 17:	7/98, 113 min	Innenstadtaktionstage, Intersexuelles, Reclaim the Streets, WTO,..
Mi.30.Juni	AK Kraak 18:	3/99, 90 min	Friedensbewegung in Serbien, Karawane . Grenzcamp bei Görlitz,..

Alle Veranstaltungen finden mittwochs um 18.15 im Mathegebäude (MA) der Technischen Universität Berlin (TUB), Straße des 17 Juni 136 (U-Bahnhof Ernst Reuter Platz), Raum MA 041, statt. Für umsonst.

VERANSTALTUNG DES REVOLUTIONÄREN FUNKEN

Vortrag und Diskussion
Die Aktualität der sozialen Frage: Elend '99

Montag, den 12. April um 19 Uhr im A-Laden, Rathenower Straße 22 (Berlin-Moabit). Fahrverbindung: U-Bhf. Birkenstraße oder Bus Nr. 227

Was tun wenn's brennt ?

...und Tricks im Umgang mit Bullen und Justiz

Immer wieder gibt es zahlreiche Festnahmen an Großereignissen wie dem 1. Mai. Darauf folgen Verfahren mit hohen Geld- oder Gefängnisstrafen. Das muß nicht sein! Angst vor den Folgen muß nur die Person haben, die nicht weiß, wie sie sich zu verhalten hat.
Wir wollen Euch helfen, keine Fehler zu machen!
Deshalb bieten wir, die beiden größten linken Rechtshilfegruppen in dieser Stadt, diese Informationsveranstaltung mit einer Rechtsanwältin an, in der wir Euch alles Wichtige zum Verhalten bei Festnahmen, Hausdurchsuchungen, VS-Anquatschen, Verfahren und ZeugInnenvorladungen vermitteln wollen.

Donnerstag, 22.4.99 19.00 Uhr

Mehringhof (Gneisenaustr. 2a, Berlin)

Eine Veranstaltung der Roten Hilfe (R.H.) und des Ermittlungsausschusses (EA) Berlin



Mittwoch, 5. Mai

18.30 Uhr Literaturstunde - arabisch von Kopf bis Fuß
Referent: Abdelnacer Zeghibib

19.30 Uhr Die EU und ihre Mittelmeerpolitik
Der Schutz vor der vermeintlichen Bedrohung durch den Islam und durch Migration.
Referentin: Christina Parsdorfer, Iz3w Freiburg

28. April, 19.30 Uhr
„Der Wahnsinn - Expo 2000"
Referent: Jörg Bergstedt, Autor des Buches „Agenda, Expo, Sponsoring"

Veranstaltungen innerhalb der Veranstaltungsreihe zum EU
6. Mai, 21.00 Uhr
Hinter Gittern
Dokumentarfilm über den neuen Abschiebeknast in Büren

13. Mai, 21.00 Uhr
Addio Afrika
Film. Ist Afrika vielleicht so arm wegen unserer Hilfe?

20. Mai, 21.00 Uhr
Tod in der Neiße
Dokumentarfilm über fünf tote Tamilen an der deutsch-polnischen Grenze

26. Mai, 19.30 Uhr
Festung Europa
Referent: Forschungsstelle für Flucht und Immigration

27. Mai, 21.00 Uhr
Ausgrenzen-Abschieben
Dokumentarfilm wie an der deutschen Grenze das Asylrecht abgeschafft wird

19. April bis 10. Mai
Fotoausstellung über Nicaragua

Einladung zum Aktionscamp „Beginnen wir den Ausstieg"

vom 13.-16.05.99
(Himmelfahrt)
in Greifswald

Es muß kaum mehr gesagt werden: Mit dem Atomausstieg geht es nicht so recht voran. Vielmehr wird die Genehmigung zweier neuer Atomanlagen erwartet: der PKA in Gorleben und der Castor-Halle im Zwischenlager Nord (ZLN) in Lubmin. Lubmin steht seit mehr als 25 Jahren für atomaren Größenwahn. Bis 1990 produzierten vier 440-MW-Reaktoren Strom. Der fünfte war gerade in Probebetrieb, als die Anlage wegen eklatanter Sicherheitsmängel abgeschaltet wurde. Drei weitere Blöcke waren in Bau/bzw. in Planung. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands teilten die westdeutschen Energieunternehmen den Osten unter sich auf, doch die Schrottreaktoren in Lubmin und auch in Rheinsberg wollten sie nicht haben. Bis heute ist die Anlage in Besitz des „Amtes für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben", also in Bundesbesitz. Eine Betreibergesellschaft wurde gegründet, die Energiewerke Nord GmbH (EWN) und sofort schlug der Größenwahn wieder zu: Die stillgelegten Reaktoren sind nun Experimentierfläche für die Entwicklung einer Abrißtechnik für AKWs und gleichzeitig Grundlage einer Datenbank über die radioaktive Verseuchung in Atomreaktoren mit unterschiedlicher Laufzeit. Zunächst aber wurde das ZLN gebaut, mit einem Lagervolumen von 200.000 m³ ist es das größte europäische Zwischenlager. In sieben Hallen darf seit März '98 schwach- und mittelaktiver Müll eingelagert werden. Die Genehmigung für Halle 8 wird erwartet. Um noch einmal auf den Größenwahn zurückzukommen: Am Atomstandort Lubmin wird noch immer eine Fläche freigehalten für den Bau des EPR und eine für den Bau des Kernfusionsexperiments ITER ...

An Atomwahn herrscht kein Mangel, wohl aber an Widerstand dagegen. Die BI Kernenergie e.V. zur Förderung alternativer Energiekonzepte ist seit 10 Jahren aktiv und bemüht sich ebenso lange, die bundesweite Anti-AKW-Bewegung für die Probleme vor Ort zu sensibilisieren. Wir freuen uns sehr über jede bereits erfahrene Unterstützung und Solidarität!

Nach einem ersten „Test-Camp" im September '98 laden wir Dich/Euch nun ein, mit uns, bei hoffentlich sonnigem Wetter für mehr Widerstand am Ostseestrand zu sorgen. Ein Schwerpunkt soll die internationale Vernetzung der Anti-AKW-Bewegung sein, Gruppen aus Schweden, Polen und Rußland haben schon Interesse angemeldet.

☺ **Melde dich bitte bis zum 5.5.99 an** unter folgender Adresse:

BI Kernenergie e.V. zur Förderung alternativer Energiekonzepte
Postfach 32 38
17462 Greifswald

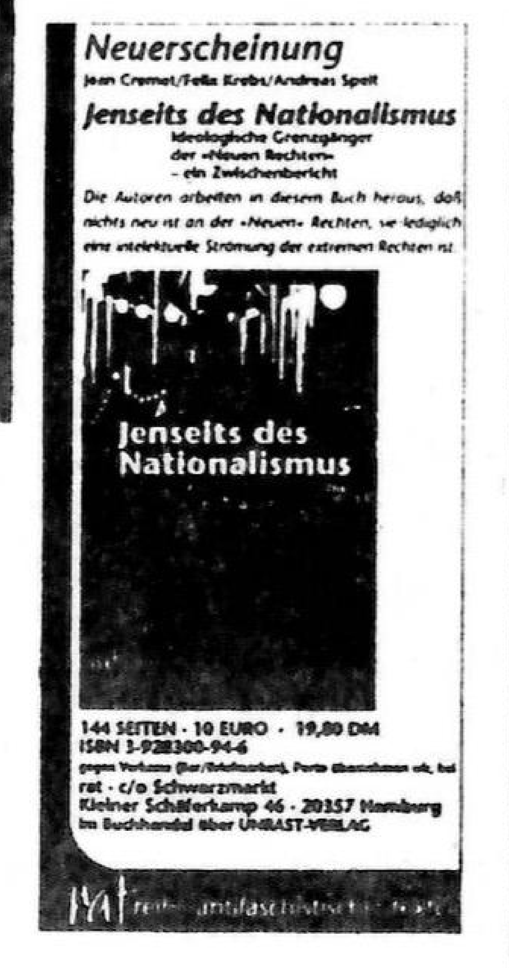
oder telefonisch:	03834 - 594876 (Anke)
	03834 - 892150 (Rosi)
oder per Fax:	03834 - 892150
oder per mail:	bigreifswald@topmail.de

"Widerspenstig und lebendig"
1.Mai - Fest auf dem Humannplatz

Raggatacke
Piccolo Noise
Mother's pride
Tod und Herzschlag

• Infostände • Diskussionszelt
• Kinderfest • Essen & Trinken

Wichert / Ecke Stahlheimer Straße
Tram 13, S/U-Bhf. - Schönhauser Allee



Nr. 28 Frühjahr 1999
BAHAMAS
Von Menschen- und Völkerrechten



Kurzes zum Schluß

Die Botschaft geht zum Flüchtlingsheim

Proteste gegen Sammelvorführungen

Wie die Karawanengruppe München berichtet, protestierten 150 Menschen, vor allem aus Togo, lautstark gegen einen Botschaftstermin auf dem Gelände einer Flüchtlingsunterkunft. Am 22. und 23. März richtete die togolesische Botschaft eine Außenstelle auf dem Gelände ein, um rückkehrunwilligen Flüchtlingen eine Paßersatzbescheinigung auszustellen. Diese ist nötig, um schneller ins Heimat- und Verfolgerland abschieben zu können. Zahlreiche Menschen wurden mit Gefangenentransportern hingefahren. Die Exilorganisation hatte zum Boykott aufgerufen. Die Zentralstelle Rückführung der Regierung Oberbayern organisiert solche Termine, um eine schnellere Abschiebung zu erreichen. 1998 konnte die ZR in 15.000 Fällen „helfen", Flüchtlinge in ihre Verfolgerländer abschieben. Die münchner Karawanengruppe ruft dazu auf, angesichts der Zentralisierung der Abschiebevorbereitungen die Zentralisierung unseres Widerstands entgegenzusetzen. Einen ausführlichen Text dazu findet ihr im Ordner.

Schluß mit den Bombardierungen

Demo in Heidelberg

Am Sonnabend, den 24. 4., wird es eine Anti-Kriegs-Demonstration zum US-Headquarter in Heidelberg geben. Treffpunkt: Stadtbücherei Poststraße, 14 Uhr. Rückzug aller Nato-Truppen vom Balkan.

Der Kapitalismus wird historisch abwirtschaften!

1. Mai-Demos weltweit

Auch in Dessau wird demonstriert. 11 Uhr Rathausplatz. Es lebe die Revolution! Der Kampf gegen Neoliberalismus, Militarismus und Rassismus wird auch hier vorangetrieben. Eine gute Alternative für berlinmüde Revolutionärlnnen. Diese Demo läßt sich mit einem anschließenden Spaziergang zum Beispiel an der Elbe vereinbaren. Wer kämpft, kann verlieren! Wer nicht kämpft, hat schon verloren! Kommt massenhaft!

Auf allen Ebenen

Auch in Nürnberg

Den Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse organisieren - auf allen Ebenen - mit allen Mitteln. Unter dieser Parole geht die revolutionäre 1.-Mai-Demonstration in Nürnberg. Treffpunkt 12 Uhr, Bauerngasse/Gostenhofer Hauptstr. Die jährliche revolutionäre Demonstration ist in der Stadt mittlerweile fester Bestandteil und kollektive Ausdrucksform des gemeinsamen Kampfes gegen die herrschende Ordnung.

Nazis auf Ostermarsch

Abstürzende Tornados

Selbsternannte „National-Anarchisten im Volksbefreiungskampf" verteilten auf dem Berliner Ostermarsch faschistische Flugblätter mit dem Titel „Tornados runter". Beschwerden bitte an den Verantwortlichen der nationalen Anarchie mit der Kontaktadresse: Peter Toepfer, Tel.: 44049324, e-mail: peter a pol.de

Alle Tage wieder

Antifademos in Frankfurt/Oder und Magdeburg

Gegen die angemeldeten, zwischenzeitlich verbotenen und schließlich wieder erlaubten Nazi-Demos in beiden Städten demonstrierten mehrere hundert AntifaschistInnen.

Kontinuität

Veranstaltungsreihen

Eine Reihe zum Nahen Osten findet im Baobab statt. Erster Termin ist Mittwoch, 5. Mai, ab 18.30 Uhr: „Die EU und ihre Mittelmeerpolitik". Christburger Str. 3, Berlin, Prenzlauer Berg.
Videofilmreihe „Rückblick über die 90er Jahre im Spiegel des AK-Kraaks". Jeden Mittwoch vom 28. April bis 30. Juni immer um 18.15 Uhr im Mathegebäude der TU Berlin, Raum MA 041.
„Während Dänemark für Freiheit kämpfte", Galerie Olga Benario, Weserstr. 5, Berlin Neukölln. Ausstellung und Veranstaltung zum antifaschistischen Widerstand 1940 - 45. Infos unter Tel.: 3122384 oder 32702289

Gut bewährt

Polizeiplanungen für die Gipfel in Köln

Nach einem Bericht der Kölner Rundschau vom 24. März erklärte - unberührt von der geltenden Rechtslage - der Leitende Kölner Polizeidirektor „Gewalt werden wir rigoros unterbinden". Gut habe sich der Polizeikessel bewährt, der gewaltbereite Demonstrationen (!) einschließt. Bisher gebe es aber keine Hinweise auf Krawalle. Das linksradikale Anti-EU-WWG-Plenum Köln lädt zum achten bundesweiten Vorbereitungstreffen linksradikaler, antifaschistischer und autonomer Gruppen gegen den EU- und den Weltwirtschaftsgipfel im Juni 99 in Köln ein. Sonnabend, den 24. April, ab 11 Uhr im ASTA-Café „Unikum", Universitätsstr. 16a, 50937 Köln.

Neugier macht klug

... denn die Welt sieht anders aus

Unter diesem Motto findet am 15. 5. in Kassel ein Kongreß gegen EU und G7-Gipfel statt. Dieser Kongreß soll der Versuch sein, Diskussionen anzuregen, und die Möglichkeit bieten, sich zu informieren, was bei diesen beiden Gipfeln in Köln überhaupt verhandelt und beschlossen wird. Eröffnung: 11 Uhr, Hopla, GHK im Hörsaal 1. Kontakt: Asta-Internationalismusreferat, Tel: 0561/8042886

Heide und Harz

Antifaschistisches Pfingstcamp

Vom Freitag, den 21. 5., bis Montag, den 24. 5., findet in der Region Braunschweig das antifaschistische Pfingstcamp 99 statt. Dort finden Veranstaltungen, Diskussionen, Filme und Ags zu antifaschistischen Themen statt. Dazu viel Spaß und Zeit zum Feiern. Es soll Leuten aus den Regionen Heide und Harz, die aktiv etwas gegen Nazis unternehmen wollen, die Möglichkeit bieten, sich gegenseitig kennenzulernen und Perspektiven der politischen Arbeit zu entwickeln. Weitere Infos: Antifaschistisches Plenum und Jugend Antifa Aktion (JAA), Cyriaksring 55, 38118 Braunschweig. Tel: 0531/83828 (mo, mi, fr ab 19 Uhr), e-mail: apbs a link-hm.comlink.apc.org

Asylbewerberlnnenshop schließen!

Antifademo in Ahaus

Am 8. Mai wird es in dem bekannten Ort Ahaus eine Antifademo geben. Anlaß: ein ein Jahr zurückliegender Brandanschlag und die Einführung eines AsylbewerberInnenshops, in denen diese ohne Bargeld einkaufen müssen. Die VeranstalterInnen sehen Ahaus nur als ein Beispiel für die Rechtsentwicklung in Deutschland. Treffpunkt: Bahnhof Ahaus, 14.30 Uhr.

Polizei zerstört Gleise

AKW-Gegner soll zahlen

Direkt vor dem Castortransport nach Ahaus kettete sich ein Bremer ans Gleis und hielt den Zug eine halbe Stunde auf. Die Polizei flexte die Gleise auf. Als Folge will die Deutsche Bahn 6.000 DM Reparaturkosten für Reparatur der Schiene. Nun findet in Ahaus der Zivil- und der Strafprozeß statt. Kontakt: BBA-Infoladen, Fon + Fax: 0421/700144

Einweihungsfestival

Neues Zentrum in Leipzig

Vom 22. bis 25. April findet das Einweihungsfestival in der Gießerstraße 16 in Leipzig-Plagwitz statt. Die Stadt hat nach drei Jahren der Nutzung des 3000 m2 Fabrikgeländes zugestimmt. Das Projekt ist ein Versuch, die Ansätze „selbstorganisiert, herrschaftsfrei, gemeinschaftlich" zu verbinden. Die NutzerInnen haben viele Vorstellungen über die Planungen. Nachfragen unter 0341/4806763

Anders arbeiten - oder gar nicht?

Kongreß

Vom 23. bis zum 25. 4. findet in der Humboldt-Uni in Berlin ein Kongreß zu den politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen des „Dritten Sektors" statt. Einerseits steht dieser Begriff für die Suche nach einem anderen Verständnis von Arbeit, andererseits wird er benutzt, um un- und schlechtbezahlte Arbeiten auszuweiten. Kontakt: Netzwerk, Tel: 030/695 98 306.

Was lange währt ...

Umbau

Die Buchhandlung oh 21 (Oranienstr. 21, Kreuzberg) gibt bekannt, daß sie für ihren Umbau 5 Wochen braucht. Sie hat bis zum 21. 5. 99 geschlossen. Am Sonnabend, den 22. 5. 99 feierliche Wiedereröffnung mit kleinen Überraschungen.

DEMO:

am 30.April um 18 Uhr
ab Karl-Marx-Platz.
(U7 Karl-Marx-Str.)

PARTY:

ab 20 Uhr im SO 36
DJanes Elvi und Almut
(Soli für den Notruf)

FrauenLesbenMädchen
gegen Gewalt gegen
FrauenLesbenMädchen

WALPURGISNACHT '99